

Das Parlament

Berlin, Montag 04. Februar 2019

www.das-parlament.de

69. Jahrgang | Nr. 6-7 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Holocaust als Lebenstrauma

Saul Friedländer Er ist einer der letzten Holocaust-Überlebenden unter seinen Fachkollegen: Der israelische Historiker Saul Friedländer hielt die Gedenkrede auf der Veranstaltung des Bundestags für die NS-Opfer. Darin nannte er den Antisemitismus „eine der Geißeln, von denen eine Nation nach der anderen schleichend befallen wird“. Weltweit bekannt wurde Friedländer durch seine Arbeiten zum Massenmord an den Juden wie „Das Dritte Reich und die Juden“, wofür er 2007 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt. Der Autor wurde 1932 in einer deutschsprachigen jüdischen Familie in Prag als Pavel Friedländer geboren. Nach der deutschen Besetzung 1939 flohen die Friedländer nach Frankreich. Die Eltern wurden später in Auschwitz ermordet, der Sohn überlebte in einem katholischen Internat. 1948 ging er nach Israel und bekam den Vornamen Saul. Er lebt heute in Los Angeles. (Seite 9) *kru*



ZAHL DER WOCHE

12.000

Juden tauchten schätzungsweise nach Beginn der Massendeportationen im „Großdeutschen Reich“ ab Herbst 1941 unter beziehungsweise wurden versteckt. Davon überlebten bis Kriegsende 1945 rund 5.000. In Berlin, der mit Abstand größten jüdischen Gemeinde, gingen 5.000 bis 7.000 Juden in die Illegalität.

ZITAT DER WOCHE

»Erinnerungskultur gehört mit zu den staatlichen Aufgaben.«

Wolfgang Schäuble (CDU), Bundestagspräsident, bei seiner Rede im Deutschen Bundestag zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
U-Ausschuss Zeugen sagen zu Amris Wirken in Nordrhein-Westfalen aus Seite 4

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Prognosen Bundestag debattiert über Jahreswirtschaftsbericht 2019 Seite 7

KULTUR UND BILDUNG
Gleichberechtigung Die Rolle von Frauen in der Filmindustrie Seite 8

KEHRSEITE
Jugendbegegnung Junge Menschen auf den Spuren von NS-Gegnern Seite 12

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Der Anfang vom Ende

KOMMISSION Ein Datum zum Braunkohle-Ausstieg steht, die Debatte darüber beginnt

Die magische Zahl, sie ist gefallen. 2038 soll Schluss sein mit der Kohleerzeugung in Deutschland – so hat es die Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, kurz „Kohle-Kommission“, empfohlen. Sind die Streitigkeiten um den widersprüchlichen Energieträger damit nun beendet, ist die Renaturierung der mondähnlichen Tagebaulandschaften eingeleitet? Mitnichten, wie eine Aktuelle Stunde im Bundestag eindrücklich belegte: Die Diskussionen über den Umgang mit den Empfehlungen aus dem Abschlussbericht der Kommission begannen, noch bevor das mehr als 300 Seiten starke Dokument am Donnerstagabend offiziell der Bundeskanzlerin übergeben wurde. Dabei zog nicht nur erwartungsgemäß die Opposition einen Graben zwischen ihrer Ansicht und der regierenden Fraktionen. Auch die Redner von CDU/CSU und SPD ließen erkennen, dass ihre Interpretationen der Ratschläge ziemlich voneinander abweichen. Veranlasst hatte die Debatte die FDP-Fraktion. Beim Kohleausstieg handele es sich um eine weitreichende Frage, die im Parlament debattiert werden müsse, begründete Fraktionschef Christian Lindner die Initiative. „Denn das hier ist der Ort für die Entscheidungen, die danach demokratisch legitimiert getroffen werden müssen.“ Zu dem Kompromiss sagte Lindner: „Die Lösung, die gefunden wurde, ist teuer, aber für das Klima unwirksam.“ Er plädierte für die Position seiner Fraktion, Kohlendioxid sektorenübergreifend einen Preis zu geben – also etwa auch in der Mobilität und in der Landwirtschaft. Die Sektoren sollten gekoppelt und Kohlendioxid jeweils dort eingespart werden, wo es am günstigsten ist.

Strukturveränderung nötig Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Oliver Wittke (CDU), bewertete den Bericht als erste Vorschläge, die mit Inhalten gefüllt werden müssten. Es stünden Verhandlungen mit der Energiewirtschaft an, genauso wie die Sorgen und Nöte der betroffenen Menschen in den Revieren und deren Umgebung ernst genommen werden müssen. Darum stehe zu Beginn der Debatte nicht die energiepolitische Frage im Vordergrund, sagte Wittke. „Vielmehr müssen wir zuallererst darüber reden, wie wir die Strukturen verändern, sodass neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden.“ Der ebenfalls der CDU angehörende Abgeordnete Andreas G. Lämmel bekräftigte seine Meinung zum gesamten Ausstiegsprozess: „Die Braunkohlewirtschaft funktioniert, sie braucht keine Subventionen, sie arbeitet mit Gewinn und hätte es nicht nötig gehabt, dass die Politik in ihre Geschäfte eingreift.“ Den Strukturwandel bezeichnete Lämmel zwar als riesige Chance, das Thema Versorgungssicherheit hingegen sei für ihn „überhaupt nicht geklärt, genauso wenig die Frage der Preisentwicklung in den nächsten Jahren“. Den Vorschlag, man könne Strompreise mit Steuermitteln subventionieren, findet er inakzeptabel. Für die SPD-Fraktion indes ergriff Matthias Miersch das Wort – und würdigte zuerst die Leistung der Kommission. Die Mitglieder hätten Verantwortung übernommen und ein gutes Fundament erarbeitet. Miersch saß wie Lämmel und Andreas Lenz (CSU) in der Kommission, ohne mit abstimmen zu dürfen. Mit den Beschlüssen der Kommission gebe es einen Kohleausstiegsplan, der ein Ende habe.

Geld, Jobs und Perspektiven

STRUKTURWANDEL Nach langem Ringen hat sich die Kommission geeinigt. Das Ergebnis im Überblick

Die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hat nach langen Verhandlungen ein Konzept für einen Kohleausstieg vorgelegt – eine historische Aufgabe, wie das Gremium in seinem Abschlussbericht schreibt. „Deutschland braucht einen gesellschaftlich breit verankerten Konsens, der einen sozial ausgewogenen und gerecht gestalteten Übergang in ein neues Energiesystem ebnet und für die kommenden Dekaden sicherstellt.“ Das Papier sei nach zehn Sitzungen und drei Fahrten in Braunkohlereviere das Ergebnis einer ausgewogenen Abwägung der verschiedenen Interessen, heißt es von der Kommission: „Es stellt sicher, dass Deutschland unter den gegebenen Zielen aus Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Sicherung von Beschäftigung und Wertschöpfung die Lücke zum 40 Prozent-Klimaziel so weit wie möglich schließt, und dass die Energiewirtschaft ihr Sektorziel für 2030 zuverlässig erreicht.“ Bis spätestens 2038 soll Deutschland aus der Kohleerzeugung aussteigen. 2032 soll ein früherer Ausstieg geprüft werden; unter Zustimmung der Betreiber wäre



Etwa 10.000 Schüler demonstrieren in Berlin im Januar für mehr Klimaschutz – hier vor dem Bundesverkehrsministerium.

© picture-alliance/Geisler-Fotopress

ordnete Andreas G. Lämmel bekräftigte seine Meinung zum gesamten Ausstiegsprozess: „Die Braunkohlewirtschaft funktioniert, sie braucht keine Subventionen, sie arbeitet mit Gewinn und hätte es nicht nötig gehabt, dass die Politik in ihre Geschäfte eingreift.“ Den Strukturwandel bezeichnete Lämmel zwar als riesige Chance, das Thema Versorgungssicherheit hingegen sei für ihn „überhaupt nicht geklärt, genauso wenig die Frage der Preisentwicklung in den nächsten Jahren“. Den Vorschlag, man könne Strompreise mit Steuermitteln subventionieren, findet er inakzeptabel. Für die SPD-Fraktion indes ergriff Matthias Miersch das Wort – und würdigte zuerst die Leistung der Kommission. Die Mitglieder hätten Verantwortung übernommen und ein gutes Fundament erarbeitet. Miersch saß wie Lämmel und Andreas Lenz (CSU) in der Kommission, ohne mit abstimmen zu dürfen. Mit den Beschlüssen der Kommission gebe es einen Kohleausstiegsplan, der ein Ende habe.

»Es ist ein gutes Fundament, was die Kommission erwirtschaftet hat.«
Matthias Miersch (SPD)

„Das ist weitaus mehr als das, was jemals hier in diesem Parlament zur Abstimmung gestanden hat.“ Er freue sich darauf, die Ratschläge der Kommission umzusetzen. Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium erklärte ebenfalls, es sei ein Aufbruch in die Zukunft. „Da geht es nicht nur um den Kohleausstieg, sondern es geht um die Zukunft von Arbeitsplätzen in Deutschland – im Osten und im Westen, in ganz Deutschland.“

Grüne fordern Taten Die Opposition lehnte den Bericht aus diversen Gründen ab. Karsten Hilse von der AfD-Fraktion bezeichnete ihn als Luftschloss. Es wimmle von Konjunktiven und Handlungsanweisungen, wie größtmöglicher Schaden anzurichten sei. Es gebe keinen Beweis, dass der natürliche Klimawandel ein von Menschen gemachter sei, sagte Hilse. Caren Lay (Die Linke) hingegen sagte, die Ergebnisse seien nicht genug. Der Ausstieg

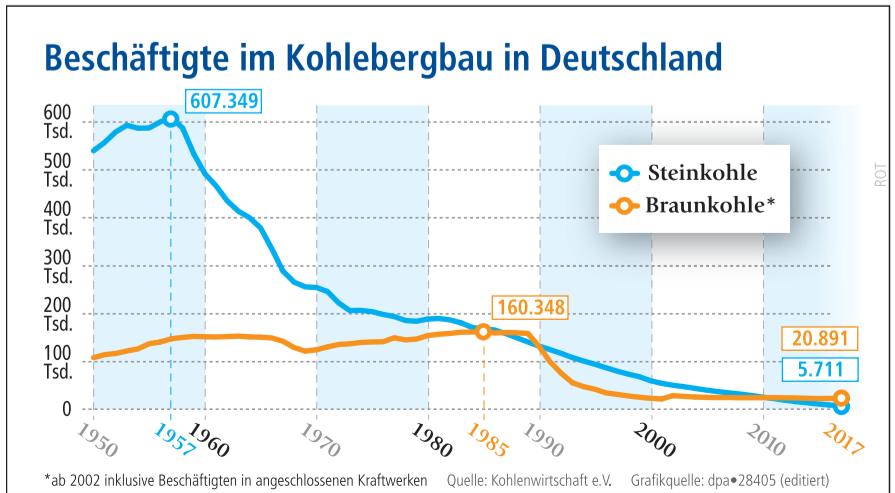
müsse früher kommen. 2038 sei zu spät und unverantwortlich. Gleichzeitig betonte sie, in den betroffenen Regionen dürften sich nicht die Strukturbrüche der Nachwendzeit wiederholen. Schließlich mahnte Oliver Krischer (Bündnis 90/Die Grünen) die Regierung, den Worten Taten folgen zu lassen. Für das Erreichen der Pariser Klimaziele führe am Kohleausstieg kein Weg vorbei, die Regierung müsse jetzt liefern. Es gehe darum, wie abgeschaltet werde, sowie um eine echte Strukturförderung. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) deutete nach einem Treffen mit den Regierungschefs der 16 Bundesländer am Abend an, dem Appell zum Handeln Gehör schenken zu wollen. Bis Mai solle ein Gesetz über Maßnahmen für den Strukturwandel in den betroffenen Regionen stehen. Auch ein Gesetz zur Planungsbeschleunigung werde in Angriff genommen. Zugleich ließ die Kanzlerin Sympathien für den erzielten Kompromiss erkennen: Der Konsens zeige eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, dieser wolle die Bundesregierung nachkommen. Man werde mit den Empfehlungen sehr sorgsam umgehen, stellte Merkel klar. *Kristina Pezzei*

EDITORIAL

Das Ziel ist fern

VON JÖRG BIALLAS

Die Energiegewinnung mit heimischer Braunkohle geht zu Ende. In weniger als 20 Jahren soll damit Schluss sein. Ein Kompromiss, für-wahr. Aber einer, mit dem es sich leben lässt. Das geben selbst viele derer zu, die sich einen schnelleren Ausstieg gewünscht hätten. Denn zur Wahrheit gehört auch, dass es nicht einfach ist, im Vorübergehen einen ganzen Industriezweig abzuschalten und gleichzeitig eine reibungslose Energieversorgung zu garantieren. Also: Auftrag erledigt, Umwelt gerettet? Mitnichten. Denn in den kommenden Jahren stehen viele Aufgaben an, die politisch zu bewältigen sind. Die Zukunft für die rund 20.000 Arbeitskräfte, die in den deutschen Braunkohlereviere tätig sind, wird zwar immer wieder medienwirksam problematisiert. Diese Frage dürfte aber vergleichsweise leicht zu lösen sein. Zum einen, weil die Arbeitsplätze sukzessive und damit sozialverträglich abgebaut werden können. Zum anderen, weil in diesem Bereich überwiegend gut qualifizierte Facharbeiter beschäftigt werden, die auf dem derzeit florierenden Arbeitsmarkt leicht zu vermitteln sind. Überdies haben die vier betroffenen Bundesländer beim Bund finanzielle Strukturhilfen locker gemacht, sie sich sehen lassen können. Schwieriger dürfte es werden, jetzt das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass es auch ohne Braunkohle noch genügend umweltpolitische Baustellen im Land gibt. Allen voran ist da der Verkehr zu nennen. Unsere Städte ersticken am Individual-, auf den Autobahnen steht der Fernverkehr im Stau. Gleichzeitig geht es mit der Vermarktung umweltfreundlicher Motoren nicht recht voran. Und seit Jahren sind viele öffentliche Verkehrsbetriebe in Bund und Region augenscheinlich überfordert, generierten Autofahrern endlich akzeptable Alternativen zu bieten. Stattdessen debattiert die Nation einmal mehr über ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen. Als gäbe es keine wirklichen Probleme. Auch in der Energiepolitik sind viele Fragen offen. Wie lassen sich die Leitungsnetze und Speicherplätze für regenerative Technologien schnell und effektiv ausbauen? Welche Rolle sollen Heizstoffe wie Öl oder Gas in Zukunft spielen? Was ist zu tun, um Nachbarländer ebenfalls von einer umweltverträglicheren Energieproduktion zu überzeugen? Das Ende der Braunkohleerzeugung ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zu nachhaltigem Klimaschutz. Das Ziel freilich ist noch fern.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

PASST DAS KOHLE-AUSSTIEGSDATUM?

Kohle-Korridor

PRO



Holge Möhle, »General-Anzeiger«, Bonn

Erst das Atom, nun die Kohle. Deutschland steigt im Namen des Klimaschutzes aus der Kohle-Verstromung aus...

Nicht schnell genug

CONTRA



Joachim Wille, freier Journalist

Aufatmen, fast bei allen. Endlich steht die Blaupause für den Kohleausstieg. Die Kohlekommission der Bundesregierung hat 2038 als Enddatum festgelegt...

Herr Neumann, die Kohle-Kommission hat sich nach zähen Verhandlungen auf einen Abschlussbericht geeinigt...

Bahnbrechend wäre es vielleicht gewesen, wenn Steuerzahler und Stromverbraucher mit am Verhandlungstisch gesessen hätten...

Wie begründen Sie diese Meinung? Es gibt zahlreiche Studien, die belegen, dass die Minderung der Kohlendioxid-Emissionen mit dem jetzigen Weg im globalen Maßstab kaum ins Gewicht fällt...

Das heißt, Sie kritisieren die Diskussion als ideologiegetrieben?

Nun, es war immer alles fixiert auf das Datum des Kohleausstiegs. Meiner Meinung nach handelt es sich hier um Symbolpolitik, die Verbraucher teuer bezahlen werden...

Was schlagen Sie als FDP denn vor, um die gesetzten Klimaziele zu erreichen und den Kohlendioxidausstoß wirksam zu senken?

Wir müssen endlich das Thema CO2-Minderung an die Faktoren Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit koppeln und so die Akzeptanz durch die Menschen gewinnen...

Wie wollen Sie dieses Viereck erfolgreich umsetzen?

Bezogen auf die Energiewende bedeutet dies: Wir wollen Energie-Effizienz steigern und die Kohlendioxid-Emissionen senken. Wir wollen außerdem einen Wettbewerb emissionsarmer Energieträger...

Welche leistungsfähigen Energieträger sehen Sie denn noch?

Wir brauchen eine breitere Basis. Dazu gehören unter anderem Geothermie, Kraft-Wärme-Kopplung, Biomasse; selbst das Thema Kernfusion ist noch nicht zu Ende diskutiert...

»Teure Symbolpolitik«

MARTIN NEUMANN Der energiepolitische Sprecher der FDP-Fraktion bemängelt, dass der Kohle-Kompromiss den Klimaschutz kaum voranbringe. Wichtiger wäre, auf einen Energiemix und Forschung zu setzen



picture-alliance/Kay Niefeld/dpa

außerdem stärker regionale Aspekte beinhalten. Nützlich sind Technologien, die die Netzdienlichkeit fördern, da Verfügbarkeit eine große Rolle spielt...

Die FDP schlägt auch vor, dass man den Zertifikatehandel auf EU-Ebene stärken sollte.

den soll, muss der Bund Zertifikate kaufen und sie anschließend vom Markt nehmen. Ansonsten erzielt man nur Verschiebungen von CO2-Emissionen...

Nur umfasst dieser Zertifikatehandel lediglich den Stromsektor und nicht die Bereiche Verkehr, Landwirtschaft...

schaft und Gebäudeenergie. Zertifikatehandel muss alle Bereiche umfassen, um tatsächlich wirksam Kohlendioxidemissionen zu senken...

Immerhin sind in dem Abschlussbericht der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung Milliarden Euro auch für Ihren Wahlkreis in der Lausitz als Unterstützungshilfen im Strukturwandel vorgesehen...

Das müsste Sie doch eigentlich freuen. Die Menschen in der Lausitz hängen nicht an der Kohle, das betone ich immer wieder. Sie sind an stabilen, nachhaltigen, wertschöpfenden Arbeitsplätzen interessiert...

Und jetzt gibt es auch noch außerplanmäßige Mittel dafür...

...nachdem ohne Not der Druck erhöht wurde. Wir müssen zusehen, dass wir in der jetzt verbleibenden Zeit entsprechenden Wertschöpfungsketten entstehen lassen...

Sie finden, Geld allein schadet mehr als es nutzt?

Natürlich ist für die anstehenden Strukturmaßnahmen auch Geld entscheidend. Aber eben nicht nur. Langfristigkeit erreiche ich nur mit echter Wertschöpfung...

Das Gespräch führte Kristina Pezzei.

Martin Neumann (63) ist energiepolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Der Bauphysiker hat sein Wahlkreisbüro in Cottbus.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Energieexperte: Bernd Westphal

In sieben Tagen bergwandernd von Oberstdorf nach Meran über die Alpen: Als Energiebündel hat sich Bernd Westphal (58) durchaus bewährt. Als Energiepolitiker steht er weiter vor Bewährungsproben...



© DBT/Achim Meide

»Bei der Ertüchtigung und dem Ausbau der Stromnetze fehlt es bisher an Dynamik.«

eng werden. Für das Kommissionsergebnis wartet Westphal mit großen Lob auf: »Der Konsens ist politisch hoch zu bewerten, die Zielkonflikte der beteiligten Akteure sind im Vorfeld ja sehr deutlich geworden.«

Den Glasfaser-Ausbau, bei dem es ebenfalls hapert, sieht Westphal auch im Zusammenhang mit der Energiewende. Auf die Steuerung von volatilem Strom aus Wind und Sonne, hebt er ab: »Den Stromverbrauch kann man dank der Digitalisierung hervorragen verknüpfen mit der schwankenden Stromerzeugung...«

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte ISSN 0479-611 X

Anschrift der Redaktion (außer Beilage), Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Chefredakteur Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure Claudia Heine (che), Alexander Heinrich (ahe), stellv. C/0 Claus Peter Kosfeld (pk)

Fotos Stephan Roters

Redaktionsschluss 1. Februar 2019

Druck und Layout Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH

Leserservice/Abonnement FAZIT Communication GmbH

Abonnement Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 €

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unvetragene Einsendungen wird keine Haftung übernommen.

Das Parlament ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)



Rund 1.170 Windräder stehen als Offshore-Anlagen vor den Küsten Deutschlands, um die Energiewende voranzubringen.

© picture-alliance/Ulrich Baumgarten

Volle Energie oder halbe Kraft?

STROMERZEUGUNG Deutschland verliert seine Vorreiterrolle bei der Energiewende. Es gibt viele Probleme

Herkules wankt. Die nach dem GAU im japanischen Kernkraftwerk Fukushima im Jahr 2011 von der Bundesregierung eingeleitete Energiewende erweist sich in allen Dimensionen als Herausforderung. Die Zwischenbilanz fällt bescheiden aus. Deutschland verfehlt seine Klimaziele – vor allem beim CO₂-Ausstoß sehr deutlich. Auch bei Ziel Nummer zwei, den Energieverbrauch bis 2050 zu halbieren, liegen die aktuellen Zahlen deutlich hinter dem für 2020 gesteckten Zwischenziel. Der Leistungsausbau kommt nicht voran. Die Kosten für die Komplettabschaltung und den Rückbau der Kernkraftwerke übertreffen die von den Betreibern gebildeten Rücklagen deutlich. „Beim Thema Energiewende hat Deutschland im internationalen Vergleich seine Vorreiterrolle verloren.“ So fasst die Unternehmensberatung McKinsey den aktuellen Status zusammen. Sie hat zusammen mit dem Weltwirtschaftsforum erstmals einen globalen Energiewende-Index (Energy Transition Index, ETI) ermittelt. Dabei sei in 114 Ländern anhand von 40 Indikatoren der Status der Energiewende ermittelt worden.

»Die Stromnetze sind das Herz-Kreislauf-System unserer Stromversorgung.«

Peter Altmaier (CDU), Bundeswirtschaftsminister

In Deutschland werde trotz stabiler politischer Rahmenbedingungen und einer hohen Wirtschaftskraft das zentrale Klimaziel klar verfehlt. Anstelle einer Reduktion des Kohlendioxid-Ausstoßes bis 2020 im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent scheinen aktuell nach Angaben der Bundesregierung rund 32 Prozent erreichbar zu sein. Bei der Reduktion des Primärenergieverbrauchs sieht es ähnlich schlecht aus. Der sollte bis 2020 im Vergleich zu 2008 um 20 Prozent sinken; aktuell steht der Wert bei sechs Prozent. Gleichzeitig liegen laut dem globalen Energiewende-Index von McKinsey die Strompreise für Haushalte und Industrie um rund 50 Prozent über dem Durchschnitt von 114 untersuchten Ländern.

Damit erklimmt Deutschland im ETI-Ranking Platz 16 von 114. Im europäischen Vergleich sind elf Länder besser – darunter der weltweite Spitzenreiter Schweden, Norwegen, die Schweiz, Finnland, Dänemark, Österreich und Großbritannien. Beim Indikator „Struktur des Energiesystems“ schneidet Deutschland besonders schlecht ab: Rang 110 von 114. Als Grund

dafür nennen McKinsey und das Weltwirtschaftsforum die hohe Abhängigkeit von der Kohleverstromung. Deren Anteil beträgt demnach immer noch 42 Prozent. Die CO₂-Emissionen in Deutschland stagnieren seit 2014 auf einem Wert von 906 Millionen Tonnen.

Regenerative Quellen Dabei haben sich auch die regenerativen Energiequellen – Sonne, Wasser, Wind – zu Leistungsträgern entwickelt. Sie decken nach Angaben des Bundesverbandes Windenergie mehr als 40 Prozent des gesamten deutschen Strombedarfs, knapp die Hälfte davon stammt von rund 30.000 Windrädern, von denen rund 1.170 als Offshore-Anlagen vor den Küsten stehen. Damit gehört Deutschland weltweit zu den Top-Drei-Ländern. Doch auch hier sind die Aussichten trübe. Im vergangenen Jahr brachen die Ausbauzahlen für Windräder stärker ein als ohnehin schon befürchtet, teilt der Bundesverband Windenergie mit. Es seien lediglich 743 Anlagen mit einer Leistung von 2.402 Megawatt aufgestellt worden. Erwartet wurde eine zusätzliche Leistung von 3.300 Megawatt. Matthias Zelinger, Geschäftsführer des Fachverbandes VDMA Power Systems, befürchtet, dass die Schere zwischen der Nachfrage nach erneuerbarem Strom und dem notwendigen Aufbau von Kapazitäten 2019 und 2020 noch weiter auseinander geht. Möglichst rasch müssten ein Ausbauziel bis 2030 definiert und anschließend die Rahmenbedingungen geschaffen werden: „Es ist selbsterklärend, dass das 65-Prozent-Ziel der Bundesregierung mit einem Fortführen des aktuell absehbaren jährlichen Zubaus bis zum Jahr 2030 nicht erreicht werden kann.“ Wenn Zug um Zug auf die Verstromung von Braunkohle verzichtet werden sollte, seien solche Schritte umso dringlicher.

Manchmal allerdings können die deutschen Leitungsnetze den produzierbaren Ökostrom gar nicht aufnehmen. Ihre Kapazität ist zu gering. Das Orkantief Friederike sorgte am 15. Januar 2018 für solch einen Fall. Mitten in den ergiebigsten Windböen wurden viele Windanlagen abgeschaltet, um die Leitungen nicht zu überlasten. Das geht zu Lasten der Steuerzahler, denn die Energieanlagenbetreiber bekommen von den Netzbetreibern Entschädigungszahlungen für just solche Fälle. Wie ein Sprecher der Bundesnetzagen-

tur bestätigte, stiegen diese Entschädigungsansprüche von 142 Millionen Euro im Jahr 2017 auf 228 Millionen Euro im Jahr 2018. Dahinter steckt der festgefahrene Ausbau sogenannter Stromautobahnen in Deutschland. Denn grob vereinfacht kommt derzeit der an den Küsten entstehende Ökostrom nicht bei den häufig im Süden des Landes sitzenden Unternehmen an. Die Netzagentur rechnet es nüchtern vor (Stand 3. Quartal 2018): Nach dem Bundesbedarfsplangesetz ergibt sich ein Bedarf von rund 5.900 Kilometern der Stromleitungen von Nord- nach Süd-deutschland. Davon fielen etwa 3.600 Kilometer in die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur. Lediglich 60 Kilometer davon seien reif für ein Planfeststellungsverfahren, etwa 2.900 Kilometer befänden sich in der Bundesfachplanung. Die Bundesländer seien für rund 2.200 Kilometer Stromleitungen zuständig. Davon befänden sich 115 Kilometer im Raumord-

nungsverfahren und 1.050 Kilometer vor beziehungsweise im Planfeststellungsverfahren. Ökologisch erzeugten, möglichst günstigen Strom wollen alle Bürger nutzen; eine Überlandleitung vor dem Haus möchte hingegen niemand haben – in einem dicht besiedelten Deutschland eine schwierige Ausgangslage.

Mehr Tempo Mit dem im Herbst verkündeten „Aktionsplan Stromnetz“ will Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) für mehr Tempo sorgen: „Die Stromnetze sind das Herz-Kreislauf-System unserer Stromversorgung.“ Der Netzausbau soll durch ein besseres Controlling und die Vereinfachung von Planungsverfahren beschleunigt werden. Gleichzeitig würden die Bestandsnetze mit neuer Technologie und Betriebskonzepten optimiert. Zudem hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zum beschleunigten Netzausbau vorgelegt (siehe Text unten).

Ein besseres Controlling hatte der Bundesrechnungshof angemahnt. Die Prüfer kritisierten unter anderem, dass das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) 48 verschiedene Datenquellen nutze, um anhand von 72 Indikatoren den Stand der Energiewende überprüfen zu können. Für Ziele wie Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit seien bislang keine quantitativen Zielgrößen und Messwerte festgelegt: „Solange das BMWi aber nicht alle Ziele der Energiewende messbar und überprüfbar ausgestaltet, ist eine wirksame Steuerung kaum möglich. Sie wird auch nicht über weitere Indikatoren verbessert.“

Kosten des Atomzeitalters Bleibt zum Schluss: die Atomindustrie, jener Bereich also, bei dem die Energiewende ihren Anfang nahm. Nach Fukushima wurden acht von 17 Kernkraftwerken sofort abgeschaltet. Die übrigen sollen bis 2022 folgen. Beim Abriss der belasteten Anlagen taucht

ein Problem auf, das die Gemüter schon während des Betriebs erhitzte: In Deutschland fehlt ein Endlager. Frühestens 2050 könnte ein solches in Betrieb gehen. Sofern der Bund eines findet. Die Atomkonzerne RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW haben für die Folgekosten der Kernkraftnutzung etwa 39 Milliarden Euro zurückgestellt. Die Unternehmensberatung Arthur D. Little rechnet vor, dass vermutlich weitere 28 Milliarden Euro benötigt werden, um die Atomwirtschaft abzuwickeln. Vor wenigen Tagen bereicherte der Präsident der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft, Alfred Gaffal, die Energiediskussion um diesen Vorschlag: Angesichts des absehbaren Mangels an heimischem Strom dürfe auch die Verlängerung der Laufzeiten der bayerischen Atomkraftwerke kein Tabuthema sein. Dirk Neubauer |

Der Autor ist freier Journalist in Düsseldorf.

Schnelle Planung, schnellere Leitung

NETZAUSBAU Die Bundesregierung will Planungsverfahren beschleunigen und Entschädigungen einheitlich regeln

Die Schnecke als viel geschmähtes Symbol hat endlich eine Lobby. Es sei dem Weichtier gegenüber schlicht nicht fair, den Netzausbau in Deutschland als „langsame Schnecke“ zu bezeichnen, sagte Mark Helfrich (CDU) im Bundestag am Donnerstag. Zwar habe der Bundestag zahlreiche Initiativen angestoßen, doch die bisherigen Gesetze hätten „den Zug noch nicht so wirklich ins Rollen gebracht“. Das wolle die Bundesregierung mit ihrem Gesetzentwurf zur Beschleunigung des Energieleitungsbaus (19/7375) ändern, sagte Helfrich.

Planung vereinfacht In bestimmten Fällen soll bei der Planung neuer Leitungen künftig auf die langwierige Bundesfachplanung verzichtet werden, ohne dass die Öffentlichkeitsbeteiligung dabei geschmälert werden soll. Ein schnelleres Anzeigungsverfahren soll auch die Erweiterung bestehender Stromleitungen einfacher und schneller machen. Inhaltliche Kriterien bleiben dem Entwurf zufolge dabei unverändert. Vorausschauendes Planen will die Bundesregierung insofern möglich machen, als bei Verfahren künftig womöglich benötigter Platz für Rohre gleich mitbeantragt und -genehmigt werden kann. Schließlich sieht das Gesetz einen einheitlichen Rechtsrahmen für die Entschädigung von Grundeigentümern vor, die von Ausbaumaßnah-

men betroffen sind. Auch Johann Saathoff (SPD) warb für den Entwurf. Er sei rundum vernünftig, da sich damit Verzögerungen vermeiden ließen. Eine gute Nachricht für Stromkunden sei zudem, dass die Kosten des Netzengpassmanagements gesenkt würden. Saathoff plädierte in dem Zusammenhang für ein weiteres Gesetz, um Stromnetze effizienter zu betreiben und Kosten zu sparen.

Für die AfD erklärte Steffen Kotré, er sehe keine Notwendigkeit eines beschleunigten Netzausbaus. Nötig wäre es, in Schulen zu investieren, in öffentlichen Nahverkehr und in die Deutsche Bahn. Stromnetze müssten seiner Ansicht nach nicht ausgebaut werden, nur um instabilen Strom aus Erneuerbaren Energien durchzuschicken. Es gebe ein gutes, bewährtes System. Die FDP-Fraktion betonte die Dringlich-

keit eines Netzausbaus und warf der Bundesregierung vor, viel zu langsam zu handeln. In diesem Schnecken-tempo dürfe es nicht weitergehen, sagte Sandra Weeser. Mit ihrem bisherigen Handeln belaste die Bundesregierung Bürger und Wirtschaft. Ralph Lenkert (Die Linke) kritisierte das Gesetz als überflüssig. „Das ist eine Verringerung der Akzeptanz, das ist eine Aushebelung demokratischer Mitspracherechte.“ Wichtiger wären Investitionen in Energiespeicher statt in teure Übertragungsnetze und ein Augenmerk auf die Akzeptanz von Vorhaben in der Bevölkerung. Die Grünen-Abgeordnete Ingrid Nestle sagte, in der Novelle stünden kleine Punkte, ein großer Wurf sei das Vorhaben nicht. Sie forderte die Bundesregierung auf, Ansätze zu ermöglichen, um den erneuerbaren Strom vor dem Netzengpass sinnvoll zu nutzen. Das Lamentieren über den fehlenden Netzausbau sei eine faule Ausrede, so Nestle. Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung federführend an den Wirtschaftsausschuss überwiesen. pez |



Das vom Netz genommene AKW im fränkischen Grafenheinfeld

© picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Bartels kritisiert Zustand der Bundeswehr

VERTEIDIGUNG Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hans-Peter Bartels, beklagt die anhaltenden Ausrüstungsmängel in der Bundeswehr sowie eine lähmende Verwaltung und einen Tiefstand bei der Anwerbung von Nachwuchs. „Vieles muss und soll besser werden, damit unsere Soldatinnen und Soldaten ihrer heutigen Doppelaufgabe voll gerecht werden können: Einen substanziellen Beitrag zur kollektiven Verteidigung in Europa zu leisten und gleichzeitig wie bisher an multinationalen Kriseneinsätzen außerhalb des Bündnisgebietes weltweit teilzunehmen“, schreibt der Wehrbeauftragte in seinem Jahresbericht 2018 (19/7200), den er in der vergangenen Woche an Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) übergab.

Bartels moniert, dass die von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) eingeleiteten „Trendwenden“ bei Personal, Material und Infrastruktur im vergangenen Jahr „nur zögerlich“ umgesetzt worden seien. Einen Grund dafür sieht der Wehrbeauftragte in „selbst gemachten bürokratischen Hürden“. Die Soldaten erleben im Alltag eine „Überorganisation von allem und jedem“ und sprechen vom „Bürokratiemonster Bundeswehr“.

Von der angestrebten Vollausrüstung sind die Streitkräfte nach Bartels Ansicht „weit entfernt“, in allen Bereichen mangle es an Material: Kaum einsatzbereite Leopard-2-Kampfpanzer, teure Nachrüstprogramme für den neuen Schützenpanzer Puma, keine Tanker bei der Marine im zweiten Halbjahr 2018, ein großer Teil der U-Boote defekt, weniger als die Hälfte der Eurofighter- und Tornado-Kampfflugzeuge flugfähig und auf ein Minimum reduzierte Munitionsbestände, zählt Bartels in seinem Bericht auf. Dem gegenüber stehe ein „verschwendischer Umgang mit den Ressourcen Zeit und Geld“, dies zeige der Fall des Segelschulschiffs „Gorch Fock“. In einer „zersplitterten Zuständigkeitskultur“ frage offenbar niemand nach, ob es normal sei, „wenn der Reparaturpreis sich von zehn auf 135 Millionen Euro verdreizehnfacht“. Dass die Bundeswehr fast alle an sie gestellten Aufgaben trotzdem irgendwie gelöst habe, sei „ganz wesentlich mit der loyalen Professionalität“ der Soldaten „und der Liebe zu ihrem Beruf“ zu erklären, betont Bartels. aw



Die Zeugin Petra M. vergangene Woche vor ihrer Befragung vor dem Untersuchungsausschuss © picture-alliance/dpa / Bernd von Jutrczenka

Weißer Flecken

FALL AMRI Ausschuss hört Zeugin mit Gedächtnislücken

Wissen Sie, was mich so irritiert? Die Abgeordnete Martina Renner (Linke) machte nach dreieinhalb Stunden ihrer Enttäuschung als erste am deutlichsten Luft: „Sie haben gesagt, Sie seien diejenige, die den Überblick hat.“ Nur noch um Fassung rang zu diesem Zeitpunkt auch ihre Kollegin Irene Mihalic (Grüne). „Es fällt mir wirklich schwer“, wandte sie sich an die Zeugin. „Ich sage Ihnen auch, warum: Weil Sie sich nicht an grobe Sachverhalte erinnern können, aber Sie erinnern sich sehr genau daran, welche E-Mails Sie nicht bekommen haben.“ Es war ja, hätte man denken können, eine hochkarätige Informations-trägerin, die da in der vorigen Woche vor dem Amri-Untersuchungsausschuss saß. Verbindungsbeamtin des Bundesamtes (BfV) für Verfassungsschutz seit 2011 im „Gemeinsamen Terrorismusbewehrzentrum“ (GTAZ) aller Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder. Teilnehmerin an allen oder doch den allermeisten Sitzungen, in denen auf dieser „Kommunikations- und Kooperationsplattform“, wie sich die Zeugin ausdrückte, der Name Anis Amris fiel, des späteren Attentäters vom Berliner Breitscheidplatz.

ßen Flecken im Bild, wer sonst könnte sie füllen als die Frau, die fast immer zugegen war, sogar Gesprächsverläufe, wie sie dem Ausschuss verriet, regelmäßig in eigenen Notizen festgehalten hat? Doch was die Zeugin Petra M. den Abgeordneten zu berichten wusste, war derart, dass einer ihrer Zuhörer den Eindruck gewann, sie habe in den GTAZ-Sitzungen die Rolle einer „Zimmerpflanze“ gespielt. Nicht, dass der Ausschuss gänzlich erkenntnisfrei aus der Vernehmung hervorgegangen wäre. Zu erfahren war etwa, dass der radikalislamische Terrorismus im Sprachgebrauch der zuständigen Abteilung 6 des Verfassungsschutzes ein „Phänomenbereich“ ist. Die Abgeordneten wissen jetzt, dass eine Sitzung im GTAZ eine halbe Stunde, aber auch bis zu zwei Stunden dauern kann und dass die Zeugin in zwei der insgesamt acht Arbeitsgruppen regelmäßig zugegen ist, nämlich in der AG „Tägliche Lage“ sowie in der AG „Operativer Informationsaustausch“. Dabei spiele sie freilich selbst, betonte Petra M., kaum eine nennenswerte Rolle. Mehr als die Funktion einer „Informationsüberbringerin“ würde sie sich keinesfalls zuschreiben wollen, geschweige denn, dass von ihr jemals ein „inhaltsreicher Beitrag“ zu erwarten wäre. Ihre Anwesenheit in der „Täglichen Lage“ und beim „Operativen Informationsaustausch“ diene einzig dem Zweck, den „Überblick über die aktuelle Lage“ zu behalten „für meine administrative Tätigkeit“.

»Sie haben gesagt, Sie seien diejenige, die den Überblick hat.«

Martina Renner (Linke)

Dürre Protokolle Da liegt manches noch im Dunkeln. Mit welcher Begründung wurde Amri in einer GTAZ-Runde am 17. Februar 2016 auf einer acht Stufen umfassenden Gefährdungskala vom siebten in den fünften Rang herabgesetzt? War die seither wie ein Mantra geäußerte Einschätzung unumstritten, von dem Mann sei kein „unmittelbarer Gefährdungssachverhalt“ zu befürchten? Was wurde aus der Zusage des Verfassungsschutzes in der Sitzung am 2. November 2016, die Aktualität einer Amri betreffenden Terrorwarnung des marokkanischen Geheimdienstes zu überprüfen? Bei den Unterlagen des Ausschusses finden sich zu all dem nur dürre Protokolle. Sie referieren Ergebnisse, nicht Entscheidungsprozesse. Die fehlenden Details, die wei-

Protokollentwurf zu übermitteln und gegebenenfalls Änderungswünsche anzumelden. Ansonsten habe sie in den Besprechungen „keine aktive Rolle gespielt – ich war rein als Zuhörerin da“.

Notizen vernichtet Nun ist vorstellbar, und manche Ausschussmitglieder waren erkennbar dieser Meinung, dass auch eine Zuhörerin vom Verlauf einer Sitzung noch das eine oder andere zu berichten weiß. Immerhin bescheinigte sich die Zeugin ein „gutes Namensgedächtnis“, weswegen sie sofort im Bilde gewesen sei, als nach dem Anschlag auf dem Breitscheidplatz von einem Anis Amri die Rede war. Im Übrigen indes hat sie mit den Notizzetteln, die sie nach jeder Sitzung „zeitnah vernichtet“ habe, offenbar auch jegliche immaterielle Erinnerung aus ihrem Gedächtnis getilgt. So erfuhr der Ausschuss nicht mehr als dass Amri 2016 in mindestens 13 GTAZ-Runden zur Sprache gekommen, dort aber als ein „Fall wie jeder andere“ behandelt worden sei, was die Abgeordneten so oder ähnlich noch von jedem Zeugen aus dem Verfassungsschutz gehört haben. Nichts also, woran man sich zwingend erinnern müsste: „Ich habe an so vielen Sitzungen teilgenommen, irgendwo überlagert sich das alles.“

Winfried Dolderer

STICHWORT

Breitscheidplatz-Ausschuss

> Auftrag Der 1. Untersuchungsausschuss der 19. Wahlperiode wurde am 1. März 2018 eingesetzt. Er soll der Frage nachgehen, warum es nicht gelungen ist, den bislang opferreichsten radikalislamischen Terroranschlag in Deutschland am 19. Dezember 2016 auf dem Berliner Breitscheidplatz zu verhindern und dabei vor allem mögliche Versäumnisse von Bundesbehörden in den Blick nehmen.

> Arbeit Der Ausschuss, dem drei Abgeordnete der Union, zwei der SPD sowie je ein Mitglied von AfD, FDP, Linke und Grünen sowie ebenso viele Stellvertretern angehören, hat unter Vorsitz von Armin Schuster (CDU) bislang 37 Mal öffentlich und nichtöffentlich getagt.

Für den Notfall gerüstet

NO-DEAL-BREXIT Übergangsregelungen für Sozialsysteme

Britische und deutsche Staatsbürger sollen vor Nachteilen in ihrer sozialen Absicherung geschützt werden, falls Großbritannien am 30. März 2019 ohne Austrittsabkommen aus der EU austreten sollte. Das sieht ein Gesetzentwurf (19/7376) der Bundesregierung vor, über den der Bundestag vergangene Woche in erster Lesung beraten hat.

Darin verweist die Regierung darauf, dass mit dem Ende der Mitgliedschaft Großbritanniens auch Regelungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit entfallen. Das betrifft unter anderem die Koordinierung von britischen Leistungen bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit mit entsprechenden Leistungen der verbleibenden EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz. Es betrifft aber auch BAföG-Leistungen, die Studierende für eine Ausbildung in Großbritannien erhalten.

So sollen unter anderem Versicherte, die in der deutschen Renten- oder Krankenversicherung versichert waren, nicht allein wegen des Austritts ihren Versicherungsstatus verlieren. In der Rentenversicherung sollen vor dem Austritt zurückgelegte Zeiten auch in den ersten fünf Jahren nach dem Austritt weiter berücksichtigt werden.

Damit in den Fällen, in denen Anträge auf Einbürgerung noch vor dem Austritt gestellt worden sind, längere Bearbeitungszeiten nicht zu Lasten von britischen oder deutschen Einbürgerungsbewerbern gehen, soll in diesen Fällen auf den Zeitpunkt der Antragstellung abgestellt und Mehrstaatlichkeit hingenommen werden.

Bis auf die AfD-Fraktion begrüßten die übrigen Fraktionen, dass die Bundesregierung für einen No-Deal-Austritt vorsorge. René Springer (AfD) forderte, die Entscheidung zum Brexit zu akzeptieren und die Briten wie andere Drittstaatsangehörige zu behandeln. Franziska Brantner (Grüne) zeigte sich verwundert, dass die AfD gegen ein Gesetz sei, das die Rechte von 300.000 Deutschen in Großbritannien sichere. „Wir müssen dafür sorgen, dass wir für sie alle einen Schutz herstellen“, sagte Angelika Glöckner (SPD). Der Gesetzentwurf liefere erste Antworten, betonte Jutta Krellmann (Die Linke). Es sei doch klar, dass die Bürger jetzt kurzfristig Rechtssicherheit brauchen, so Carl-Julius Cronenberg (FDP). Antje Lezius (CDU) erklärte, langfristiges Ziel müsse die Verhandlung eines neuen Sozialabkommens mit Großbritannien sein. Claudia Heine

Zankapfel Datenschutz

INNERES Breite Kritik an AfD-Antrag zu Meinungsfreiheit

Auf einhellige Ablehnung aller anderen Fraktionen ist die AfD vergangene Woche im Bundestag mit einem Antrag zur Ausweitung des Medienprivilegs im Datenschutz (19/7430) gestoßen. Zwar räumten Redner der Koalitionsfraktionen Handlungsbedarf bei der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ein und wiesen auf ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren. Mit den Rednern der anderen drei Fraktionen waren sie sich aber einig, dass die AfD mit dem Antrag einzig das Ziel verfolge, „ihre Meinungsmache und politische Hetze unter dem Deckmantel des Medienprivilegs weiter ungehindert verbreiten“ zu dürfen, wie es Manuel Höferlin (FDP) formulierte.

Marc Henrichmann (CDU) sagte, es sei Ironie, dass die Fraktion, die größte Schwierigkeiten mit der Meinung Andersdenkender habe, einen Antrag zur Sicherstellung der freien Meinungsäußerung einbringt. Saskia Esken (SPD) bezeichnete den Antrag als „abwegig“. Ausgerechnet die AfD wolle die Meinungsfreiheit retten, sagte sie mit Verweis auf die Aufforderung an Schüler, „Lehrer zu denunzieren“, deren Meinungen der AfD nicht passen. Tabea Rößner (Grüne) warf der AfD vor, ein er-

folgreiches europäisches Projekt diskreditieren zu wollen. Die Unsicherheit, die die AfD jetzt schüre, gehe allerdings auf das Konto der Bundesregierung, die die Menschen mit ihren Fragen allein gelassen habe. Petra Sitte (Linke) forderte, bei der Folgeabschätzung von Gesetzen insbesondere die Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit und auf alle jene, die nicht über die Ressourcen der großen Wirtschaftsakteure verfügen, in den Blick zu nehmen.

Für die AfD warb Joana Cotar für den Antrag. Die DSGVO treffe nicht nur große Unternehmen, sondern vor allem auch kleine und mittelständische Unternehmen, private Website-Betreiber, Blogger, Influencer, YouTuber, unabhängige Street-Photographen und viele andere. Für sie gebe es große Rechtsunsicherheit, auch weil die Bundesregierung die in der DSGVO enthaltenen Anpassungsmöglichkeiten nicht umfassend genutzt habe. Nach der Debatte wurde der Antrag „Freie Meinungsäußerung sicherstellen – Rechtssicherheit der Datenschutz-Grundverordnung – Erweiterung des Medienprivilegs auf Blogger, Fotografen und Tätige im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit“ an den Innenausschuss überwiesen. Michael Wojtek

Bleiberecht für Gewaltopfer

RASSISMUS Ausländer, die in Deutschland Opfer rassistischer oder vorurteilsmotivierter Gewalt werden, sollen nach dem Willen der Fraktion Die Linke ein „unbedingtes Bleiberecht“ in der Bundesrepublik erhalten. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Fraktion zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes (19/6197) überwies der Bundestag vergangene Woche zur weiteren Beratung an die Ausschüsse.

Die Fraktion begründet die Forderung nach einer Gesetzesregelung „zur Gewährung eines sicheren Aufenthaltsstatus für Opfer rechter Gewalt“ unter anderem damit, dass sich Täter „zumindest subjektiv bestätigt fühlen“ könnten, wenn „Opfer rechter Gewalt zur Ausreise aufgefordert oder gar abgeschoben“ werden. Auch sei es unerträglich, wenn das Aufenthaltsrecht solcher Opfer „in Gefahr gerät, weil sie infolge der Gewalttat ihre Beschäftigung oder Einkommensgrundlage verlieren“, etwa wegen Verletzungen und Beeinträchtigungen der Erwerbsfähigkeit. sto

Beschwerdestelle gefordert

POLIZEI Die Linksfraktion dringt auf die Einrichtung einer unabhängigen „Polizeibeschwerdestelle“ auf Bundesebene. Dazu soll die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen, der die Kompetenzen und Pflichten einer solchen Stelle festlegt, fordert die Fraktion in einem Antrag (19/7119). Die Möglichkeit, polizeiliches Verhalten und Agieren von unabhängiger Seite überprüfen zu lassen, sei ein „zentrales Gebot in einem Rechtsstaat“ und diene einem vertrauensvollen Verhältnis von Bürgern und der Polizei, schreibt die Fraktion. Die besondere Stellung der Polizei als bewaffnetem Ordnungshüter und Teil des staatlichen Gewaltmonopols erfordere in besonderer Weise die Möglichkeit, Fehlverhalten und möglichen Missbrauch unabhängig von polizeilichen Strukturen anzuzeigen und überprüfen zu lassen. sto



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Ein Bundespolizist auf Streife am Berliner Flughafen Tegel

Konstantin von Notz (Grüne) nannte einige Punkte des FDP-Antrags „gut“, doch fehle der Vorlage inhaltliche Substanz. Er monierte zugleich „ein Kompetenzchaos“ im Bereich der Innenpolitik. Statt aber den „55 Kommissionen des Koalitionsvertrages“ noch eine weitere hinzuzufügen, müsse man „im Parlament die Dinge umsetzen“. Helmut Stoltenberg

Experten loben Reform der Organspende

GESUNDHEIT Die von der Bundesregierung geplante Reform der Organtransplantationspraxis in Krankenhäusern wird von Gesundheitsexperten unterstützt. Der Gesetzentwurf zur Verbesserung der Zusammenarbeit und Strukturen bei der Organspende (19/6915) beinhaltet geeignete Regelungen, um die Zahl der Spenden zu erhöhen, erklärten die Experten, auch in schriftlichen Stellungnahmen, bei einer Anhörung vergangene Woche im Gesundheitsausschuss. Kritik kam an Detailregelungen.

So erklärte die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG), die Neuregelung, wonach in Entnahmekliniken mit mehr als einer Intensivstation für jede dieser Stationen mindestens ein Transplantationsbeauftragter bestellt werden solle, könnte nicht immer eine Verbesserung bewirken. In kleinen Kliniken könnte eine Bündelung der Expertise und Erfahrung in einer Person von Vorteil sein. Zudem sollten Rechte und Pflichten des Transplantationsbeauftragten eindeutig festgelegt werden.

Auch sollten qualifizierte Pflegekräfte die Aufgaben eines Transplantationsbeauftragten eigenverantwortlich wahrnehmen können, forderte die DKG. Schließlich müsse klargestellt werden, dass eine Hirntodfeststellung zum Zweck der Organspende und eine Meldung an die Koordinierungsstelle unterbleiben müsse, wenn dem Arzt oder dem Krankenhaus ein Widerspruch gegen eine Organspende bekannt sei.

Die Bundesärztekammer (BÄK) begrüßte die Regelungen und erinnerte daran, dass eine Reform der gesetzlichen Grundlage für Organspenden noch ausstehe. Die Frage einer möglichen Widerspruchslösung berühre viele ethische, religiöse und rechtliche Aspekte, die Diskussion darüber müsse sensibel geführt werden.

Lebendspenden Die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) wertete den Gesetzentwurf als wesentliche Grundlage für eine nachhaltige Steigerung der Organtransplantationen. Die Deutsche Transplantationsgesellschaft (DTG) sprach sich für weitergehende Möglichkeiten aus. Angesichts des Mangels an Spenderorganen sollten auch sogenannte altruistische Lebendspenden, Cross-over-Lebendspenden zwischen Paaren und Kettentransplantationen ermöglicht werden.

Das sieht die Deutsche Gesellschaft für Nephrologie (DGfN) genauso und fordert, die Lebendspende nicht länger nachrangig gegenüber der postmortalen Spende zu behandeln. Bei Cross-over-Spenden könnten Paare untereinander die Spenderorgane tauschen. Dies müsse nicht auf zwei Paare beschränkt sein, sondern könne zu einem Ringtausch oder ein Pool-Spende ausgeweitet werden.

Der Wirtschaftswissenschaftler Axel Ockenfels von der Universität zu Köln sagte in der Anhörung, die Transplantationsregelungen in Deutschland seien im internationalen Vergleich besonders restriktiv. Er sprach sich dafür aus, die Möglichkeiten für Lebendspenden zu erweitern. Sorgen vor einem Organhandel seien aus seiner Sicht unbegründet. Ein Sprecher der Lebertransplantanten Deutschland machte hingegen auf mögliche schwere Nebenwirkungen von Lebendspenden aufmerksam und riet zur Zurückhaltung.

Die Gesetzesnovelle soll mit veränderten Vorschriften und Abläufen dazu beitragen, potenzielle Organspender besser zu identifizieren. Dazu wird vor allem die Rolle des Transplantationsbeauftragten in Krankenhäusern gestärkt. **pk**



Zwei Mal hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bisher in einem neuen Format den Fragen der Abgeordneten gestellt (hier im Bild die Regierungsbefragung vom 6. Juni 2018). Die direkte Befragung der Kanzlerin soll in der Zukunft regelmäßig stattfinden. **picture-alliance/Kay Nietfeld/dpa**

Mehr Leben in der Bude

KONTROLLRECHTE Experten geben Empfehlungen für eine Reform der Regierungsbefragung

John Bercow ist bekannt für seine extravaganten Krawatten, gerne vielfarbig und mit skurrilen Mustern. Dass der Mann zum gefeierten Star der Brexit-Schlachten im britischen Unterhaus geworden ist, hat aber vor allem mit seinen sonoren, bisweilen wie von einem Heldenorator vorgetragen Ordnungsrufen zu tun. „Order! Oder!“ Dann nämlich, wenn er als Speaker des Parlaments der brüllenden Opposition befiehlt: „Die ehrenwerte Dame wird angehört!“ Gemeint ist Premierministerin Theresa May. Die ehrenwerte Kanzlerin muss hingegen gewöhnlich nicht derart in Schutz genommen werden. Das Geschehen im britischen Unterhaus in London und im Berliner Bundestag ist atmosphärisch nicht im Mindesten vergleichbar. Ein wenig ähnlicher – nämlich deutlich lebendiger – könnte es freilich schon zugehen, wenn die Regierung befragt wird. Da sind sich alle Fraktionen einig, wie in der vergangenen Woche bei einer Expertenanhörung im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung deutlich wurde. Zwei Mal erst stellte sich Angela Merkel (CDU) bisher einer direkten Befragung der Abgeordneten – im Juni und Dezember vergangenen Jahres. In die Enge getrieben wurde sie dabei keineswegs so wie May, die sich im Unterhaus regelmäßig durch den

Tagesordnungspunkt PMQ (Prime Ministers Questions) quälen muss. Dass sich an den als langatmig empfundenen Formaten im Bundestag etwas ändern sollte, ist unstrittig. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu, die Regierungsbefragung solle reformiert und die regelmäßige Befragung der Kanzlerin ermöglicht werden.

Reformvorschläge Künftig soll sich die Kanzlerin regelmäßig für eine Stunde den Fragen der Abgeordneten stellen: vor den

Parlamentspausen zu Ostern, im Sommer und zu Weihnachten. So sieht es der gemeinsame Vorschlag von CDU/CSU und SPD vor. Doch dem erfahrenen Bundestagsdirektor Wolfgang Zeh schwand da eine Peinlichkeit: „Bei ungünstiger Aufnahme durch die Medien könnte das als ‚Hochamt des Kanzlers vor Weihnachten‘ oder als dessen ‚Entlassung des Parlaments in die Sommerferien‘ karikiert werden“, gab er in der Anhörung zu bedenken. Die Koalitionsfraktionen wollen, dass die Regierungsbefragung an jedem Sitzungsmittwoch, bei der mindestens ein Minister anwesend sein soll, von 35 auf 60 Minuten ausgeweitet, die anschließende Fragestunde von zwei auf anderthalb Stunden eingedampft wird. Die Linke (19/7) möchte, dass die künftig einstündige Regierungsbefragung vor Tagungen des Europäischen

Rates auf 95 Minuten ausgedehnt wird. Die Grünen (19/240) wollen die Regierungsbefragung auf 75 Minuten ausdehnen, wobei die Fraktionen im Wechsel die Themen vorgeben sollen. Die FDP will aus der Regierungsbefragung einen zweistündigen Schlagabtausch machen – freie Wahl der Komplexen, unangekündigte Fragen, Anwesenheit der zuständigen Minister und der Kanzlerin bei Fragen, die in ihrem Kompetenzbereich liegen. Die AfD hakte bei einem Expertenhinweis nach, dass ein eigenes Parlamentsgesetz die womöglich bessere rechtliche Absicherung der Regierungsbefragung wäre, als Änderungen in der Geschäftsordnung.

Eine Chance Der Reformbedarf wird auch von den Experten gesehen. Die Staatsrechtlerin Ann-Katrin Kaufhold sagte: „Regierungsbefragung und Fragestunde tragen in ihrer jetzigen Form wenig bis nichts zur politischen Debatte bei.“ Auch der Jurist Christoph Schönberger stufte die Regierungsbefragung als „das große Schmerzenskind“ des Bundestages ein. Er machte einen „Aufmerksamkeitsverlust“ des Parlaments aus. Der Verfassungsrechtler Christoph Möllers verwies auf den verbreiteten Eindruck, dass öffentlichkeitswirksame politische Debatten eher in Talkshows als im Bundestag geführt würden. In der geplanten Reform sieht Möllers „eine Chance für das Parlament“.

Doch diese Chance zur Vitalisierung von Regierungsbefragungen und Fragestunden hat zumindest ihre rechtlichen Tücken, wie die Anhörung ergab. Jedenfalls türmten ei-

nige Experten einen Berg von zu beachtenden Urteilen und Paragrafen auf, den zu bestiegen wohl nur eingeleitete Juristen in Begeisterung zu versetzen vermag. Zeh riet dazu, sich erst gar nicht ins juristische Klein-Klein zu verstricken, sonst sei es mit dem neuen Format „schon vorbei“. Allen Vorschlägen der Fraktionen bescheinigte er, sie seien „verfassungsrechtlich gedeckt“.

Heikle Rechtsfrage Klaus F. Gärditz, Experte für öffentliches Recht, empfahl dem Parlament und der Regierung, sich „auf einen vernünftigen Konsens zu konzentrieren“. Die heikelste Frage lautet: Kann der Bundestag mit einer Änderung seiner Geschäftsordnung die Kanzlerin und die Mi-

nisterriege zu dem von ihm gewünschten Ablauf der Regierungsbefragung herbeizwingen? Der Jurist Martin Morlock riet: Es sollte „nach einer konsensuellen Lösung gesucht werden, welche von der Mitgliedern der Bundesregierung freiwillig befolgt wird“.

Die Rechtsexpertin Jelena von Achenbach sagte, die Opposition könne sich in der direkten Auseinandersetzung mit Regierungsmitgliedern „sinnfällig und öffentlichkeitswirksam als Alternative zur politischen Regierungsmehrheit zeigen“. „Mit Blick auf die Wirkung der Regierungsbefragung in der Öffentlichkeit“ könnten sich die Regierungsmitglieder auch nicht durch parlamentarische Staatssekretäre vertreten lassen. Es handle sich um eine „höchstpersönliche Pflicht“ der Minister.

Christoph Schönberger befand, die Vorschläge von CDU/CSU und SPD verfehlten das Ziel einer wirksameren und lebendigeren Kontrolle der Bundesregierung. Der „Schlüssel“ liege in „der Anwesenheit der Mitglieder der Bundesregierung bei der Befragung“. Christoph Möllers hielt von allen Veränderungsvorschlägen jene für „besonders umsetzungswürdig“, die „die Regierungsbefragung zeitlich ausdehnen, die Teilnahme der Regierungsmitglieder und insbesondere der Kanzlerin obligatorisch machen und das Hin und Her der Rede möglichst wenig reglementieren, um so Raum für den politischen Wettbewerb zu lassen“. Auf jeden Fall dürfe „das Publikum nicht den Eindruck haben, dass eine politische Inszenierung abläuft“. **Franz Ludwig Averdunk**

»Die geplante Reform ist eine Chance für das Parlament.«

Prof. Christoph Möllers, Verfassungsrechtler

STICHWORT

Fragen an die Bundesregierung

> Regierungsbefragung: Sie findet in Sitzungswochen mittwochs nach der Kabinettsitzung statt. So soll das Parlament über aktuelle Vorhaben der Bundesregierung auf dem Laufenden gehalten werden. Die Befragung dauert derzeit 35 Minuten.

> Fragestunde: Sie findet direkt nach der Regierungsbefragung statt und dauert derzeit zwei Stunden. Abgeordnete können der Regierung in einer Sitzungswunde schriftlich bis zu zwei Fragen stellen, die mündlich beantwortet werden.

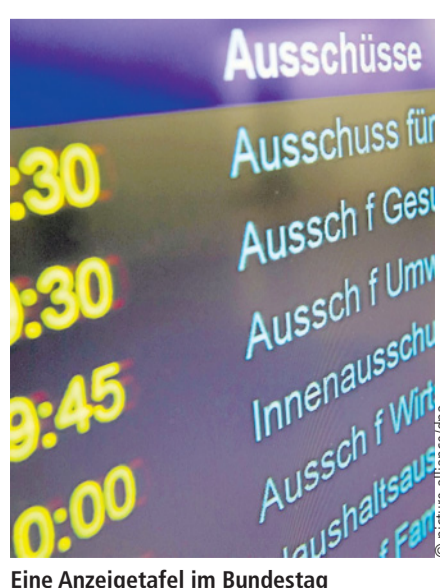
Ausschüsse tagen weiter nicht öffentlich

GESCHÄFTSORDNUNG Linke und Grüne scheitern mit Vorstoß für mehr Transparenz bei den Beratungen

Die Bundestagsausschüsse werden auch in Zukunft grundsätzlich nicht öffentlich tagen. Das entschied der Bundestag am späten Donnerstagabend und lehnte damit Anträge der Fraktionen Die Linke (19/10) und von Bündnis 90/Die Grünen (19/965) ab. Gegen die Anträge votierten Union, SPD und FDP, die AfD-Fraktion enthielt sich. Die Oppositionsfraktionen von Linken und Grünen wollten erreichen, dass die Ausschüsse, anders als derzeit in der Geschäftsordnung des Bundestages geregelt, grundsätzlich öffentlich tagen. In Paragraph 69 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Bundestages heißt es: „Die Beratungen der Ausschüsse sind grundsätzlich nicht öffentlich. Der Ausschuss kann beschließen, für einen bestimmten Verhandlungsgegenstand oder Teile desselben die Öffentlichkeit zuzulassen.“ In der Tat sind schon jetzt etliche Ausschusssitzungen öffentlich, beispielsweise Expertenanhörungen zu gesetzlichen Vorlagen.

Regel umkehren Nach den Vorstellungen von Linken und Grünen sollte das bestehende Regel-Ausnahme-Verhältnis umgekehrt werden. Beide Fraktionen sprachen sich in den Anträgen dafür aus, öffentliche Sitzungen als Livestream im Internet zu übertragen. Soweit bestimmte Geheimhal-

tungsbedürfnisse oder schutzwürdige Interessen Einzelner das Interesse an der öffentlichen Beratung überwiegen, sollte der Ausschuss die Öffentlichkeit für einen bestimmten Verhandlungsgegenstand oder Teile desselben ausschließen. Friedrich Straetmanns (Linke) argumentierte in der Schlussdebatte, es sollte selbstverständlich sein, dass etwa Petenten im



Eine Anzeigetafel im Bundestag

Petitionsausschuss die Behandlung ihrer Anliegen verfolgen könnten. Damit würde die demokratische Auseinandersetzung gestärkt. Alles andere führe in den Verdacht der Geheimniskrämerei. Dies sei dann der Sprengstoff, aus dem Verschwörungstheorien ihren Profit zögen. Britta Haßelmann (Grüne) ergänzte, es müsse mehr getan werden, um den Parlamentarismus lebendiger und Entscheidungen nachvollziehbarer zu machen. In den Parlamenten vieler Bundesländer tagten die Ausschüsse bereits in der Regel öffentlich.


Kein Aushilfsplenum Thomas Seitz (AfD) erklärte, eine unmittelbare verfassungsrechtliche Pflicht, die Arbeit der Ausschüsse öffentlich auszugestalten, lasse sich aus dem Grundgesetz nicht ableiten. Die Anträge schossen auch über das Ziel hinaus. Die Ausschüsse für Inneres und Verteidigung etwa könnten „aus zwingenden Sachgründen“ die Öffentlichkeit nur ausnahmsweise vertragen.

Auch Marco Buschmann (FDP) kritisierte, die Anträge gingen zu weit. Dadurch würde „das Wesen der Ausschussarbeit erheblich und zu ihrem Nachteil“ verändert. So biete das jetzige „Ausschussklima“ häufig mehr Erkenntnisse, als etwa die Fragestunde im Plenum. Wenn die Ausschüsse zum

„Aushilfsplenum“ gemacht würden, könnte es zudem sein, dass dort dann die Redezeit quotiert würde. Derzeit prägten Argumente und Sachkenntnis die Beratungen, nicht Zeitvorgaben. Hier sei die Opposition häufig im Vorteil.

Patrick Schnieder (CDU) wies darauf hin, dass in der vergangenen Wahlperiode immerhin 22 Prozent der Ausschusssitzungen öffentlich gewesen seien. Dies sei alles andere als selten. Es dürfe auch nicht der Eindruck erweckt werden, als wären Sitzungen ohne Öffentlichkeit womöglich anrüchig. Öffentlichkeit gehöre zur Demokratie, aber Transparenz sei nicht immer hilfreich. Es müsse auch Räume geben, in denen Abgeordnete geschützt diskutieren könnten, ohne jedes Wort abwägen zu müssen. So wäre es kaum vorstellbar, von Kameras beobachtet um Kompromisse zu ringen. Öffentliche Ausschusssitzungen würden zudem die Debatten im Plenum uninteressanter machen. Mit der jetzigen Regelung sei das Parlament gut gefahren. **Claus Peter Kosfeld**


Anzeige




Parlamentarismus
Eine Einführung
1. Auflage
Nomos

Parlamentarismus
Eine Einführung
Von Prof. Dr. Stefan Marschall
3., aktualisierte Auflage 2018, 265 S.,
brosch., 24,90 €
ISBN 978-3-8487-5231-7
nomos-shop.de/39615

Parlamentarismus ist eine weltweit verbreitete Form der Organisation von Herrschaft. Parlamente finden sich auf verschiedenen politischen Ebenen und in unzähligen politischen Systemen. Mit dieser jahrhundertealten, aber immer wieder neu zu erfindenden Organisationsform setzt sich das Buch grundlegend und umfassend auseinander. Angesprochen werden unter anderem die Geschichte und Theorie des Parlamentarismus, die Organisations- und Arbeitsweise von Parlamenten, ihre Funktionen sowie die Parlamentarismuskritik. Im Fazit wird die Zukunft des Parlamentarismus in den Blick genommen und die Konturen eines „neoparlamentarischen Zeitalters“ skizziert. Das Buch nähert sich dem Phänomen aus einer vergleichenden Perspektive.


www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Wenn das Wirtschaftswachstum stark nachlässt, ist das ein Alarmzeichen.

© picture-alliance/imageBROKER/Collage: Stephan Roters

Leiser Alarm

WIRTSCHAFT Brexit und Handelskrieg setzen dem Aufschwung in Deutschland zu. Wachstum lahm

Wenn der Alarm angeht, dann nützt es nichts, die Brandmelder abzustellen.“ Die Grünen-Abgeordnete Kerstin Andreae warf diesen Satz in die-Debatte über den Jahreswirtschaftsbericht 2019 ein. Ob der Bericht wie ein Alarmsignal wirkt, nahmen Koalition und Opposition bei ihren Reden am Donnerstag im Bundestag ganz unterschiedlich wahr. Ganz das Gegenteil las der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier (CDU), aus dem Bericht (19/7440) heraus – einerseits. Die deutsche Wirtschaft befindet sich „im 10. Jahr in Folge in einer äußerst robusten, in einer äußerst stabilen Lage.“ Er zählte auf: längster Aufschwung seit 1966, höchste Zahl an Arbeitsplätzen, Arbeitslosigkeit sinkt erstmals seit der Wiedervereinigung unter fünf Prozent, Nettolöhne steigen auch dank Entlastungen bei Steuern und Abgaben um 4,8 Prozent.

Schwieriges Umfeld Andererseits vielleicht doch schon ein leises Alarm-Piepen? „Wahr ist aber auch, dass wir ein schwieriges internationales Umfeld haben“, befand Altmaier. Brexit, Handelsstreit: Nur noch ein Prozent Wachstum erwartet die Bundesregierung in diesem Jahr. Wobei der Linke Klaus Ernst darüber nachsann, ob das nicht vielleicht ein bisschen nach un-

ten geschönt sei, damit Altmaier in einem Jahr sagen könne: Wir waren besser als erwartet. Aber auch ein Prozent seien immer noch „eine Zahl, um die uns viele in der Welt beneiden“, meinte Altmaier. Und zur weiteren Stimmungsaufhellung beendete der Minister seinen Auftritt mit Hoffnung machenden Worten. Er gab sich „überzeugt, dass der Aufschwung weitergeht und dass er schon in wenigen Monaten an Fahrt gewinnen wird.“ Vorher hatte er überraschend krachend einen Pflock eingeschlagen. Als er bekannte, ein „großer Freund der Regierungskoalition“ zu sein, konnte man schon ahnen, dass eine kleine Breitseite gegen die SPD folgen würde. Debatten über Steuererhöhungen seien „nicht besonders hilfreich“. Sie stünden auch „nicht im Koalitionsvertrag“. Leif-Erik Holm (AfD) hielt der jetzigen und früheren Regierungen unter selber Ägide falsche Wirtschaftspolitik vor: „Sie haben aus unserem Land eine Lachnummer gemacht.“ Auf die Bremsen beim Wachstum sei die Koalition „nicht im geringsten vorbereitet“. Er machte sehr wenig Spielraum für schlechtere Zeiten aus. Der

Solidaritätszuschlag müsse endlich abgeschafft werden, um mittlere Einkommen zu entlasten, forderte er. Dafür sei es jetzt an der Zeit. Zunehmende Eingriffe des Staates von der völlig kontraproduktiven Mietpreisbremse bis zum überhasteten Kohleausstieg bescherten Bürgern und Unternehmen eine „Wiederauferstehung der Planwirtschaft“.

»Sie haben aus unserem Land eine Lachnummer gemacht.«

Leif-Erik Holm (AfD)

Sören Bartol (SPD) sagte, angesichts von Brexit und Zollstreitigkeiten komme es drauf an, die „Binnennachfrage als wichtigen Teil des Wachstums zu stützen“. Tatsächlich könnten sich die Bürger von den steigenden Löhnen auch mehr kaufen. Sorge bereite ihm, dass viele Unternehmen nicht mehr nach Tarif bezahlten. Die Tarifbindung müsse wieder gestärkt werden. Er sprach sich gegen Steuererhöhungen für Unternehmen aus. Die verdienten immer noch gutes Geld und sollten jetzt in Innovationen investieren. Der Koalition bescheinigte er „solide Finanzpolitik, bei der wir Maß und Mitte halten“. Wer den Bürgern Entlastungen verspreche, stelle ungedeckte Schecks aus. Thomas L. Kemmerich (FDP) merkte an, die deutsche Wirtschaft sei erfolgreich – „trotz Politik“. Er forderte die Bundesregie-

rung auf: „Gehen Sie aktiv mit dem Handelsstreit um.“ Beim Brexit handele sie nicht, sondern warte „immer mit diesen Worthülsen“ auf. Es warnte vor den Plänen zur Reform der Grundsteuer. Sie bedeuteten eine gigantische Steuererhöhung.

Meister statt Master Kemmerich sprach den Fachkräftemangel an und forderte Bafög auch für Ausbildungsberufe: „Wir brauchen mehr Meister statt Master.“ Er verwies auf nötige Investitionen wie bei der Digitalisierung: „Legen Sie einen Gang zu und kommen Sie raus aus dem Leerlauf.“

Klaus Ernst (Die Linke) stellte fest: „So schlecht ist die Lage nicht.“ Das sei der Inlandsnachfrage dank der steigenden Löhne zu verdanken. Warnungen, dass Lohnerhöhungen zu steigenden Preisen und Gefährdung des Exports führen würden, hätten sich nicht bewährt. Er ermunterte die SPD, sich mit der Forderung nach einem Mindestlohn von zwölf Euro in der Koalition durchzusetzen. Im unteren Bereich seien die Löhne zu niedrig. Er beklagte den immer noch hohen Handelsüberschuss. Kerstin Andreae (Grüne) lobte das Ergebnis der Kohlekommission. Das sei aber nur ein erster Schritt. Sie forderte Altmaier auf: „Machen Sie Deutschland wieder zum Spitzenreiter bei erneuerbaren Energien“. Das sei auch ökonomisch sinnvoll. Klimaschutz und Ökologie gehöre die Zukunft.

Sie müssten zum „Standortvorteil für Deutschland“ werden. Für sie ist klar, dass man „Wohlstand erhalten kann mit CO2-arter Wirtschaft“. Sie beklagte, dass eine industriepolitische Strategie fehlt – beispielsweise für den Wandel der alten Industrie im Automobilbereich. Die Regierung müsse endlich aufwachen. Joachim Pfeiffer (CDU) strich heraus, dass es im 10. Jahr in Folge beim Wachstum geblieben sei. Dies zeige, dass in der Politik „die Richtung stimmt“. Motor des Wachstums sei der Arbeitsmarkt. Über 45 Millionen Menschen seien in Lohn und Brot – fast acht Millionen mehr als 2005. Folgen seien ein erhöhtes Steueraufkommen und mehr Einzahlungen in die Sozialkassen. Er nannte dies eine „erfolgreiche Glücksspirale“. Der Aufschwung komme bei den Menschen an. Sie hätten mehr in der Tasche. Einem staatlich festgesetzten Mindestlohn erteile er eine Absage. Das müsse Aufgabe der Tarifpartner bleiben. Grundlage der Debatte war neben dem Jahreswirtschaftsbericht auch das Jahrgutachten 2018/19 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (19/5800). Darin wird geraten, die Bedingungen für die Wirtschaft unter anderem durch Modernisierung des Arbeitszeitrechts zu verbessern. Beide Unterlagen überwies der Bundestag zur weiteren Beratung an die zuständigen Ausschüsse. Franz Ludwig Averdunk

KURZ NOTIERT

Brexit-Steuerreform wird noch ergänzt

Deutschland bereitet sich mit Änderungsplanungen für den Finanzmarkt auf den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union vor. Der Bundestag überwies am Donnerstag einen Gesetzentwurf über steuerliche Begleitregelungen zum Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union (19/7377) an die Ausschüsse. Das Gesetz regelt die weitere Gültigkeit von Finanzkontrakten nach dem Brexit und die weitere Tätigkeit von Banken aus Großbritannien. In einer Sitzung des Finanzausschusses war zuvor deutlich geworden, dass noch Ergänzungsbedarf besteht. So fehlen Regelungen zur Erbschaftsteuer. hle

Mehr Brauereien und weniger Bäcker in Deutschland

Die Zahl der Brauereien in Deutschland ist in den vergangenen Jahren merklich gestiegen. Im Jahr 2017 sei in 1.492 Betrieben Gerstensaft hergestellt worden, das seien 186 Unternehmen mehr als noch zehn Jahre zuvor, erklärt die Bundesregierung in der Antwort (19/7287) auf eine Kleine Anfrage (19/6434) der Grünen. Deutlich mehr als die Hälfte davon seien inzwischen Mikro- und Gasthausbrauereien mit einem Jahresausstoß von weniger als 1.000 Hektolitern. Die Bundesregierung erwähnt dabei explizit die Gründerszene in Ballungsräumen, die mit ihren Craftbieren den Markt bereichern. Rückläufig ist hingegen die Zahl der Bäcker und Fleischer in Deutschland. Aus der Antwort geht hervor, dass es 2017 mit 12.003 Bäckerbetrieben fast 22 Prozent weniger gab als noch 2008. Die Zahl der Fleischer sank im selben Zeitraum um gut 26 Prozent auf 13.490 Betriebe. pez

AfD verlangt stärkeren Vogelschutz in Europa

Die AfD-Fraktion fordert einen besseren Schutz von Vögeln in Europa. Ein entsprechender Antrag (19/7428) wurde am Donnerstag vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesen. Die Bundesregierung wird darin aufgefordert, bei der EU-Kommission den Schutz der gefährdeten Arten Feldlerche, Turteltaube, Großer Brachvogel, Bekassine, Kiebitz oder Goldregenpfeifer durchzusetzen, damit die Schutzbestrebungen im eigenen Land nicht durch im Ausland zugelassene oder geduldete Fang- und Tötungsmethoden konterkariert werden. vom

Linke schlägt Urlaubsbeihilfen für bedürftige Familien vor

Die Linksfraktion setzt sich dafür ein, die nationale Tourismusstrategie sozial-ökologisch zu gestalten. Die Abgeordneten haben einen entsprechenden Antrag (19/7120) vorgelegt, der federführend an den Tourismusausschuss überwiesen wurde. Die Linksfraktion verlangt bessere Arbeitsbedingungen für die fast drei Millionen Beschäftigten im Tourismusgewerbe sowie mehr staatliche Hilfen, um einkommensschwachen Familien und Kindern Ferienreisen und Klassenfahrten zu ermöglichen. Sie plädiert für eine „sozial-ökologische“ Ausgestaltung der von der Regierung ins Auge gefassten „nationalen Tourismusstrategie“. vom

Brücke zur Wirtschaft

WISSENSCHAFT FDP: Forschung und Arbeit verknüpfen

Die FDP-Fraktion tritt für die Gründung einer Deutschen Transfergemeinschaft (DTG) ein, die den Transfer von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft institutionalisieren soll. Das schreibt die Fraktion in einem Antrag (19/6265), der vom Bundestag am Donnerstag an die Ausschüsse überwiesen wurde. Forschungsergebnisse in die unternehmerische Praxis zu bringen, sei eine beständige Aufgabe. Hierfür sei es erforderlich, eine dauerhafte Institution mit personeller und finanzieller Substanz zu schaffen.

Übergreifende Struktur fehlt Nach Ansicht der FDP verfügt Deutschland zwar über ein differenziertes Forschungs- und Innovationssystem, jedoch sei die Verbindung von der Wissenschaft zur Wirtschaft und Gesellschaft zu gering. Dies gelte sowohl für Forschung an den außeruniversitären Forschungseinrichtungen und an den Universitäten als auch für den Transfer angewandter Forschung aus allen Hochschulen. Gleichzeitig sei an vielen Hochschulen für angewandte Wissenschaften ein starker Aufwuchs der anwendungsorientierten Forschung zu beobachten, der in bestehenden Förderstrukturen nicht ausreichend abgedeckt werde. Die Aufgabe des Transfers müsse von allen Beteiligten offensiv voran-

getrieben werden. Zwar gebe es bereits transferorientierte Programme verschiedener Ministerien, darunter das „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)“ oder die „Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF)“, aber keine übergreifende Struktur. Unternehmen meldeten sich oft erst dann, wenn sie bei ihren bestehenden Produkten und Dienstleistungen einen Mangel feststellten, der behoben werden sollte. Dadurch sei das Ergebnis angewandter Forschung oft eher Reparatur als neue Technologie und Entwicklung. Und Hochschulen, die Anträge stellen, suchten nicht selten Wirtschaftspartner als Alibi-Partner. Nach Ansicht der FDP-Fraktion soll die DTG unabhängig agieren können und als Selbstverwaltungseinrichtung Erkenntnis- und Wissenstransfer aus der Wissenschaft in die praktische Anwendung durch Kooperationen mit Partnern aus der Wirtschaft, insbesondere Kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) fördern. Kooperationen der Wissenschaft mit den Bereichen Politik und Verwaltung sowie Kultur und Zivilgesellschaft sollen ebenfalls möglich sein. Die DTG soll sowohl technologische als auch soziale Innovation unterstützen und zunächst mit einem dreistelligen Millionenbetrag ausgestattet werden. rol

Karliczek will Kampf gegen Krebs vorantreiben

FORSCHUNG Mit einer »Nationalen Dekade« sollen neue Therapien schneller für Patienten nutzbar werden

Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU) will sowohl die Forschung als auch den Wissenstransfer beim Kampf gegen Krebs vorantreiben. Ziel der gerade gestarteten Nationalen Dekade gegen Krebs sei es unter anderem, neue Therapien schneller aus der Forschung „ran ans Krankenbett“ zu bringen, sagte die Ministerin vergangenen Freitag während der Debatte zur Hightech-Strategie der Bundesregierung (19/4100) sowie zu Anträgen der FDP (19/7118) und der Grünen (19/4857). Eine große Rolle beim Kampf gegen Krankheiten spiele auch die künstliche Intelligenz, so die Ministerin. Sie könne Muster bei Krankheiten aufdecken und darauf schließen, welche Therapien erfolgversprechend seien. Benötigt würden dazu möglichst viele Patientendaten, sagte Karliczek. Dennoch müsse aber die Privatsphäre der Patienten beachtet werden. Karl Lauterbach (SPD) forderte, die Grundlagenforschung bei der Bekämpfung von Krebs zu stärken. „Da haben wir ein Defizit“, sagte er. Um Daten in der Medizin nutzbarer und auswertbarer zu machen, brauche es zudem einheitliche Formate, die durch nationale Vorgaben erreichbar seien. „Wir haben das Geld, wir haben die Köpfe und wir haben die Möglichkeiten“, so der SPD-Abgeordnete. Das müsse nun

in der Nationalen Dekade gegen Krebs zusammengebracht werden. Für die von Karliczek zu verantwortende Ausrichtung der Hightech-Strategie 2025 erntete die Ministerin gleichwohl Kritik der Opposition. Götz Frömming (AfD) sagte, es handle sich hierbei nicht um ein schlüssiges Programm zur Förderung der Hochtechnologie, sondern um eine Anhäufung

wohlklingender Phrasen und Absichtserklärungen“. Mit der Strategie werde ideologiegetriebene Gesellschafts- und Umweltpolitik mit dem Ziel der allumfassenden Umgestaltung des Landes betrieben. Thomas Sattelberger (FDP) vermisste „das Strategische an dieser Strategie“. Schon seit Jahren kritisierten Experten, dass der Hightech-Strategie konkrete Meilensteine,

eine klare Zielhierarchie und eine ehrliche Positionierung, wo Deutschland im internationalen Wettbewerb steht, fehlen würden, sagte er. In eine andere Richtung ging die Kritik von Petra Sitte (Die Linke). In zu wenigen Förderlinien fänden sich Forschungen zu sozialen und gesundheitsbezogenen Dienstleistungen oder Forschungen an Szenarien zur Stärkung der Sozialsysteme, beklagte sie. Anna Christmann (Grüne) warf Karliczek vor, angesichts einer Erhöhung im Wissenschaftsbereich von jährlich nur 500 Millionen Euro nicht daran interessiert zu sein, das 3,5 Prozent-Ziel (3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Wissenschaft und Forschung) zu erreichen. Albert Rupprecht (CSU) sprach hingegen von „Rekordinvestitionen in Wissenschaft und Forschung“, denen aber ein Rückgang bei Innovationen gegenüberstehe. Deshalb sei die Verbesserung des Wissenstransfers „eine der Schlüsselaufgaben der laufenden Legislaturperiode“. Götz Hausding



Forscher am Fraunhofer-Institut für Zelltherapie und Immunologie in Leipzig arbeiten an einer Zelltherapie gegen Krebserkrankungen. © picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Jüdisches Leben in Deutschland, wie hier im Jüdischen Gemeindehaus in Berlin, wird von einem alten und neuen Antisemitismus zunehmend bedroht. Felix Klein will die Öffentlichkeit dafür sensibilisieren.

© picture-alliance/dpa/ReneBertrand/Bundesinnenministerium/BMI



Den Defiziten auf der Spur

ANTISEMITISMUS Wie Felix Klein im neuen Amt als Beauftragter der Bundesregierung seine Akzente setzt

Der schweifende Blick durch die breite Fensterfront des geräumigen Eckbüros ist geradezu einmalig. Unterhalb Bundeskanzleramt und Reichstag; nach rechts der Tiergarten mit der schlanken Siegestsäule und modernen Hochbauten im Hintergrund; nach links dichte Häuserschluchten mit dem Komplex des Roten Rathauses und dem markanten Fernsehturm am Alexanderplatz. Der Raum nimmt sich ein idealer Hochsitz aus, um einen Überblick von der nahen wie fernen Umgebung zu erhalten. Überblick: Dies ist ein angemessenes Stichwort für Felix Klein an seinem jetzigen Arbeitsplatz mit der fernen Rundsicht, im oberen Stockwerk des Bundesinnenministeriums in Berlin. Seit Mai 2018 steht dort dessen Schreibtisch als „Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus“, ein langer Titel, deshalb zu meist nur die Kurzform „Antisemitismus-Beauftragter“. Es ist eine völlig neu geschaffene Position im Berliner Regierungsapparat. „Ich bin ins kalte Wasser geworfen worden“, beschreibt Klein seinen Start. Und das hieß in den ersten Monaten: ohne Strukturen, ohne Regeln, ohne Personal. Dabei kam dem jetzt 50-jährigen Beamten sicherlich seine vorherige Tätigkeit zugute. Nach einem juristischen Studium mit Promotion hatte er die diplomatische Laufbahn eingeschlagen. Seit 2014 kam er näher mit seinem jetzigen Berufsumfeld in Berührung. Denn er war, im Rang eines Botschafters, Sonderbeauftragter für Beziehungen zu jüdischen Organisationen und Antisemitismus des Außenamtes in Berlin. Allerdings grenzt es an ein kleines Wunder, dass sich eine solche Funktion nunmehr im Berliner Behördentableau befindet. Denn die Genese dieser Einrichtung gleicht eher einer mühseligen Odyssee denn einem starken Willensakt. Die ersten Bemühungen, der Bekämpfung des wachsenden Antisemitismus in Deutschland einen festen Organisationsrahmen zu verschaffen, liegen über ein Jahrzehnt zurück. Anfang 2008, im Vorfeld des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht von November 1938, bildete sich im Bundestag eine erste parteiübergreifende Initiative. Doch es bedurfte zweier Beschlüsse des Parlaments, auch zweier unabhängiger Expertengremien Antisemitismus mit jeweils langen Berichten, bis sich die Absichten konkretisierten.

Mit Risiko Anlass bot der letzte Rapport von Anfang April 2017 mit fünf zentralen Kernanliegen. „Als Kommission haben wir uns zwei Dinge vorgenommen“, sagt Andreas Nachama, Leiter des Dokumentationszentrums „Topographie des Terrors“ in Berlin und Mitglied im Expertenkreis. „Erstens müssen wir die Zahl der Forderungen reduzieren, um es nachvollziehbar zu machen. Und zweitens müssen wir dafür sorgen, dass beim Bund jemand da ist, der die Dinge anschiebt, also einen Antisemitismus-Beauftragten.“ Dennoch bestand das Risiko eines Fehlschlags. Kurz vor dem En-

de einer Legislaturperiode droht Vorschlägen allgemein ein Schubladendasein. Doch der Bericht verstaubte diesmal nicht in Bürokraten-Schubladen. Am 18. Januar 2018 passierte der Antrag „Antisemitismus entschlossen bekämpfen“ den Bundestag mit großer Mehrheit und der Aufforderung an die Bundesregierung, einen besonderen Beauftragten für diese Aufgabe zu berufen. Zu diesem Zeitpunkt war die Regierung nur geschäftsführend im Amt. Aber das Vorhaben schaffte es schließlich in den Groko-Koalitionsvertrag. Denn die Augen lassen sich nicht mehr vor zunehmenden antisemitischen Tendenzen verschließen, vom plumpen Judentum bis zur subtilen Israel-Kritik. Bei der praktischen Umsetzung der Funktion kam es zu ersten Modifikationen. Der Beauftragte wurde nicht, wie vom Expertenkreis wegen der Querschnittsaufgabe verlangt, im Bundeskanzleramt angesiedelt. Innenminister Horst Seehofer (CSU) pochte auf diese Stelle, weil er sein Ministerium um Bau und Heimat erweitert hatte. Das Personal sollte nur aus zwei Sachbearbeitern und einer Sekretärin bestehen. „Nach meinem Geschmack ist die Ansiedlung im Innenministerium nicht so glücklich“, rügt Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke) die jetzige Konstellation. „Ich hätte gern einen Beauftragten des Bundestages gesehen, vergleichbar mit der Institution des Wehrbeauftragten, mit entsprechenden Kompetenzen und einem Stab, der diesen Namen verdient und mit

dem er arbeiten kann.“ Sie sagt: „Es geht nicht, dass man einen Beauftragten ernannt und er keinen Zugriff auf eigenes Personal hat. Wenn sich dies nicht ändert, wäre er zum Scheitern verurteilt.“ Diese Situation bildete Kleins Ausgangsposition. Zwar gelang es, bei den Haushaltsberatungen im Herbst die Zahl der Mitarbeiter auf elf zu erhöhen. Außerdem erhielt er einen Fonds von einer Million Euro zur Finanzierung von Projekten. Aber das neue Referat Antisemitismusbe-kämpfung siedelt im Heimat-Bereich, den ein beamteter Staatssekretär leitet. Von dort soll es Klein zuarbeiten. Eine zumindest komplizierte Gemengelage. Trotzdem hat Klein, der sich selbst als pragmatisch, optimistisch, zukunfts-froh charakterisiert, innerhalb weniger Monate viel angeschoben. Zunächst konzentrierte er sich darauf, Amt und Person bekannt zu machen: mit Besuchen, Reden, Diskussionen, Stellungnahmen. Was sich vielleicht als smarte PR-Maßnahme ausnimmt, hat einen ernsten Hintergrund. Laut Expertenbericht sind 80 Prozent der Juden in Deutschland der Auffassung, der Antisemitismus nehme ständig zu und bedeute eine immer stärkere Bedrohung. Da gegen meinen fast 80 Prozent der nichtjüdischen Deutschen, das Thema Antisemi-

»Ich hätte gern einen Beauftragten des Bundestages gesehen.«

Petra Pau (Linke), Bundestagsvizepräsidentin

tismus sei nicht so relevant. Diese Diskrepanz will Klein unbedingt auflösen: „Der Antisemitismus ist nicht nur eine Sache der Juden, sondern von uns allen in Deutschland.“ Diese Grundüberzeugung kennzeichnet seine Auftritte. Er erläutert stets sein Programm, verbindet dies fast immer mit einer besonderen Botschaft. Bei der „Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa“, wo sich etwa 100 Jugendliche in Berlin-Mitte versammelt haben, fordert er Wachsamkeit und Zivilcourage: „Stehen Sie auf, wagen Sie den Widerspruch.“ In der Akademie der Künste neben dem Brandenburger Tor bedauert er, dass die Statistiken kein verlässliches Bild über den Grad des Antisemitismus liefern: „Wir müssen die Dunkelziffern verkleinern.“ In Chemnitz, der Stadt, die seit August letzten Jahres häufig symbolisch für fremdenfeindliche und rechtsradikale Zusammenrottungen steht, bekennt Klein, dass alle Maßnahmen der letzten Jahrzehnte nicht ausgereicht hätten: „Es gibt viele Defizite.“ Er hat ein lokales Beispiel zur Hand: Während der tumultuösen Tage habe es eine gewalttätige Attacke auf ein jüdisches Restaurant und dessen Inhaber gegeben. Sie sei von der Polizei zunächst als Sachbe-

schädigung, nicht als politisches Delikt eingeordnet worden. Aber Klein besetzt auch positive Aspekte. Vor der Europäischen Rabbiner-Konferenz, erinnert er daran, dass das Judentum bald 1.700 Jahre in Deutschland bestehe, wie aus einem Edikt des römischen Kaisers Konstantin aus dem Jahr 321 für Köln hervorgehe. „Das jüdische Leben in Deutschland gedeihen kann, auch wieder von Berlin in die Welt getragen wird, ausgerechnet hier, wo so viel Leid über die Juden gebracht wurde: Das muss man sich auch mal auf der Zunge zergehen lassen.“

Verwirrende Zahlen Gerade bei Projekten, die ihm teilweise vom Bundestag vorgegeben wurden, setzt Klein inzwischen Akzente. So hat die Berliner Recherche- und Informationsstelle (RIAS) allein in der Hauptstadt 947 Vorfälle gelistet, eben Diskriminierungen, Beleidigungen, Bedrohungen, Angriffe. Zudem ordnete die Polizei 94 Prozent der Delikte dem rechten Spektrum zu, während die betroffenen Juden häufig von Tätern mit muslimischem Hintergrund sprechen. Am 18. Februar kommt nun die Bund-Länder-Kommission in der Heidelberger Jüdi-

schen Hochschule zu ihrer ersten offiziellen Sitzung zusammen. Sieben Bundesländer verfügen inzwischen ebenfalls über Antisemitismus-Beauftragte. Dieses Gremium ist für die Koordinationsaufgabe Kleins geradezu existentiell. Denn 80 Prozent der Kompetenzen bei der Bekämpfung des Antisemitismus liegen bei den Bundesländern, eben in den Bereichen Polizei und Justiz, Bildung und Erziehung, Prävention und Gedenkkultur. Ohne föderale Zusammenarbeit bliebe die Arbeit des Bundesbeauftragten ein Torso, weshalb Klein die restlichen Ministerpräsidenten bekümmert, ähnliche Stellen einzurichten. Ein neuer, effizienter Expertenkreis gewinnt ebenso Konturen, soll aber erst vom Kabinett bestätigt werden. Klein will selbst den Vorsitz führen. Er muss damit leben, dass er von vielfacher Seite unter scharfer Beobachtung steht. Im öffentlichen Spektrum bestehen anhaltende Zweifel über die Erfolgsaussichten. Der scharfzüngige Historiker Michael Wolffsohn spitzt es auf den Begriff „reine Alibi-Veranstaltung“ zu, andere Kritiker drücken sich drastischer aus. Stressabbau findet Klein in einem anderen Metier, nämlich als Mitglied des Diplomatischen Streichquartetts. Das Ensemble pflegt die Werke vergessener jüdischer Komponisten. Hier stimmt es ihn sichtlich zufrieden, mit dem Saitenspiel jüdisches Leben viel unbeschwerter und empathieverer überzubringen als mit verbalen Darlegungen.

Hans-Peter Föhrding

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.

Plädoyer für eine Gegenwehr im Alltag

HOLOCAUST-GEDENKTAG Saul Friedländer und Wolfgang Schäuble rufen zur Verteidigung der »wahren Demokratie« auf

Als Pavel 1932 in Prag geboren, wurde aus dem Kind jüdischer Eltern im Alter von zehn Jahren der katholische Internatsschüler Paul-Henri-Marie Ferland. Viele Kilometer von der Heimat entfernt, in Frankreich, wo sich die Familie nach ihrer Flucht aus Prag zunächst sicher fühlte. Doch als im Sommer 1942 im besetzten Frankreich die Verhaftungen ausländischer Juden begannen, war auch die Familie von Saul Friedländer nicht mehr sicher. Die Eltern versteckten ihren Sohn unter falschem Namen in einem katholischen Priesterseminar. Und während ihr eigener Fluchtversuch in die Schweiz scheiterte, sie nach Auschwitz deportiert und dort ermordet wurden, überlebte der Sohn dank seiner neuen Identität. „Nach einigem anfänglichen Widerstand und einer langen Krankheit fügte ich mich und wurde zu einem gehorsamen und frommen Kind.“ So schilderte der israelische Historiker und Publizist Saul Friedländer in der vergangenen Woche vor dem Bundestag sein eigenes Entkommen. Anlass war der Holocaust-Gedenktag zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar 1945. Zu der Feierstunde lädt der Bundestag alljährlich Zeitzeugen als Gastredner ein, denen es mitunter nicht leicht fällt, in dem Land über ihr

Schicksal und das Millionen anderer zu reden, das sie einst zu Vertriebenen machte. Auch er habe gezögert, die Einladung anzunehmen, sagte Friedländer. Er sagte schließlich zu, weil er im heutigen Deutschland ein „von Grund auf verändertes Deutschland“ sehe. Dieses Deutschland könne sich auf dem Erreichten aber nicht ausruhen. Denn Anti-

semitismus, Fremdenhass, autoritärere Herrschaftsformen und ein sich verschärfender Nationalismus seien weltweit auf dem Vormarsch. „Wir alle hoffen, dass Sie die moralische Standfestigkeit besitzen, weiterhin für Toleranz und Inklusivität, Menschlichkeit und Freiheit, kurzum, für die wahre Demokratie zu kämpfen“, appellierte Friedländer.



Der 86-jährige Saul Friedländer vor dem Bundestag

© picture-alliance/dpa

Friedländer, der 1948 nach Israel ausgewanderte und sich den Vornamen Saul zulegte, beklagte, dass das Existenzrecht Israels sowohl von extremen Rechten wie extremen Linken in Frage gestellt werde. Natürlich sei Kritik an der israelischen Regierung legitim, jedoch sei die Heftigkeit der zum Teil obsessiven Angriffe „schlicht absurd und enthalte den Beigeschmack eines nur dürrig verhüllten Antisemitismus“, sagte er. Für Juden wie ihn sei Israel jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg lebensnotwendig gewesen, es gebe ihm – bis heute – wieder ein Gefühl von Heimat, von Zugehörigkeit. „Das Existenzrecht des Landes zu verteidigen, ist deshalb eine grundsätzliche moralische Verpflichtung.“

Eine staatliche Aufgabe Auch Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) rief in seiner Eröffnungsrede die Bürger dazu auf, gegen Antisemitismus und Rassismus aktiv zu werden. Es gebe in unserer Gesellschaft noch immer gefährliche Stereotype, Ausgrenzung und Diskriminierung. „Es beschämt uns, dass Juden wieder mit dem Gedanken spielen, auszuwandern, weil sie sich in unserem Land nicht sicher fühlen“, sagte Schäuble. Aber Scham allein reiche nicht. „Es braucht, neben der Härte der Gesetze, vor allem im Alltag un-

sere Gegenwehr.“ Sowohl Antisemitismus im alten Gewand, aber auch ein neu zugewandter seien inakzeptabel, erst Recht in Deutschland, betonte er. Zu diesem Blick in die Gegenwart gehöre zwingend der Blick in die Vergangenheit, sagte Schäuble, der damit jenen eine Absage erteile, die einen Schlussstrich unter die Beschäftigung mit der NS-Geschichte ziehen wollen. „Keine Nation kann sich ihre Geschichte aussuchen oder sie abstreifen. Der Umgang mit ihr ist die Grundlage der Zukunft jedes Landes. Aus der deutschen Schuld erwächst unsere Verantwortung, nicht vergessen zu dürfen“, meinte er. Mit diesem Ziel lädt der Deutsche Bundestag zum Holocaust-Gedenktag jedes Jahr Jugendliche verschiedener Länder zu einer Jugendbegegnung ein (Bericht dazu auf Seite 12). Denn, so der Parlamentspräsident, Erinnerungskultur gehöre zu den staatlichen Aufgaben. „Wer daran rüttelt, legt Hand an die Grundfesten unserer Republik.“

Claudia Heine

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Vor zwölf Tagen hatte sich der von den USA unterstützte Parlamentspräsident Venezuelas, Juan Guaidó, zum Interimspräsidenten des Landes erklärt und damit den linken Staatspräsidenten Nicolás Maduro offen herausgefordert. Die Bundesregierung und weitere europäische Regierungen stellten Maduro kurz darauf ein Ultimatum. Sollte er nicht binnen acht Tagen freie und faire Neuwahlen ausrufen, würden sie Guaidó als Präsidenten anerkennen.

Eine Forderung, die Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) vergangene Woche in einer auf Verlangen von CDU/CSU und SPD anberaumten Aktuellen Stunde verteidigte: Maduros Regime habe Venezuela mittlerweile an den Abgrund geführt. Ihm fehle jede demokratische Legitimation. „Maduro muss unverzüglich umsteuern und einen glaubwürdigen politischen Prozess im Rahmen der venezolanischen Verfassung“ einleiten, forderte der Minister. Auch Jürgen Hardt (CDU) verteidigte die rasche deutsche Parteinarbeit: Der Parlamentspräsident sei laut Verfassung Interimspräsident, „solange es keinen demokratisch gewählten Präsidenten gibt“. Viele in der Region hätten festgestellt, dass die hastig herbeigeführten Präsidentschaftswahlen im Mai 2018 keine demokratischen Wahlen gewesen seien.

Katastrophale Lage Wäre es eine Frage der Popularität, wäre Venezuelas Machthaber schon längst erledigt: 81 Prozent der Venezolaner wollen laut einer Umfrage des Instituts Mitofsky seinen Rücktritt. Auch die Nachbarländer, die infolge der katastrophalen wirtschaftlichen Lage im Land mit drei Millionen Flüchtlingen zu kämpfen haben, wünschen ihn zum Teufel. Maduros Bilanz ist in jeder Hinsicht desaströs: 1,3 Millionen Prozent Inflation, die Wirtschaft innerhalb von fünf Jahren um 50 Prozent geschrumpft, die Armut auf mehr als 80 Prozent angestiegen. Dennoch hat der Staatschef die kritische erste Woche im Machtkampf mit seinem Herausforderer überstanden. Das atemlose Ping-Pong-Spiel, in dem beide Seiten Verbündete sammelten und offene oder verhohlene Drohungen aussieften, ist abgeflaut. Das Militär hat sich nicht massiv von Maduro abgewendet, die USA sind nicht einmarschiert, und die Erdölsanktionen greifen erst langsam. Maduro hat Zeit gewonnen. Alles deutet darauf hin, dass eine zweite Runde bevorsteht, in der sich der Schlagabtausch auf das diplomatische Parkett verlegen könnte. Hier steht Maduro mit dem Rücken zur Wand: Die einzigen Alternativen zu Verhandlungen wären eine blutige Militärdiktatur mit brutaler Repression – die Bereitschaft des venezolanischen Militärs hierfür ist zweifelhaft – oder eine Militärintervention.

Noch genießt der Präsident den Rückhalt der Sicherheitskräfte, die geeint sind in ihrer Furcht vor Repression und gerichtlicher Verfolgung; der kubanische Geheimdienst G2 hat die Kommandostrukturen unter Kontrolle und geht unbarmherzig gegen „Verräter“ vor. Zahlreiche Offiziere sind außerdem in Drogenhandel, Korruption und Menschenrechtsverletzungen verstrickt. Eine Schlüsselfigur könnte jedoch Verteidigungsminister Vladimir Padrino sein, sollte es die Opposition schaffen, ihn und die Generäle davon zu überzeugen, Maduro an der Staatsspitze zu opfern.

Auch Maduros nunmehr knappe Kriegskasse könnte ihm zum Verhängnis werden. Die Erdölproduktion, die 83 Prozent der Exporteinnahmen liefert, ist in den vergangenen Jahren stetig gesunken. Die Hälfte des Öls geht in die USA, für die kaum Ersatz in Sicht ist: Russland und China ha-



Protest der Opposition in Caracas gegen Staatschef Nicolas Maduro, unter dessen Führung das erdölreichste Land der Welt vollkommen verarmt ist. © picture-alliance/dpa

ben bereits signalisiert, dass sie keine große Lust verspüren, Maduro weiter zu finanzieren. Der Staatskonzern PDVSA, rechnen Experten, dürfte in Kürze den Exportausfall erklären.

An der dritten Front – der internationalen – hat Maduro ähnlich schlechte Karten. Die meisten seiner Verbündeten sind Leichtgewichte oder wie Kuba oder der Iran mit wirtschaftlichen Sanktionen belegt. Die USA, Brasilien, Kolumbien und selbst das Europäische Parlament haben Guaidó bereits als rechtmäßigen Übergangspräsidenten anerkannt. Die Amerikaner verhängten zu Wochenbeginn zudem neue Sanktionen gegen PDVSA und dessen in den USA tätige Tochterfirma Citgo und verschafften Guaidó Zugang zu Konten der venezolanischen Regierung in den Vereinigten Staaten.

»Viel kaputtgemacht.« Dass die Bundesregierung sich so rasch zugunsten Guaidós positioniert hat, trifft im Bundestag dennoch auf wenig Verständnis. So warnte unter anderem Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen) vor jeglicher Art von Einmischung, „vor allem der Amerikaner, die in Lateinamerika in den letzten Jahrzehnten ganz, ganz viel kaputtgemacht haben“. Deutschland könne nicht auf der einen

Seite sagen: „Maduro muss weg“ und gleichzeitig keine Bedingungen für einen Interimspräsidenten aufstellen. „Diese Bedingungen müssen jetzt genannt werden“, forderte Nouripour.

Auch Armin-Paulus Hampel (AfD) fragte: „Warum, mit Verlaub, schlagen wir uns auf die Seite des Gegners von Herrn Maduro?“ Deutschland habe in den südamerikanischen Ländern immer einen guten Ruf gehabt. Klug wäre es deshalb gewesen, sich als Vermittler anzubieten, „um zu vermeiden, dass es zu gewalttätigen, bürgerkriegsähnlichen Situationen kommt“.

Für die Linksfaktion kritisierte Jan Korte, dass die Bundesregierung gegenüber Staaten wie Ägypten oder der Türkei nicht in vergleichbarer Weise auf mehr Demokratie poche. Außerdem nannte er eine „irre Logik“, einerseits die Präsidentschaftswahlen in Venezuela als undemokratisch zu kritisieren, andererseits aber jemanden als Präsidenten anzuerkennen, der sich selbst dazu erklärt habe.

Auch aus den Reihen der Koalitionsfraktionen kamen kritische Töne. So warnte Yasmin Fahimi (SPD) die Bundesregierung davor, sich auf eine Seite zu schlagen und voreilig eine Entscheidung darüber zu treffen, „wer hier gut oder böse spielt“. Die deutsche Rolle müsse vielmehr sein, „klar

zu sagen, dass wir den Dialog und freie Wahlen sicherstellen wollen.“

Rückendeckung für ihren Kurs erhielt die Bundesregierung allein von der FDP. „Wir sind dafür, die Kräfte in Venezuela, die für Demokratie stehen, zu unterstützen“, erklärte Ulrich Lechte. „Das Einzige, was in Venezuela derzeit noch demokratisch gewählt ist, ist das Parlament, bevor Maduro dort richtig den Sack zugemacht hat.“ Lechte nannte es „bedauerlich, dass die USA im Alleingang vorgeprescht sind und uns Partner erneut kalt erwischt haben“.

Maduro selbst hat Ende der Woche Neuwahlen abgelehnt, will aber unter internationaler Vermittlung mit der Opposition sprechen. Die aber ist nicht interessiert. „Die Krise in Venezuela ist mit einem Dialog nicht zu lösen“, erklärte Guaidó in einem Interview mit dem mexikanischen Fernsehen. *Johanna Metz/Sandra Weiss*

Sandra Weiss ist freie Lateinamerika-Korrespondentin.

Sorge vor einem neuen Wettrüsten

AUSWÄRTIGES Rückzug der USA aus dem INF-Vertrag im Fokus

Der Ausstieg der USA aus dem INF-Abrüstungsvertrag beschäftigt die Fraktionen im Bundestag. In einer Aktuellen Stunde auf Verlangen der Fraktion Die Linke mit dem Titel „INF-Vertrag bewahren, atomare Aufrüstung in Europa verhindern und US-Atomwaffen aus Deutschland abziehen“ bedauerten vergangenen Freitag alle sechs Fraktionen diesen kurz zuvor von US-Außenminister Mike Pompeo verkündeten Rückzug der USA aus dem Vertragswerk. Mit dem INF-Abkommen hatten sich die USA und Russland 1987 darauf verständigt, auf sämtliche nuklear bestückbare Raketen und Flugkörper mit Reichweiten zwischen 500 und 5.550 Kilometern zu verzichten. Washington wirft Moskau seit einiger Zeit allerdings vor, mit neu entwickelten Raketen gegen den Vertrag zu verstoßen. Russland wiederum sieht unter anderem in US-Abschussanlagen im Zusammenhang mit dem Raketenabwehrschirm in Europa einen Vertragsverstoß.

Sevim Dagdelen (Die Linke) sprach von einer „katastrophalen Entscheidung“ Donald Trumps, die den Frieden in Europa gefährde. „Was muss dieser rechte US-Präsident noch tun, damit die Bundesregierung ihre blinde Gefolgschaft aufgibt?“ Die Regierung müsse für den Abzug der bereits stationierten US-Atomwaffen in Deutschland sorgen und klarstellen, dass es keine neue Stationierung gibt.

Roderich Kiesewetter (CDU) wandte sich gegen einen „deutschen Alleingang“. Russland fülle die Arsenale, verweigere den Einblick und die Linke wolle, dass die Nato die Regale räumt. „Einseitige Abrüstung hat noch nie zum Frieden geführt.“ Ein Rückzug Deutschlands aus der nuklearen Teilhabe würde die Bedrohungswahrnehmungen bei den östlichen Nato-Nachbarn steigen lassen. Diese würden ihrerseits eine Stationierung von US-Atomwaffen auf ihrem Territorium anstreben.

Robby Schlund (AfD) argumentierte, dass Russland kein Interesse an einem Ende des INF-Vertrages habe: Landgestützte russische Mittelstreckenraketen könnten nur Teile Alaskas erreichen, aber umgekehrt könnten die USA mit solchen Raketen von US-Militärbasen vielerorts russisches Territorium erreichen. Nutznießer einer Aufkündigung des Vertrags seien die USA.

Karl-Heinz Brunner (SPD) kritisierte, dass Europa in diesem schon länger anbahnenden Konflikt „stumm“ geblieben sei, statt mit einer Stimme sprechen. Deutschland müsse als zweitstärkste militärische Kraft der EU Zweifel bei den östlichen Partnern ausräumen und die Nato-Beistandsklausel ernst nehmen, als „Versprechen der Sicherheit unserer Nachbarn“.

Alexander Graf Lambsdorff (FDP) warnte vor Illusionen. „Mit dem Ende des Kalten Krieges endete nicht das nukleare Zeitalter.“ Die Bundesregierung verarbeite nur ein Placebo, wenn sie nun von einer „Multilateralisierung“ des INF-Regimes spreche. China werde einem solchen Abkommen nicht beitreten und auch nicht die Briten und Franzosen.

Omid Nouripour (Grüne) bezeichnete die Kündigung des INF-Vertrages schon deshalb als falsch, weil Russland nun Mittelstreckenraketen entwickeln und stationieren könne wie es wolle. Aufgabe sei es nun, einen Rückfall in den „permanenten Schrecken gegenseitiger Auslöschung“ zu verhindern. Dazu gehöre, sich für wechselseitige Inspektionen einzusetzen und mehr Mittel für Abrüstung in die Hand zu nehmen.

»Einseitige Abrüstung hat noch nie zum Frieden geführt.«

Roderich Kiesewetter (CDU)

Bereits am Vortag der Debatte waren die Beziehungen zu Russland ein Streitpunkt zwischen den Fraktionen. In erster Lesung debattierten die Abgeordneten über einen Antrag der AfD-Fraktion (19/7427), die darin für eine neue Russlandpolitik wirbt und dabei auf „Kooperation statt Konfrontation“ setzt.

Armin-Paulus Hampel (AfD) sprach sich für ein Ende der Sanktionen aus: Die deutsche Wirtschaft würde Milliardensummen verlieren. Die Sanktionen stünden auch in anderen Bereichen im Weg: So lasse sich im Nahen Osten kein Einverständnis mehr mit Russland erreichen. „Nur gemeinsam mit Russland werden wir ein friedliches Europa gestalten können“, schloss Hampel. Johann David Wadephul (CDU) warnte davor, den „Bock zum Gärtner zu machen“. Die Verschlechterung des deutsch-russischen Verhältnisses liege nicht in einer fehlenden Empathie hierzulande, sondern an Ereignissen wie der russischen Krim-Annexion. „Russland verletzt fortgesetzt internationale Regeln.“

Der Liberale Lambsdorff erinnerte an das Ende der deutschen Blockade Leningrads vor 75 Jahren. „Wir sind dem russischen Volk im Gedenken an diese Tragödie, an dieses Kriegsverbrechen verbunden.“ Man komme aber nicht an der Tatsache vorbei, dass 2014 mit der Krim ein Territorium einem anderen souveränen Staat gewaltsam entrisen worden sei. Russland müsse sich hier bewegen.

Auch Rolf Mützenich (SPD) sprach davon, dass man über die Annexion der Krim nicht einfach hinwegsehen könne. Man dürfe sich keine Illusionen darüber machen, dass die russische Führung im Inneren mit Repressionen und außerhalb mit dem Prinzip Verunsicherung agiere. Trotz allem müsse man Spannungen im deutsch-russischen Verhältnis abbauen wo immer das möglich ist.

Dietmar Bartsch (Die Linke) erinnerte an den „verbrecherischen Raub- und Vernichtungskrieg“ Deutschlands und den Preis, den die Völker der Sowjetunion dafür zahlten. Man brauche keine Ratschläge von denjenigen, die die zwölfjährige Nazi-Diktatur als „Vogelschiss“ bezeichnen. Bartsch warb für ein Ende der Sanktionen und für mehr Realismus. „Willy Brandt hat mit Leonid Breschnew geredet. Das war auch kein ein lupenreiner Demokrat.“

Manuel Sarrazin (Grüne) warf der AfD „billiges Heranschleimen an eine lupenreine Autokratie“ vor. Empathie zu Russland sei „doch bitte zu differenzieren zu Empathie zu dem System Putin“. Zur Russland-Politik gehöre auch das Eintreten für die Menschenrechte, deren Allgemeingültigkeit von Russland heute häufig in Abrede gestellt werde.

»Mit dem Ende des Kalten Krieges endete nicht das nukleare Zeitalter.«

Alexander Graf Lambsdorff (FDP)

Alexander Graf Lambsdorff (FDP) warnte vor Illusionen. „Mit dem Ende des Kalten Krieges endete nicht das nukleare Zeitalter.“ Die Bundesregierung verarbeite nur ein Placebo, wenn sie nun von einer „Multilateralisierung“ des INF-Regimes spreche. China werde einem solchen Abkommen nicht beitreten und auch nicht die Briten und Franzosen.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige



Stefan Sternberg, Landrat des Landkreises Ludwigslust-Parchim, Mecklenburg-Vorpommern zur Situation der Apotheken vor Ort

#unverzichtbar
Sichere Perspektiven für junge Apotheker.

„Apotheke vor Ort zu stärken, heißt ländlichen Raum zu stärken.“

EINFACH UNVERZICHTBAR.

Damit es auch morgen noch Vor-Ort-Apotheken gibt, brauchen wir heute bessere Bedingungen für den Nachwuchs!

www.einfach-unverzichtbar.de

AUFGEKEHRT

Versauter Grenzverkehr

Die Dänen fühlen sich sauwohl. In schöner Regelmäßigkeit suhlen sie sich im „World Happiness Report“ auf den vordersten Plätzen...

VOR 30 JAHREN...

Fortschritt im Norden

14.2.1989: Kommunalwahlrecht für Ausländer Für Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) war die Sache klar...



Friedrich Zimmermann (CSU), verstorben 2012, auf einer Aufnahme aus 2003

... bald nichts mehr zu sagen“ habe. Aufhalten konnte er die beiden Nordstaaten nicht: Am 14. Februar 1989 beschloss Schleswig-Holstein als erstes Bundesland das kommunale Wahlrecht für Ausländer...

ORTSTERMIN: JUGENDBEGEGNUNG IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Der Höhepunkt der internationalen Jugendbegegnung war die Diskussion mit dem jüdischen Zeitzeugen Saul Friedländer (Mitte) und Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU, links neben ihm).

Letzter Ausweg Versteck

Gespannt nehmen sie an dem kreisförmigen Tisch im Sitzungssaal des Paul-Löbe-Hauses im Berliner Bundestag Platz: Die 78 Jugendlichen aus Deutschland, Frankreich, Polen, Israel, Russland, Aserbaidschan, Tschechien, Österreich sowie der Schweiz und der Ukraine...

Begegnung Überlebende und Zweitzeugen, gehen auf Spurensuche und kommen miteinander ins Gespräch. Die 17-jährige Lea aus dem Emsland belegt Geschichte als Leistungskurs in der Schule: „In der Nähe von uns, bei Meppen, gibt es ein Strafbefehlungs- und Arbeitslager mit Gedenkstätte, für das ich mich interessierte...“

gendlichen ist die Auseinandersetzung mit diesem Kapitel der deutschen Geschichte nichts Ungewöhnliches: Alle engagieren sich bereits in Initiativen zur Geschichte des Nationalsozialismus oder gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus...

LESERPOST

Zur Ausgabe 2-3 vom 07. Januar 2019: Die ganze Themenausgabe „Liebe und Sexualität“ ist von Anfang bis Ende, direkt und indirekt, ein Plädoyer für unbegrenzte Sexualität in allen ihren Facetten und (Ab-)Arten...

Ethik und Moral wurzeln. Da geht es nicht nur um „Meinungen“, über die man abstimmen kann, da geht es um Wesenhaftes der menschlichen Natur...

Das die Bundesregierung zunehmend mit sich selbst beschäftigt war, daran hat auch Schulz seinen Anteil. Sein Ja-Nein-Taktieren war und bleibt peinlich.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 11. – 15.02.2019

Starke-Familien-Gesetz (Do), Pflegeversicherung (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

PERSONALIA

>Ortwin Runde Bundestagsabgeordneter 2002-2009, SPD

Ortwin Runde wird am 12. Februar 75 Jahre alt. Der Diplom-Volkswirt und -Soziologe aus Hamburg trat 1968 der SPD bei und war von 1983 bis 1988 dortiger Landesvorsitzender...

>Adelheid Tröscher Bundestagsabgeordnete 1994-2002, SPD

Am 16. Februar begeht Adelheid Tröscher ihren 80. Geburtstag. Die Gesamtschuldirektorin aus Frankfurt, SPD-Mitglied seit 1966, war von 1972 bis 1991 – mit Unterbrechungen – dort Stadtverordnete...

>Hansjörg Schäfer Bundestagsabgeordneter 1994-2002, SPD

Hansjörg Schäfer wird am 17. Februar 75 Jahre alt. Der Mediziner aus Kaiserslautern trat 1969 der SPD bei, war seit 1985 Vorsitzender des Unterbezirks Kaiserslautern...

>Peter Feile Bundestagsabgeordneter 1980-1983, SPD

Am 17. Februar wird Peter Feile 80 Jahre alt. Der Verwaltungsdirektor aus Friedberg bei Augsburg schloss sich 1965 den Sozialdemokraten an. Er gehörte dem Parteivorstand des Bezirks Südbayern an...

PERSONALIA

>Eugen von der Wiesche † Bundestagsabgeordneter 1980-1990, SPD

Wie erst jetzt bekannt wurde, starb Eugen von der Wiesche am 26. November im Alter von 89 Jahren. Der Gewerkschaftssekretär trat 1946 der SPD bei und war von 1982 bis 1990 Mitglied des Bundesvorstands der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD...

>Robert Antretter Bundestagsabgeordneter 1980-1998, SPD

Am 5. Februar begeht Robert Antretter seinen 80. Geburtstag. Der aus Backnang stammende Schriftsetzer und SPD-Landesgeschäftsführer in Baden-Württemberg war Vorsitzender des Kreisverbands Rems-Murr und Vorstandsmitglied des SPD-Landesverbands Baden-Württemberg...

>Karin Roth Bundestagsabgeordnete 2002-2013, SPD

Am 6. Februar wird Karin Roth 70 Jahre alt. Die Sozialarbeiterin und Gewerkschaftsreferentin aus Esslingen, SPD-Mitglied seit 1972, war von 1998 bis 2001 Senatorin für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Hamburg sowie von 2005 bis 2009 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr...

>Michael Fuchs Bundestagsabgeordneter 2002-2017, CDU

Am 6. Februar wird Michael Fuchs 70 Jahre alt. Der promovierter Pharmazeut und Unternehmer aus Koblenz, von 1992 bis 2001 Präsident des Bundesverbands des Deutschen Groß- und Außenhandels, war von 2006 bis 2016 Mitglied des CDU-Bundesvorstands...

>Peter Röhlinger Bundestagsabgeordneter 2009-2013, FDP

Peter Röhlinger wird am 8. Februar 80 Jahre alt. Der Veterinärmediziner aus Jena war von 1994 bis 1998 FDP-Landesvorsitzender in Thüringen und amtierte von 1990 bis 2006 als Oberbürgermeister von Jena...

>Wilfried Böhm Bundestagsabgeordneter 1972-1994, CDU

Am 9. Februar vollendet Wilfried Böhm sein 85. Lebensjahr. Der Diplom-Volkswirt aus Melsungen war von 1968 bis 1981 Mitglied der Kreistage Melsungen sowie Schwalm-Eder und von 1966 bis 1972 hessischer Landtagsabgeordneter...

>Konrad Elmer Bundestagsabgeordneter 1990-1994, SPD

Am 9. Februar wird Konrad Elmer 70 Jahre alt. Der evangelische Pfarrer aus Potsdam zählte im Herbst 1989 zu den Mitbegründern der Sozialdemokratie in der DDR und war 1990 Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer...

>Jürgen Vahlberg Bundestagsabgeordneter 1972-1976, 1983-1990, SPD

Am 12. Februar wird Jürgen Vahlberg 80 Jahre alt. Der Kaufmann aus München trat 1965 der SPD bei, war Schatzmeister und Mitglied des Präsidiums seiner Partei in Bayern sowie langjähriger Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD...

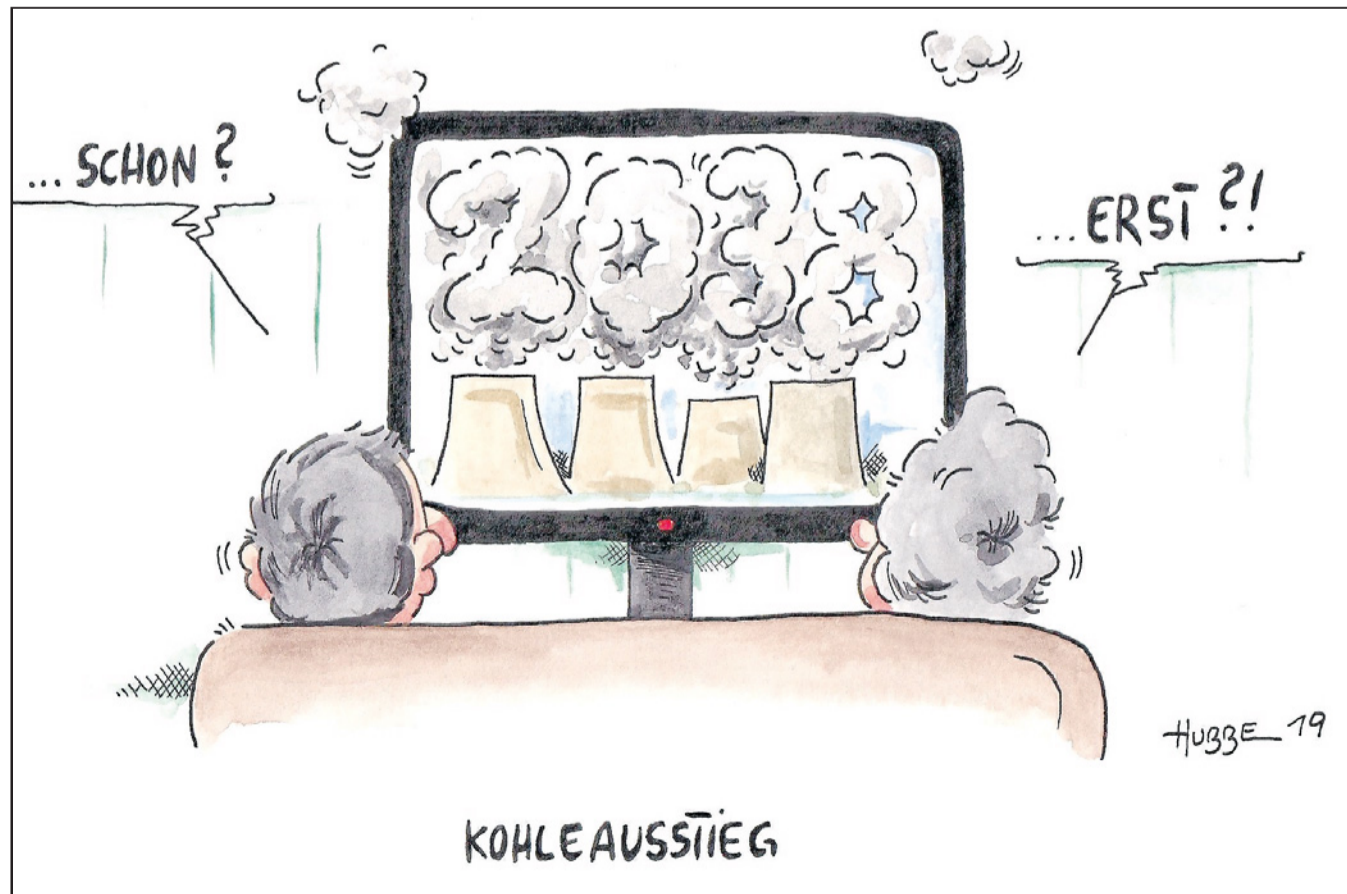
Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament Platz der Republik 1 11011 Berlin redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 18. Februar.

SEITENBLICKE



KOHLE AUSSCHIEG



Dr. Wolfgang Schäuble, CDU, Bundestagspräsident:

Wir verneigen uns vor dem Schicksal jedes Einzelnen



Wolfgang Schäuble (*1942)
Bundestagspräsident

Der Name eines Menschen ist Teil seines Ichs. Auch Ausdruck seiner Zugehörigkeit: zu einer Familie, einer Gemeinschaft. Die Täter riefen in den Konzentrationslagern die Häftlinge mit Nummern. Ihre Namen sollten getilgt werden. Und damit ihr Menschsein – als Voraussetzung für den millionenfachen Mord. Der einzelne Mensch zählte nichts.

Sie, verehrter lieber Herr Friedländer, wurden als Pavel in Prag geboren. Man rief Sie in Frankreich Paul – und als Sie nach Israel kamen, nahmen Sie zunächst den Namen Shaul, später dann Saul an. In der scheinbar oberflächlichen Namensänderung werden Brüche Ihrer Biografie deutlich. Spiegelt sich eine Geschichte, die – wie Sie sagen – Ihre Heimat, Ihre Identität als nicht-religiöser Jude, Ihr – im Wortsinne – Lebensthema wurde: die Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden.

Es ehrt uns sehr Herr Prof. Friedländer, dass Sie unsere Einladung angenommen haben. Wir wissen, wie lange es dauerte, bis Sie wieder Vertrautheit mit Deutschland entwickeln konnten. Und umso dankbarer sind wir Ihnen, dass Sie heute zu uns sprechen werden – als Überlebender und als herausragender Wissenschaftler, der unser Verständnis vom Holocaust immens erweitert und vertieft hat.

Vor 70 Jahren stellten die Mütter und Väter des Grundgesetzes die Würde des Menschen vor alles andere. Sie erklärten, diese zu achten

und zu schützen, zur Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Nicht die Volksgemeinschaft ist der Referenzrahmen unserer Verfassung, sondern das Individuum, der einzelne Mensch mit seiner Würde und so beschreibt Artikel 1 unseres Grundgesetzes nicht so einfach eine Realität. Er ist im Gegenteil die Antwort auf die Erfahrung, dass die Würde des Menschen millionenfach verletzt, geschändet wurde.

Man findet den Begriff Holocaust im Grundgesetz nicht. Aber das von Deutschen begangene Menschheitsverbrechen hallt in dieser Verfassung unüberhörbar nach: In den Grundrechten, die das Individuum vor staatlicher Willkür schützen. Im rechtlichen Fundament einer wehrhaften Demokratie – um nicht zuzulassen, dass noch einmal demokratische Freiheiten für die Zerstörung der freiheitlichen Demokratie missbraucht werden.

Keine Nation kann sich ihre Geschichte aussuchen oder sie abstreifen. Geschichte ist die Voraussetzung der Gegenwart – und der Umgang mit ihr ist die Grundlage der Zukunft jedes Landes. Aus der deutschen Schuld erwächst unsere Verantwortung, nicht vergessen zu dürfen. Um die Menschen zu ehren, die ihr Leben verloren haben, um Ihnen ihre Würde zurückzugeben.

Um unserer selbst Willen. Erinnerungskultur ist deshalb auch nicht allein Sache der Zivilgesellschaft, sie gehört mit zu den staatlichen Aufgaben. Und wer daran rütteln wollte, legt Hand an die Grundfesten dieser Republik.

Am 27. Januar 1945 befreiten Soldaten der Roten Armee das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Und wir gedenken heute der Menschen, die dort und an den anderen Orten des von Deutschen europaweit geführten Vernichtungskrieges ermordet wurden. Der Millionen, die öffentlich erniedrigt, diffamiert und entrechtet wurden, beraubt, seelisch und physisch gequält, die verfolgt, aus ihrer Heimat vertrieben – ermordet wurden:

Der europäischen Juden, der

Sinti und Roma, der slawischen Völker, der Opfer staatlicher Euthanasie, der Homosexuellen, der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, der dem Hungertod ausgelieferten Kriegsgefangenen. Und all der anderen Menschen, die wegen ihrer Herkunft, ihres Glaubens oder ihrer politischen Überzeugungen Verfolgung erlitten.

Wir erinnern an die Davongekommenen, die als einzige aus ihren Familien überlebten und oft daran zerbrochen sind. Wir denken auch an die Nachkommen der Ermordeten und Überlebenden, die bis heute vielfach mit den Traumata der Vergangenheit konfrontiert sind.

Wir ehren alle, die sich dem Terror widersetzen, die Menschenleben retteten – und die für ihren Mut und Anstand staatlicher Willkür und Verfolgung ausgesetzt waren.

Wir verneigen uns vor dem Schicksal jedes Einzelnen.

Leo Baeck hat einmal geschrieben: „Du sollst ein Mitmensch, ein Mensch mit den Menschen sein“. Dem jüdischen Gelehrten war die Achtung dem Anderen gegenüber nicht bloß ein Gebot unter Geboten. Sondern der ganze Inhalt der Sittlichkeit.

Mit-Menschlichkeit: Daran hat es gefehlt, als Juden zu „Nicht-Menschen“ und Slawen zu „Untermenschen“ degradiert wurden. Gemordet hat nicht ein anonymes Staat. Das waren Menschen. Menschen haben die Verbrechen organisiert und verübt – oder sie nicht verhindert. Täter und Mitläufer. Menschen, die nicht sehen wollten, um nichts zu riskieren. Oder die sogar überzeugt waren, richtig zu handeln.

Für den früheren Pariser Erzbischof Kardinal Jean-Marie Lustiger war der Holocaust deshalb nicht nur ein Verbrechen gegen das Menschengeschlecht. Sondern auch ein Verbrechen des Menschengeschlechts.

„Alle mörderischen Anwandlungen und ideologischen Verblendungen schlummern offenbar in der Natur des Menschen“: So hat es Saul Friedländer formuliert.

Ihn eint mit Kardinal Lustiger ein ähnliches Schicksal. Beide überlebten den Holocaust. Lustiger, Sohn nach Frankreich ausgewanderter polnischer Juden, konvertierte aus religiöser Überzeugung zum Katholizismus, hielt aber an seiner jüdischen Identität fest – und wurde so zu einem Pionier des christlich-jüdischen Dialogs. Und auch Saul Friedländer überlebte nur dank einer neuen Identität und Konfession. In einem katholischen Internat in Frankreich. Erst nach dem Krieg erfuhr er, dass seine Eltern in Auschwitz ermordet wurden.

Kardinal Lustiger und Saul Friedländer waren damals Kinder – so wie jedes vierte Opfer des nationalsozialistischen Rassenwahns. Säuglinge und Kleinkinder wurden nach der Deportation in der Regel brutal von ihren Eltern getrennt und sofort umgebracht. Wenn sie nicht zunächst für medizinische Experimente missbraucht und gequält wurden. Um die 1,5 Millionen Kinder!

Sie hatten die geringsten Chancen zu entkommen. Es grenzt an ein Wunder, dass die Polin Irena Sendler mit ihren Mitstreitern etwa 2.500 Kindern aus dem Warschauer Ghetto das Leben retten konnte – rausgeschleust durch Kanäle, über Mülltonnen oder in Särgen. Mit neuen Identitäten versorgt.

Der Historiker Arno Lustiger prägte für solche Taten den Begriff „Rettungswiderstand“ – Arno Lustiger war ein Cousin des Pariser Kardinals und selbst Überlebender; 2005 hat er vor dem Bundestag gesprochen. Geschätzt 100.000 Menschen waren europaweit am Rettungswiderstand beteiligt, darunter Juden wie Nicht-Juden. Für Lustiger sind sie das „kostbarste moralische Kapital“ der europäischen Gesellschaften. Weil diese Menschen mit ihrem Mut bewiesen haben, dass es Handlungsspielräume auch in einem Terror-system gegeben hat. Dass es möglich war zu helfen.

Irena Sendler riskierte dafür ihr Leben, und sie wird heute in Yad Vashem als „Gerechte unter den

Völkern“ geehrt. Für die Kinder blieb sie vor allem eins: ein Mitmensch.

Die einzige Möglichkeit, der Deportation zu entkommen, war unterzutauchen, unsichtbar zu werden. Jüdische Kinder haben Monate-, manchmal jahrelang in Holzverschlägen ausgeharrt, auf Dachböden, in Wäldern, in Kellern. Oder sie lebten mit fremder Identität in Pflegefamilien und Klöstern. Häufig erlebten sie eine Odyssee mit wechselnden Orten und Menschen, von denen sie gänzlich abhängig waren. In ständiger Angst, verraten zu werden.

Das Leiden dieser Kinder blieb nach dem Krieg lange weiter „versteckt“ – in der eigenen Erinnerung. Unbeachtet von der Außenwelt. Meist waren sie Vollwaisen. Sie hatten alles verloren. Ihre Eltern und Geschwister, Angehörige. Häufig kannten sie nicht einmal ihren richtigen Namen oder ihr Geburtsdatum. Manche wussten nicht, dass sie aus jüdischen Familien stammen. Wie viele von ihnen bis heute ihre wahre Herkunft nicht kennen? Wir wissen es nicht.

Vor wenigen Wochen zeigte die ARD einen aufrüttelnden Film, Dokumentation über Menschen, die sich ihrer Deportation widersetzen. Die im Versteck überlebten. „Die Unsichtbaren“, ist der Titel des Film, vermittelt auf ergreifende Weise den ungebrochenen Überlebenswillen, die Lebenslust im Angesicht der Lebensgefahr. Nachbarschaft erscheint darin als beides: als letzter Zufluchtsort und als Risiko.

„Some Were Neighbors“ – Einige waren Nachbarn: So lautet der Titel einer Ausstellung des Holocaust Memorial Museums, die von heute an im Bundestag präsentiert wird. Sie zeigt, wie das Menschsein unter den Bedingungen der Diktatur auch in der vertrauten Umgebung, unter Nachbarn, auf die Probe gestellt wurde. Allzu oft

Fortsetzung auf nächster Seite

Keine Nation kann sich ihre Geschichte aussuchen oder sie abstreifen.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

bedeuteten Nachbarn gerade eine Gefahr. Durch Denunziation. Durch Unbedachtheit.

In Berlin gelang es knapp 1.500 Juden, versteckt zu überleben. Zu ihnen gehörte Eugen Friede. Am Ende des Films „Die Unsichtbaren“ fragt er mit einem Gesichtsausdruck, den man so schnell nicht wieder vergisst: „Kannst du dir vorstellen, dass Deutsche Millionen völlig Unschuldiger einfach umbringen?“ Und antwortet sich selbst: „Es ist einfach nicht zu fassen.“

Fassungslosigkeit: Sie, Herr Friedländer, nennen es das Primärgefühl im Angesicht der Shoah. Ein Empfinden, das jeder spürt. Es hat Sie nie verlassen. Und es prägt Ihre Arbeit als Wissenschaftler. Sie haben Maßstäbe in der Erforschung des Holocaust gesetzt, haben ganz bewusst nicht versucht, das „Unglaubliche“ zu „domestizieren“ oder „wegzuerklären“. Sondern Sie haben den Holocaust untersucht, gerade ohne den Anspruch, das Gefühl der Fassungslosigkeit beseitigen zu wollen oder auch nur einhegen zu können.

Es dauerte Jahrzehnte, bis Sie sich darauf emotional einlassen konnten.

„Allmählich, wenn das Wissen kommt, kommt auch die Erinnerung. Wissen und Erinnerung sind dasselbe...“: Diesen Satz aus einem Buch über den „Golem“, die berühmte jüdische Mythengestalt aus Prag, haben Sie Ihren autobiografischen Aufzeichnungen vorangestellt. Der Roman des jüdischen Schriftstellers Gustav Meyrink war eins der wenigen Bücher, die Ihr Vater aus seiner Prager Hausbibliothek mit auf die Flucht genommen hatte.

Auch bei Ihnen brach erst mit dem Erforschen der Quellen lange verdrängte Erinnerungen Bahn.

In Ihrem Hauptwerk „Das Dritte Reich und die Juden“ überwinden Sie die vorherrschende Dichotomie: den Holocaust entweder aus der Perspektive der Täter darzustellen, als Vernichtungsmaschinerie. Oder aber die Geschichte aus Sicht der Opfer zu erzählen. Sie brachten beides zusammen.

Ihre Darstellung verknüpft Ereignisse, die sich zu gleicher Zeit und in ein und demselben Land abspielten – integrierte Geschichte, nennen Sie das. Auf diese Weise schufen Sie ein umfassendes und dabei auch widersprüchliches Gesamtbild der Judenverfolgung. Aus wechselnden Perspektiven, dokumentarisch genau, europaweit.

In Ihrem Werken spricht die Zeit ungebrochen zu uns, aus den authentischen Quellen, den Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsakten genauso wie aus Tagebüchern oder Briefen. Die individuellen jüdischen Stimmen sind für Sie wie „Blitzlichter, die Teile einer Landschaft erhellen“. Sie be-

stätigten zwar Ahnungen, würden uns aber vor vorschnellen Verallgemeinerungen warnen, mit unvergleichlicher Eindringlichkeit alle glättende wissenschaftliche Distanziertheit brechen. In Ihren Worten: „Die Stimmen der Menschen bewegen uns unabhängig von aller rationalen Argumentation, da sie den Glauben an die Existenz einer menschlichen Solidarität stets von Neuem einer Zerreißprobe aussetzen und in Frage stellen.“

Saul Friedländers Werk gewinnt seine besondere Kraft aus dieser spannungsvollen Beziehung zwischen der abstrakten statistischen Darstellung der Verwaltungs- und Mordmaßnahmen und den lebendigen Erinnerungen der Zeitzeugen. Zwischen nüchterner Objektivierung, die allenfalls angestrebt werden kann, und Emotionalisierung. Weil es Empathie braucht, um mehr wissen zu wollen. Um zu verstehen.

Das zeigt die Wirkung der US-amerikanischen Serie „Holocaust“, die vor genau 40 Jahren auch im deutschen Fernsehen ausgestrahlt wurde. Darin wird die Geschichte der Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung deutscher Juden am Beispiel einer fiktiven Familie erzählt. Umstritten, aber ein emotionales Fernsehereignis, das – wie wir heute wissen – einen Wendepunkt im Umgang mit der NS-Zeit bedeutete. Das

Unfassbare wurde in der Geschichte der Familie Weiss zumindest greifbarer.

Die Serie erschütterte die westdeutsche Bevölkerung, und das prägte die Debatten mit, die wenige Monate später über die Aufhebung der Verjährungsfrist für Mord und Völkermord geführt wurden. Damals rückte der Holocaust begrifflich überhaupt erst in das Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit, wurde zum Wort des Jahres 1979. Und bis heute zum Synonym für den Genozid an den europäischen Juden.

Kardinal Lustiger warnte einmal davor, aus dem, was Auschwitz symbolisiert, eine einmalige Ausnahme machen zu wollen. Sonst bliebe diese Verirrung ebenso unvorstellbar und bedeutungslos für die Zukunft der Menschheit, als wenn man versuchte, sie in Abrede zu stellen oder zu leugnen. Damit lenkt Lustiger den Blick auf das kaum auflösbare Spannungsverhältnis zwischen Auschwitz als singulärem Ort und als Chiffre, die dazu dient, vor Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu warnen und universale Menschenrechte einzufordern – selbst auf die Gefahr der Trivialisierung hin.

Auch der emotionale Zugriff auf den Holocaust braucht Wissen und Saul Friedländer spricht von der „sowohl universellen Bedeutung als auch historischen Besonderheit“ des Holocausts. Und ge-

rade für uns Deutsche gilt: Diese Geschichte ist nicht loszulösen von ihrem historischen Ort, von den Fakten, von den Opfern, vom Land der Täter, von den Bedingungen, die den Mord an den europäischen Juden ermöglichten – zumal schon heute bei jungen Menschen das Wissen darüber schwindet.

Der Bundestag setzt dagegen ein Zeichen mit der jährlichen Jugendbegegnung. Auch 2019 folgten wieder junge Menschen aus verschiedenen Ländern unserer Einladung. Um Fragen zu stellen, um gemeinsam nachzudenken und für sich Schlüsse aus der Vergangenheit zu ziehen. Für die Gegenwart. Und für die Zukunft.

Wortwörtlich: Geschichte vergegenwärtigen – das ist umso mehr unsere Verpflichtung, als wir erkennen müssen, dass es auch in unserer Gesellschaft noch immer gefährliche Stereotype und Vorurteile gibt. Ausgrenzung und Diskriminierung. Einen Antisemitismus in unterschiedlichem Gewand, den alten auch einen neu zugewanderten. Beides ist inakzeptabel – erst recht in Deutschland.

Es beschämt uns, dass Juden wieder mit dem Gedanken spielen auszuwandern. Weil sie sich in unserem Land nicht sicher fühlen. Weil sie Anfeindungen ausgesetzt sind, sogar tätlichen Angriffen. Weil jüdische Kinder in der Schule angepöbelt und gemobbt werden.

Aber Scham allein reicht nicht. Es braucht neben der Härte der Gesetze vor allem im Alltag unsere Gegenwehr. Gegen Antisemitis-

mus, Rassismus, Diskriminierung aller Art. Nach den Lehren der Geschichte gefragt, haben Sie, verehrter Herr Friedländer, einmal kurz und bündig gesagt: „Humanität, Toleranz. ... Das ist die einzige Lektion: uns menschlich zu verhalten.“ Anders ausgedrückt: Mit-Mensch zu bleiben – darauf kommt es auch heute an!

Meine Damen und Herren, diese Gedenkstunde begleiten musikalische Werke von Erwin Schulhoff und Viktor Ullmann, interpretiert vom Prager Bennewitz-Streichquartett. Das ich herzlich begrüße.

Dieses Streichquartett widmet sich seit seiner Gründung der im Nationalsozialismus verfeimten Musik.

Beide Komponisten waren eng mit Prag verbunden.

Viktor Ullmann komponierte einen beträchtlichen Teil seiner Werke später im Konzentrationslager Theresienstadt – bevor er im Oktober 1944 in Auschwitz ermordet wurde. Und Erwin Schulhoff, dessen experimentelle Musik auf dem Index der Nazis stand, starb im Internierungslager Wülzburg in Bayern 1942.

Viktor Ullmann und Erwin Schulhoff: Auch diese Namen wollten die Nationalsozialisten tilgen. Wir können das Unrecht, das ihnen widerfahren ist, nicht ungeschehen machen. Aber wir können dafür sorgen, dass ihr Schicksal in Erinnerung bleibt. Und wir können dafür sorgen, dass ihre Musik weiterklingt.

(Beifall)

den berichtete, trug die Überschrift „Der Jude wird ausgerottet“. Dieselbe Einschätzung findet sich auch in privaten Tagebucheinträgen. Darüber hinaus gaben die zu Hunderttausenden im Osten stationierten deutschen Soldaten und Zivilisten Informationen über das, was sie sahen, und woran sie sich mitunter beteiligten, an ihre Freunde und Verwandten weiter. So schrieb am 18. Juni 1942 der Zahlmeister der Reserve, H.K. aus Brest-Litowsk, nach Hause: „In Bereza-Kartuska, wo ich Mittagsstation machte, hatte man gerade am Tage vorher etwa 1.300 Juden erschossen. Sie wurden zu einer Kuhle außerhalb des Ortes gebracht. Männer, Frauen und Kinder mußten sich dort völlig ausziehen und wurden durch Genickschuß erledigt. Die Kleider wurden desinfiziert und wieder verwendet. Ich bin der Überzeugung: Wenn der Krieg noch länger dauert, wird man die Juden auch noch zu Wurst verarbeiten und den russischen Kriegsgefangenen oder den gelernten jüdischen Arbeitern vorsetzen müssen.“

Wir können dafür sorgen, dass ihr Schicksal in Erinnerung bleibt.

Prof. Dr. Dres. h. c. mult. Saul Friedländer

Mit moralischer Standfestigkeit für die Demokratie kämpfen



Saul Friedländer (*1932)
Holocaust-Überlebender

Erlauben Sie mir zunächst, mich für die Ehre dieser Einladung zu bedanken, heute, am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, vor dem Bundestag zu sprechen. Ich werde meine Rede auf

Deutsch halten und kann nur hoffen, dass Sie mir die unsichere Vortragsweise in der Sprache meiner Kindheit nachsehen, einer Sprache, die ich über viele Jahre vergessen hatte, die ich später – jedoch nicht in der Schule – wieder zurück erwarb und derer ich mich nur sehr selten bediene.

Am 30. Januar 1939, also gestern auf den Tag genau vor achtzig Jahren, erklärte Hitler im Reichstag, „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde sein und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa!“. Als drei Jahre später überall in dem von

Deutschland besetzten Europa die systematische Ermordung der Juden begann, wiederholte der Nazi-Führer seine Prophezeiung, wie er es nannte, nicht weniger als viermal und in fast identischem Wortlaut: „Die Juden haben einst auch in Deutschland über meine Prophezeiungen gelacht. Ich weiß nicht, ob sie auch heute noch lachen oder ob ihnen nicht das Lachen bereits vergangen ist. Ich kann aber auch jetzt noch versichern: Es wird ihnen das Lachen überall vergehen. Und ich werde auch mit dieser Prophezeiung Recht behalten.“

Viele „gewöhnliche Deutsche“ wussten bereits 1942, was Hitlers „Prophezeiung“ bedeutete. Ein Artikel, der am 25. Februar jenes Jahres in der Niedersächsischen Tageszeitung über eine dieser Re-

Und am 31. August vertraute der Unteroffizier Wilhelm Cornides seinem Tagebuch eine Unterhaltung an, die er in einem aus Rawaruska losfahrenden Zug mit einem Bahnpolizisten und dessen Frau geführt hatte. Das Paar hatte erwähnt, dass Juden im nahegelegenen Belzec vernichtet wurden, und sie versprachen, ihm das Lager zu zeigen. „18 Uhr 20: Wir sind am Lager Belzec vorbeigefahren. Vorher ging es längere Zeit durch hohe Kiefernwälder. Als die Frau rief: ‚jetzt kommt es‘, sah man nur eine hohe Hecke von Tannenbäumen. Ein starker süßlicher Geruch war deutlich zu bemerken. ‚Die stinken ja schon‘, sagte die Frau. ‚Ach Quatsch, das ist ja das Gas‘, lachte der Bahnpolizist. Inzwischen – wir waren ungefähr 200 Meter gefahren – hatte sich der süßliche Geruch in einen scharfen Brandgeruch verwandelt. ‚Das ist vom Krematorium‘, sagte der Polizist. Kurz darauf hörte der Zaun auf. Man sah ein Wachhaus mit SS Posten davor.“ Es gibt hunderte Beispiele dieser Art, und Ende 1942, spätestens aber im Verlauf des Jahres 1943, wussten Millionen Deutsche, dass Juden im Osten systematisch ermordet wurden.

Belzec war das erste der drei Lager der sogenannten Aktion Reinhardt, die in erster Linie zur Ermordung der Juden im Generalgouvernement errichtet worden waren. Im März 1942 nahm es den Betrieb auf. Dort wurden etwa 400.000 Juden mit den Abgasen leistungsstarker Motoren getötet. In Sobibor brachte man etwa 200.000 auf dieselbe Weise um; in Treblinka stieg die Zahl der Ermordeten auf 800.000, darunter fast alle Juden aus dem Warschauer Ghetto. Weiter östlich waren – seit Juni 1941 – Einsatzgruppen und andere Einheiten dabei, dort ansässige Juden an Ort und Stelle zu ermorden entweder in Massenerschießungen, oder indem man sie in Gaswagen erstickte. In Oberschlesien war ab September 1941 Auschwitz so weit, seine Funktion als Vernichtungslager aufzunehmen, nachdem man Experimente mit der Vergasung durch Zyklon B an russischen Gefangenen durchgeführt hatte. Und vergessen wir eines nicht: Zwar waren die Juden, der Inbegriff alles Bösen, die bevorzugten Opfer des Regimes. Aber auch andere Gruppen wurden gnadenlos ermordet: die Behinderten, die Sinti und Roma, und die sowjetischen Kriegsgefangenen.

Für die meisten Juden war das, was ihnen bevorstand, unvorstellbar, selbst angesichts untrüglicher Vorzeichen. So äußerte Hélène Berr, eine hochgebildete französische Jüdin, die im einzigen jüdischen Krankenhaus in Paris arbeitete, im Herbst 1943 ihr Erstaunen

darüber, dass vierzig schwerkranke Patienten zur Arbeit in Deutschland abgeholt wurden. Zur Arbeit? Sie werden unterwegs sterben, schrieb sie in ihr Tagebuch. Obwohl es offensichtlich war, sperrte sich Berr vor der einzigen plausiblen Erklärung: diese Patienten wurden als Juden in den Tod geschickt. Hélène Berr selber kam nach Auschwitz und starb in Bergen-Belsen, wohin sie von dort evakuiert worden war.

Einer von denen, die erahnten, was die Nazis vorhatten, war der sechzehnjährige Mosche Flinker, ein tief religiöser Junge aus Holland, der zusammen mit seiner Familie Zuflucht in Brüssel gefunden hatte. Am 21. Januar 1943 notierte er: „Es ist, als wäre man in einem großen Saal, in dem viele Menschen fröhlich sind und tanzen, während eine kleine Gruppe Menschen still in der Ecke sitzt. Ab und an holen sie aus diesem Grüppchen ein paar Leute, schleppen sie in ein Nebenzimmer und drücken ihnen die Kehle zu. Die anderen feiern gelassen weiter. Es berührt sie nicht. Vielleicht haben sie ja dadurch noch mehr Spaß. Mosche und seine Eltern wurden am 7. April 1944 verhaftet und im Mai nach Auschwitz gebracht; er starb im Januar 1945, ebenfalls in Bergen-Belsen.“

Gestatten Sie mir nun, mich von dem allgemeinen Hintergrund abzuwenden und Ihnen kurz zu erzählen, was mir und meinen Eltern widerfuhr, nicht, um unseren besonderen Fall hervorzuheben, sondern um zu schildern, was mit Juden wie uns geschah, die glaubten, in der „patrie“ der Menschenrechte Zuflucht finden zu können: in Frankreich. Im April 1939, nach der deutschen Besetzung des tschechischen Teils der Tschechoslowakei, war es uns noch möglich, meine Geburtsstadt Prag zu verlassen und nach Paris zu gelangen. Ich war sechs Jahre alt. Wie die meisten Prager Juden sprachen meine Eltern zu Hause deutsch und nur gelegentlich tschechisch, zumal die Familie meiner Mutter aus Oberrochlitz im Sudetenland kam. Das erste Lied, das ich auf dem Klavier zu spielen lernte, war: „Ich hatt' einen Kameraden...“ Wir blieben bis Juni 1940 in Paris. Dann flohen wir erneut. Meine Eltern entschieden sich für den kleinen Kurort Nérès-les-Bains in Zentralfrankreich, einer Gegend, die zur nicht-besetzten Zone werden sollte, auch Vichy-Frankreich genannt. Wir blieben dort bis zum Sommer 1942.

Im Juli 1942 begannen im be-



Abgeordnete aller Fraktionen applaudierten und erhoben sich nach der Rede von Saul Friedländer in der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus. © picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld

In jenen Tagen waren für Juden rationale Entscheidungen sinnlos.

setzten Frankreich die Verhaftungen von ausländischen Juden. Gemäß eines Abkommens zwischen dem höheren SS- und Polizeiführer in Frankreich, Karl Oberg, und dem Chef der französischen Polizei, René Bousquet, oblag diese Aktion der französischen Polizei. Einen Monat darauf begannen die Verhaftungen auch in unserer Zone. Für meine Eltern bestand die einzige Möglichkeit darin, über die Alpen in die Schweiz zu entkommen, ein Wagnis, das sie für mich zu riskant fanden. Ich musste versteckt werden. Ihr erster Versuch, mich an einem sicheren Ort unterzubringen, scheiterte: In ihrer Panik schickten sie mich in ein Kinderheim in einem abgelegenen Flecken in Zentralfrankreich, entschieden sich dabei aber für eine jüdische Einrichtung. Ich traf dort an einem herrlichen Sommertag ein, am 8. August 1942. Unter den ungefähr hundert Kindern fanden gerade Sportwettkämpfe statt, hinterher wurden Lieder gesungen, danach gab es Abendbrot und dann ging es ins Bett. Mitten in der Nacht weckte uns ein plötzlicher Tumult. Die französische Polizei war eingetroffen. Man befahl uns, aus den Schlafsälen hinaus auf den Flur zu treten: alle Kinder, die zehn Jahre und älter waren, mussten sich anziehen und auf die Lastwagen steigen. Ich wurde erst in drei Monaten zehn; so blieb ich bei den Kleinen. Am übernächsten Morgen wurde ich zu meinen Eltern zurückgebracht.

Meine Eltern mussten jetzt dringend fliehen. Dank der Hilfe

christlicher Freunde fanden sie einen Platz für mich in einem nahegelegenen katholischen Internat, genaugenommen einem Knabenseminar, der auf die Laufbahn als Priester vorbereite. Sie selbst versteckten sich im Krankenhaus dieser mittelgroßen Stadt, Montluçon, wo sie darauf warteten, sich ihrer Gruppe in Lyon anzuschließen und eine Grenzüberquerung in die Schweiz zu versuchen. Ich riss aus dem Internat aus und fand meine Eltern in dem Krankenhaus. Sie mussten mich wieder zurückschicken. Was ging wohl in ihnen vor, als sie sahen, wie ihr kleiner Junge, der sich mit Händen und Füßen wehrte, weil er bei ihnen bleiben wollte, aus ihrem Zimmer entfernt wurde? Es war unsere letzte Begegnung.

Meine Eltern überschritten die Schweizer Grenze bei Saint-Gingolph am 29. September 1942 um drei Uhr morgens, als Teil einer Gruppe von fünfzehn Juden. Die Gruppe wurde von der schweizerischen Grenzpolizei entdeckt und verhaftet. Ausgerechnet während dieser Woche erlaubte man Ehepaaren mit kleinen Kindern zu bleiben: meine Eltern und ein anderes Paar ohne Kind lieferte man der französischen Polizei aus. Wäre ich dabei gewesen, hätten wir wahrscheinlich in der Schweiz bleiben dürfen. In jenen Tagen waren für Juden rationale Entscheidungen sinnlos.

Nachdem die französische Polizei meine Eltern zunächst ins französische Lager Rivesaltes gebracht hatte, verlegte sie sie nach Drancy bei Paris, das zentrale Sammellager für Juden. Am 3. November 1942 wurden sie von Drancy aus mit dem Transport Nr. 40 nach Auschwitz deportiert, dem 468 männliche, 514 weibliche und

weitere 18 nicht näher gekennzeichnete Personen angehörten; unter den Deportierten befanden sich ungefähr zweihundert Kinder, manche so klein wie der zweijährige Jacques Wladimirsky oder der dreijährige Daniel Szulc, und Menschen so alt wie die 84jährige Caroline Strauss und die 82jährige Justina Fraenkel. Der Transport kam am 6. November in Auschwitz an.

Ich frage mich oft, ob meine Eltern während der drei Tage dieser höllischen Fahrt zusammen waren. Falls ja, was mochten sie einander gesagt haben? Und was mochten sie gedacht haben? Wussten sie, was sie erwartete? 639 Deportierte wurden gleich bei der Ankunft vergast. Mein Vater muss einer von ihnen gewesen sein, da er schon in den Monaten zuvor krank und schwach gewesen war. Laut der Unterlagen des Lagers wurde er am 1. Dezember für tot erklärt. Meine Mutter wurde wahrscheinlich zur Sklavenarbeit eingeteilt. 1942 und 1943 überlebten Juden, die kräftig genug waren um zu arbeiten, ungefähr drei Monate, bevor sie „Muselmänner“ wurden, wie man sie im Lager nannte, das heißt Menschen, die zu schwach waren, um noch Nahrung aufzunehmen und sich zu bewegen; sie wurden sofort vergast. Von den tausend Juden in diesem Transport Nummer 40 waren am Kriegsende noch vier am Leben.

Ich wurde getauft und bekam einen neuen Namen; so wurde ich, im Alter von zehn Jahren, Paul-Henri-Marie Ferland. Nach einigem anfänglichen Widerstand und einer langen Krankheit fügte

Fortsetzung auf nächster Seite

ich mich und wurde zu einem gehorsamen und frommen Kind.

Der Krieg ging zu Ende. Man nahm mich aus dem Seminar. Allmählich, und nicht ohne Wirrungen, begann mein neues Leben, zunächst in Frankreich. Richtig aber begann es erst in Israel; ich kam dort im Juni 1948 an, fünf Wochen nach der Staatsgründung.

Für Juden wie mich – und für Juden überall, die einen eigenen Staat brauchten und ersehnten – war dessen Erschaffung lebensnotwendig. Für mich, und für meine Generation europäischer Juden – was von ihr übriggeblieben war – bedeutete Israel damals eine Heimat, ein Gefühl von Zugehörigkeit, und das ist es für mich letztlich bis zum heutigen Tag, ungeachtet meiner Kritik an der Politik seiner Regierung. Das Existenzrecht des Landes zu verteidigen ist, meiner Überzeugung nach, eine

grundsätzliche moralische Verpflichtung. Dies muss in einer Zeit wieder betont werden, in der auf Seiten der extremen Rechten und auf Seiten der extremen Linken Israels Existenz in Frage gestellt wird und der Antisemitismus in seinem traditionellen wie in seinem neuen Gewand wieder unübersehbar zunimmt.

Der heutige Hass auf Juden ist ebenso irrational, wie er es immer schon war, und wie immer schon sind alte und neue Verschwörungstheorien in Umlauf, vor allem bei den Rechtsradikalen, während bei der antisemitischen Linken die politisch korrekte Art der Rechtfertigung ihres Hasses darin besteht, die israelische Poli-

tik obsessiv anzugreifen und dabei zugleich das Existenzrecht Israels in Frage zu stellen. Selbstverständlich ist es legitim, die israelische Regierung zu kritisieren, aber die schiere Heftigkeit und das Ausmaß der Angriffe sind schlicht absurd und enthalten den Beigeschmack eines nur dürftig verhüllten Antisemitismus.

Der heutige Hass auf Juden ist ebenso irrational, wie er es immer schon war.

Antisemitismus ist nur eine der Geißeln, von denen jetzt eine Nation nach der anderen schleichend befallen wird. Der Fremdenhass, die Verlockung autoritärer Herrschaftspraktiken und insbesondere ein sich immer weiter verschärfender Nationalismus sind überall auf der Welt in Besorgnis erregender Weise auf dem Vormarsch.

Als man mir den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verleihen wollte, da fragte ich mich, ob ich ihn annehmen darf, und tat es dann; als man mich bat, vor dem Bundestag zu sprechen, zögerte ich wieder, aber ich nahm an. Warum? Weil ich wie viele Menschen weltweit im heutigen Deutschland ein von Grund auf verändertes Deutschland sehe. Dank seiner langjährigen Wandlung seit dem Krieg ist Deutschland eines der starken Bollwerke gegen die Gefahren geworden, die ich soeben erwähnt habe. Wir alle hoffen, dass Sie die moralische Standfestigkeit besitzen, weiterhin für Toleranz und Inklusivität, Menschlichkeit und Freiheit, kurzum, für die wahre Demokratie zu kämpfen.

Ich möchte zum Schluss einige Worte zitieren, die wir immer im Sinn behalten sollten. Hans von

Dohnanyi, ein Schwager von Pastor Bonhoeffer, ehemaliger Beamter im Justizministerium des Reichs, dann Abwehroffizier während des Krieges, half, unter größter persönlicher Gefahr, Juden aus Berlin, in die Schweiz zu fliehen. Er wurde im April 1943 verhaftet und wie Dietrich Bonhoeffer zum Tod durch den Strang verurteilt. Im April 1945, kurz bevor beide hingerichtet wurden, antwortete er auf die Frage, was ihn zum Widerstand bewogen habe, mit einem Satz, der in seiner Schlichtheit für alle Zeiten und an jedem Ort seine Gültigkeit hat: „Es war einfach der zwangsläufige Gang eines anständigen Menschen.“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Langanhaltender Beifall - Die Anwesenden erheben sich)

Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht 2019 / 77. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 31. Januar 2019

Peter Altmaier, CDU, Bundesminister für Wirtschaft und Energie:

Deutsche Wirtschaft ist in starker, stabiler und robuster Verfassung



Peter Altmaier (*1958)
Bundeswirtschaftsminister

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im zehnten Jahr in Folge in einer äußerst robusten, in einer äußerst stabilen und starken Verfassung. Wir haben eine Wirtschaftsleistung, die so hoch ist wie noch nie zuvor in unserer Geschichte, den längsten Aufschwung seit 1966. Wir haben die höchste Zahl an Arbeitsplätzen, und die Arbeitslosigkeit wird im nächsten Jahr zum ersten Mal seit der deutschen Einheit auf unter 5 Prozent sinken. Wir werden einen Anstieg der Nettolöhne im nächsten Jahr um rund 4,8 Prozent erleben.

Dazu tragen auch die Entlastungen bei Steuern und Abgaben bei. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die gute Botschaft.

Wahr ist aber auch, dass wir ein

schwieriges internationales Umfeld haben und dass sich die Wachstumsdynamik bereits im zweiten Halbjahr 2018 verlangsamt hat. Wir hatten im letzten Jahr ein Wachstum von immerhin noch 1,5 Prozent, und wir werden aufgrund der ungelösten Situation im Hinblick auf den Brexit und im Hinblick auf die internationalen Handelsbeziehungen eine Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Wachstums erleben, die auch Auswirkungen auf Deutschland haben wird.

Der Brexit betrifft in Deutschland etwa 70.000 Unternehmen. Die Frage, ob es zu Lieferengpässen, Transportproblemen, fehlenden Lagerkapazitäten kommt, treibt viele um. Die Bundesregierung ist auf diese Situation vorbereitet. Dennoch sage ich mit Blick auf alle Beteiligten, auch unsere Freunde in Großbritannien, deren Ringen wir mit Sympathie und Mitgefühl verfolgen: Egal, wie ihr euch entscheidet, egal, welche Lösung am Ende die Mehrheit bekommt – es darf keinen ungeregelten Brexit geben, weil die Menschen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und die Wirtschaft dafür die Zeche zahlen würden. Das können wir uns nicht leisten.

Das Zweite ist, meine Damen und Herren: Weil wir die Risiken

insbesondere im Bereich der internationalen Politik haben und nicht leugnen können, wird das Wirtschaftswachstum im laufenden Jahr etwas schwächer ausfallen, als ursprünglich prognostiziert: 1 Prozent. Das ist eine Zahl, um die uns viele in der Welt immer noch beneiden und die wir uns vor 15 Jahren nicht hätten ausdenken können – das wäre ein großer Erfolg gewesen. Und dennoch: Wir haben ein Interesse daran, dass es nicht dauerhaft bei 1 Prozent bleibt. Wir erwarten für das nächste Jahr ein Wachstum von 1,6 Prozent, und wir glauben, dass wir auch dazu beitragen können, diese stabile Entwicklung zu befördern und zu verstärken.

Dazu gehört aber dann auch, dass wir Rechenschaft über unser Handeln ablegen; das ist etwas, was von uns, von der Politik, erwartet wird. Sie wissen alle, dass ich ein großer Befürworter unserer Regierungskoalition und eines guten und fairen Umgangs miteinander bin. Dennoch sage ich an dieser Stelle, ohne dass ich es auf irgendeinen Kabinettskollegen oder irgendeine Kabinettskollegin direkt beziehe:

Ich glaube, dass zum jetzigen Zeitpunkt Debatten über Steuererhöhungen nicht besonders hilfreich sind.

Sie sind auch nicht im Koalitionsvertrag vorgesehen.

Wir haben uns im Koalitionsvertrag der Großen Koalition von 2013 zum ersten Mal darauf verpflichtet, vier Jahre lang keine Steuern zu erhöhen, und wir haben dieses Versprechen eingehalten.

Wir haben das Versprechen im Koalitionsvertrag für diese Legislaturperiode wiederholt. Lieber Kollege Bartol, es geht mir doch nicht um irgendeinen ideologischen Streit, sondern es geht mir darum, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die auch Ihre Partei wählen, die unsere Parteien wählen, Gewissheit haben, dass sie von uns Rückenwind bekommen und keine Diskussionen, die viele Selbstständige, Handwerker, Unternehmerinnen und Unternehmer entmutigen. Das ist das Signal, das wir zum jetzigen Zeitpunkt brauchen.

Ich glaube, wir müssen auch darüber nachdenken, inwieweit wir vielleicht von früheren Gewohnheiten abgehen können. In den 70er- und 80er-Jahren war es immer so, dass im wirtschaftlichen Abschwung der Ruf nach Konjunkturprogrammen laut wurde. Die waren dann meistens sehr teuer und oft auch Strohfeuer. Viele andere, zum Beispiel bei Ihnen, Herr Houben, haben gesagt, der Staat

müsse sich generell und immer raushalten. Ich glaube, wir sollten darüber nachdenken, ob es nicht dann, wenn sich eine wirtschaftliche Dynamik aufgrund von Ursachen, die außerhalb des eigenen Landes liegen, abschwächt, Sinn macht, neue Anreize zu setzen und das Wachstum zu verstärken, damit es gar nicht erst zu unerwünschten Entwicklungen kommt. Deshalb müssen wir darüber nachdenken, was wir tun können.

Dabei geht es nicht unbedingt und in erster Linie um haushaltswirksame Maßnahmen. Wenn wir uns darauf verständigen könnten, für ausgewählte Infrastrukturprojekte in ganz Deutschland Planungsbeschleunigungen und Planungerleichterungen zuzulassen – das könnte ich mir vorstellen –, damit die Gelder, die in den Bundeshaushalt eingestellt sind, auch abfließen, dann wäre dies ein wichtiges Signal.

Ich möchte mich ausdrücklich beim Kollegen Scholz und bei der Kollegin Karliczek dafür bedanken, dass wir uns in der Bundesregierung zu dritt darauf verständigt haben, dass wir noch vor der Sommerpause den Gesetzentwurf zur steuerlichen Forschungsförderung in den Deutschen Bundestag einbringen. Das ist insbesondere für mittelständische Unternehmen ein ganz starkes Signal.

Ich würde mir wünschen, dass wir auch die finanziellen Mittel finden, um die energetische Gebäudesanierung voranzubringen und manches andere mehr.

Wir haben in der letzten Woche den Bericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und

Wir erwarten für das nächste Jahr ein Wachstum von 1,6 Prozent.

Beschäftigung“ zu den von der Kohleverstromung betroffenen Regionen zur Kenntnis genommen. Ich glaube, dass uns die Umsetzung dessen, was dort beschlossen worden ist, in den nächsten Wochen noch beschäftigen wird, wenn es darum geht, konkrete Maßnahmen zu ergreifen und Verlässlichkeit und Berechenbarkeit herzustellen.

Wir werden mit dem Deutschen Bundestag darüber reden. Ich habe die große Hoffnung, dass es möglich ist, bis Ende April die ersten Eckpunkte zu vereinbaren. Ich biete an, dass die Bundesregierung die Fragen, die wir jetzt klären müssen, auch im Gespräch mit den Abgeordneten gemeinsam erörtert.

Die Energiewende wird vorankommen, weil wir einige wichtige Weichenstellungen vorgenommen haben. Wir haben mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz und mit dem Energiesammelgesetz Klarheit in wichtigen Bereichen geschaffen.

Jetzt ist vor allen Dingen wichtig, dass wir auch im internationalen Wettbewerb klare und deutliche, auch industriepolitisch notwendige Akzente setzen. Die Wettbewerbspolitik der Europäischen Union ist unabhängig, und das ist gut so. Aber ich sage auch im Hinblick auf Fusionsprojekte, die in der Öffentlichkeit diskutiert wer-



Um im internationalen Wettbewerb mit Anbietern aus den USA und China bestehen zu können, seien Anpassungen im Wettbewerbsrecht notwendig, sagte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU). © picture-alliance/imageBROKER/Bernhard Classen

den: Europa und auch Deutschland haben ein Interesse daran, dass es in einem sich immer stärker global organisierenden Weltmarkt, wo die Konkurrenz und der Wettbewerb auch von großen Playern zunehmen, auch in Europa bzw. Deutschland europäische und nationale Champions gibt, die es im internationalen Wettbewerb auch mit Anbietern aus den USA oder China aufnehmen und dort bestehen können.

Deshalb müssen wir bereit sein, mittelfristig darüber nachzudenken, welche Anpassungen in unserem Wettbewerbsrecht notwendig sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden in den nächsten Monaten viel Gelegenheit haben, darüber zu reden, wie man nachhaltiges Wachstum unabhängig von Konjunkturzyklen so organisieren kann, dass bei den Arbeitsplätzen Friktionen vermie-

den werden, dass Menschen ermuntert werden, Leistungen zu erbringen, und dafür nicht bestraft werden.

Wir werden in diesem Jahr mit Entlastungen für Familien mit Kindern in der Größenordnung von 10 Milliarden Euro – ganzjährig gerechnet – einen Beitrag dazu leisten, dass die Konjunktur weiter gestützt wird. Das haben diese Familien und ihre Kinder verdient. Wir sollten den eingeschlagenen

Weg ruhig und besonnen weitergehen. Wir können mit dem, was wir erreicht haben, sehr zufrieden sein, und wir können darauf sehr stolz sein. Ich bin überzeugt, dass der Aufschwung weitergeht und schon in wenigen Monaten erneut an Fahrt gewinnen wird.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Leif-Erik Holm, AfD:

Vorausschauen und für schlechtere Zeiten vorsorgen



Leif-Erik Holm (*1970)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Um den realen Zustand Deutschlands zu beschreiben, muss ich eigentlich nur einmal berichten, wie ich am Montag zur Arbeit gekommen bin: Der Zug hatte mal wieder 30 Minuten Verspätung, und ich war durchaus dankbar; denn oftmals sind es 90 Minuten.

Man könnte die Zeit ja ganz gut nutzen und schon auf dem Bahnsteig die ersten Telefonate führen

– wenn nicht die Gespräche immer schon nach zwei Minuten abbrechen würden. Das ist der reale Zustand in Deutschland.

So geht es Hundertausenden Bürgern in Deutschland! Das ist das Falsche an Ihrer Politik.

Das ist peinlich, und verantwortlich dafür sind Sie, Frau Bundeskanzler, Herr Wirtschaftsminister, und auch vorige Regierungen unter Ihrer Ägide. Sie haben aus unserem Land eine Lachnummer gemacht.

Übrigens: Ich grüße an dieser Stelle auch den Herrn Bundespräsidenten. Ich freue mich, dass er es aus Äthiopien pünktlich hierher geschafft hat.

Sie konnten sich ja wegen der Null-Zins-Sonderkonjunktur lange zurücklehnen, aber die Bremspuren zeigen sich sehr deutlich – auch in Ihrem Bericht. Sie sind darauf aber nicht im Geringsten vorbereitet. Im Gegenteil: Sie haben mit Ihrer sorglosen Umverteilungspolitik, mit Ihrem Koaliti-

onsvertrag voller neuer Milliarden Ausgaben erst dafür gesorgt, dass es sehr wenig Spielraum für schlechtere Zeiten gibt. Hier zeigt sich das unverantwortliche Handeln der Merkel/Nahles/Seehofer-Regierung.

Wir müssen jetzt, vor dem Abschwung, Impulse der Entlastung setzen. Jetzt wäre es an der Zeit, den Solidaritätszuschlag endlich abzuschaffen. Das haben wir gefordert; Sie haben es abgelehnt.

Das scheint offensichtlich ein Naturgesetz bei vielen Politikern zu sein: Neue Steuern einführen, das geht immer – Steuern abschaffen, natürlich nie.

Ich nenne es das Gesetz der klebrigen Finger. Damit müssen wir in diesem Land endlich Schluss machen! Zeigen Sie, dass Sie es ernst meinen mit der Entlastung der hart arbeitenden Mittelschicht! Also weg mit dem Soli, jetzt ist es an der Zeit!

Wenn ich das hinzufügen darf: Es gäbe dafür ja bürgerliche Mehr-

heiten in diesem Haus. Wir sollten es einfach tun; die Bürger erwarten es von uns.

Meine Damen und Herren, gute Wirtschaftspolitik heißt, Bürgern und Unternehmen möglichst viel Freiheit für ihre eigenen kreativen Ideen zu lassen. Stattdessen steigt der Bürokratieaufwand Jahr für Jahr. Wir erleben eine Wiederauferstehung der Planwirtschaft – ob das die völlig kontraproduktive Mietpreispbremse ist oder das EEG, das die Strompreise explodieren lässt. Ich muss ehrlich hinzufügen: Es ist schon gruselig mit anzusehen, dass die Partei von Ludwig Erhard hier einfach mitmacht. Traurig ist das mit anzusehen!

Die Autofahrer werden mit einem völlig unsinnigen NO₂-Grenzwert getriezt. Die für uns wichtige Automobilindustrie droht, in Gefahr zu geraten. Der überhastete Kohleausstieg wird der nächste teure Spaß sein. Er löst natürlich kein Problem, kostet aber gerade in strukturschwachen Regionen viele Arbeitsplätze.

Die Bürger erleben tagtäglich, was los ist – gerade im ländlichen

Bereich. In meinem Wahlkreis auf der Insel Rügen macht der nächste Traditionsbetrieb zu. Der Rügener Badejunge – Deutschlands erfolgreichste Weichkäsemarke – muss weichen; 60 Arbeitsplätze gehen hier verloren. Und das ist nur ein Beispiel von vielen. Das ist die Realität derzeit in Deutschland.

Was ist Ihre Lösung? Wir konnten gerade davon lesen: eine große Ost-Offensive. Ein paar Schlagworte vor wichtigen Landtagswahlen – das ist so durchschaubar. Und ganz ehrlich: Der Ossi wird müde mit der Schulter zucken und dann sein Kreuz bei der richtigen Partei machen. Denn er er-

kennt: Es handelt sich hier mal wieder um reinen Populismus, um Regierungspopulismus.

Nein, der Jahreswirtschaftsbericht zeigt mir, dass Sie immer noch auf Ihrer konjunkturellen Wolke sieben schweben. Dabei wäre es jetzt allerhöchste Zeit, vorzuschauen und für schlechtere Zeiten vorzusorgen. Das erwarten die Bürger von Ihnen. Fangen Sie bitte endlich damit an!

(Beifall bei der AfD)

Neue Steuern einführen, das geht immer. Steuern abschaffen, natürlich nie.

Sören Bartol, SPD:

Unternehmen verdienen immer noch gutes Geld



Sören Bartol (*1974)
Wahlkreis Marburg

Häufig hat ja die Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts im Deutschen Bundestag dazu geführt, dass die Koalitionsfraktionen die wirtschaftliche Lage in den höchsten Tönen loben und die Opposition die Situation in dramatischen Tönen schlechtredet. Weder Schaumschläger noch Miesmacher haben der Wirtschaftspolitik je gutgetan. Deshalb werbe ich dafür, dass wir heute nicht in dieselbe Falle tappen wie viele unserer Vorgängerinnen und Vorgänger. Ich werde mich hier um Sachlichkeit bemühen.

Lassen Sie uns doch gemeinsam über die Fakten reden. Die positive wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands setzt sich fort, wenn auch auf einem niedrigeren Niveau. So erwartet die Bundesregierung für das Jahr 2019 ein Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 1 Prozent. Als exportorientiertes Land spielen hier auch Unsicherheiten eine Rolle: der Brexit, die Zollstreitigkeiten mit den USA, der Handelskonflikt zwischen den USA und China. Gerade deshalb aber ist es wichtig, die Binnennachfrage als wichtigen Teil unseres Wirtschaftswachstums zu stützen.

Wir alle müssen sie gemeinsam stärken. Dazu gehört auch, dass die Menschen ihr Geld nicht auf die Seite packen, sondern sich von den steigenden Löhnen etwas kaufen. Das können die meisten auch. Die positive Nachricht des Jahreswirtschaftsberichtes ist, dass Beschäftigung und Löhne weiter ansteigen werden. Das bedeutet, dass all diejenigen, die mit ihrer Arbeit tagtäglich dafür sorgen, dass die Unternehmen in Deutschland gutes Geld verdienen, weiter von der positiven Entwicklung bei Beschäftigung und Löhnen profitieren werden.

Mit Sorge sehe ich allerdings, dass viele Unternehmen inzwi-

schon nicht mehr nach Tarif zahlen. Wir müssen darüber reden, wie wir neue Anreize schaffen, damit Unternehmen wieder tarifgebunden sind. Von den Tarifpartnern ausgehandelte Löhne sind keine Wachstumsbremse; sie sorgen für den sozialen Frieden in den Unternehmen und auch in unserer Gesellschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, all diejenigen, die von der wirtschaftlichen Krise reden und Steuersenkungen als Gegenmaßnahmen einfordern, sollten Folgendes bedenken: Die Unternehmen verdienen derzeit immer noch gutes Geld. Der Unternehmer Martin Herrenknecht, erfolgreicher Familienunternehmer im Tunnelbau, der bekanntermaßen kein Mitglied der deutschen Sozialdemokratie ist, hat es in dieser Woche im „Handelsblatt“ auf den Punkt gebracht. Er warnt davor, in der jetzigen Situation die Unternehmensteuern zu senken. Vielmehr verweist er darauf, dass es zielführender ist, die unteren Einkommen zu entlasten. Und genau das tun wir, indem wir den Solidaritätszuschlag für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen abschaffen, Familien finanziell entlasten und dafür sorgen, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Krankenkassenbeiträge wieder jeweils zur Hälfte zahlen.

Wichtig ist, dass die Unternehmen jetzt in Innovationen investieren. Der Großteil unserer Wirtschaftserfolge basiert auf Ideen aus dem vorletzten Jahrhundert. Dass sich unser Wohlstand auch in Zukunft gut entwickelt, ist kein Automatismus. Es geht nicht nur darum, bestehende Geschäftsmodelle zu digitalisieren. Es geht vor allen Dingen darum, neue digitale Geschäftsmodelle zu entwickeln. Deutschland ist Exportweltmeister – darauf sind wir doch alle immer zu Recht stolz –; ich wünsche mir, dass wir dazu auch noch Innovationsweltmeister werden. Hierzu brauchen wir steuerliche Anreize. Darum werden wir die steuerliche Forschungsförderung insbesondere für kleinere Unternehmen zügig auf den Weg bringen.

Solange die Unternehmen jedoch gute Gewinne machen, müssen wir darüber hinaus die Steuern nicht senken. Vielmehr muss die öffentliche Hand weiter auf hohem Niveau insbesondere in den Ausbau der Verkehrswege und die Versorgung mit schnellem Internet investieren. Das tun wir auf

höchstem Niveau. Das schafft Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort.

Außerdem sollte jeder, der zum Beispiel den Solidaritätszuschlag auch für Menschen mit hohem Einkommen abschaffen will, sagen, wie er das im Bundeshaushalt gegenfinanzieren will und was er am Ende dafür streichen will.

Ein wichtiger Baustein unserer Wirtschaftspolitik ist eine solide Finanzpolitik, bei der wir Maß und Mitte halten. Manchmal wundere ich mich etwas, dass die Gleichen, die einem sozialdemokratischen Finanzminister vorwerfen, nicht mit Geld umgehen zu können, im selben Atemzug Milliardenentlastungen versprechen und damit doch am Ende nur unge-

deckte Schecks verteilen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir lehnen uns nicht zurück. Wir wissen, dass viele Unternehmerinnen und Unternehmer nur noch mit großem Aufwand Fachkräfte finden. Daher ist es doch umso wichtiger, dass wir endlich ein modernes Zuwanderungsgesetz, ein modernes Zuwanderungsrecht schaffen. Das ist in unser aller Interesse. Wir wissen, dass sich viele Beschäftigte Sorgen um die Digitalisierung machen. Darum verstärken wir die Unterstützung für die Fort- und Weiterbildung, um sich auf die digitale Zukunft gut vorbereiten zu können. Und wir wissen um die Unsicherheit der Unternehmen, die sich aus dem Brexit, dem Zollstreit mit den USA und dem aggressiven Auftreten Chinas auf dem Weltmarkt ergeben. Daher setzen wir auf ein starkes Europa, auf stete Verhand-

Der Jahreswirtschaftsbericht beschreibt die wirtschaftliche Lage in diesem Land realistisch.

lungen und bekennen uns auch klar zu weiteren Handelsabkommen. Abschottung und Protektionismus sind pures Gift für Wachstum und Wohlstand.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Jahreswirtschaftsbericht hat die Bundesregierung die wirtschaftliche Lage in diesem Land realistisch beschrieben. Er dokumentiert aber auch, dass wir die Hände nicht in den Schoß legen dürfen, sondern dafür arbeiten müssen, dass es Deutschland auch in den kommenden Jahren wirtschaftlich gut geht. Und dazu brauchen wir mehr als gute Worte und mediale Ankündigungen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden das anpacken und die notwendigen Impulse setzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Thomas L. Kemmerich, FDP:

Wir brauchen Fachkräfte, nicht nur Hochschulabsolventen



Thomas L. Kemmerich (*1965)
Landesliste Thüringen

Der Jahreswirtschaftsbericht belegt zwei Dinge: zunächst, dass die Wirtschaft erfolgreich ist – trotz der Politik oder trotz der Untätigkeit der Politik.

Zum Zweiten belegt er in puncto Ostdeutschland, dass hier jedes Jahr mit demselben Textbaustein gearbeitet wird, und er manifestiert, dass der Aufholprozess stockt und dass Ihnen dazu nichts Neues einfällt. Das Versagen der Bundesregierung ist entgegen Ihren Ankündigungen – seien sie von der SPD oder der CDU – deutlich: Es gibt mehr Bü-

rokratie – ich nenne nur die Brückenteilzeit – und den volkswirtschaftlich irrsinnigen Kohlekompromiss. Selbst die Experten streiten, ob der Kohlekompromiss in den nächsten Jahren in Summe 40 oder 80 Milliarden Euro kosten wird. Und noch eine kleine Petitesse: Wegen der Abwandlung des Prüfzyklus für Dieselfahrzeuge erlebt der BER eine Sonderkonjunktur in Form von geparkten Dieselfahrzeugen auf dem Parkplatz. Aber die Konjunktur lahm.

Es herrscht Untätigkeit. Sie können mehrfach betonen, dass Sie das wollen; aber machen Sie es endlich: Legen Sie den Entwurf eines Fachkräftegesetzes vor, und gehen Sie mit dem Handelsstreit zwischen den USA, China und den anderen globalen Mächten aktiv um, und nutzen Sie beim Thema Brexit nicht immer dieselben Worthülsen, sondern werden Sie endlich tätig.

Deutschland verliert an Attraktivität. Herr Altmaier, wenn Sie es ernst meinen mit „keine Steuererhöhungen“, dann reden Sie bitte mit Finanzminister Scholz, der eine gigantische Steuererhöhung in Form einer verän-

derten Grundsteuer plant, die nicht nur die Mittelschicht, sondern auch den Mittelstand im Mark erschüttern würde.

Im Einzelnen. Sie kündigen seit Ihrer Regierungserklärung an, den Entwurf eines Bürokratieentlastungsgesetzes vorzulegen. Wo ist er denn? Werden Sie konkret. Wir haben mehrfach gefordert und dem Bundestag Entsprechendes angeboten: Reformieren Sie die Dokumentationspflichten beim Mindestlohn, vereinfachen Sie die Regeln zur Abgabe der Sozialversicherungsbeiträge, sorgen Sie für zeitnahe Betriebsprüfungen, nehmen Sie die Überregulierung der Zeitarbeit zurück, sorgen Sie für flexible Arbeitszeiten und Tariföffnungen, und reden Sie dabei nicht im Generellen von prekärer Beschäftigung. Die Freelancer sind wichtige Innovationstreiber in dieser Gesellschaft. Sie werden weltweit eingesetzt, aber in Deutschland erfahren sie eine Ächtung. Wir fordern: Führen Sie hier geeignete Regelungen ein.

Für alle in Deutschland, für Bürger und Unternehmer, würden Sie durch einen Bürokratieabbau das Leben einfacher machen. 45 Milliarden Euro kostet uns alle die Bürokratie jährlich. Es würde uns keinen Cent kosten, sie zu reduzieren, aber es würde das Leben, wie gesagt, einfacher machen.

Die Freelancer sind wichtige Innovations-treiber in dieser Gesellschaft.

Zucken Sie nicht mit den Schultern, sondern legen Sie Ihr Handy weg, und dann können wir zusammen arbeiten.

Das Nadelöhr ist aber der Fachkräftemangel. Wir sehen einen Fachkräftebedarf von circa 5 Millionen Menschen bis zum Jahr 2030. Das

**Wir sehen einen
Fachkräftebedarf
von circa
5 Millionen
Menschen bis
zum Jahr 2030.**

wird die deutsche Volkswirtschaft in Form von fehlendem Umsatz weit über 500 Milliarden Euro kosten. Das entspricht 14 Prozent der heutigen Wirtschaftskraft. Legen Sie endlich ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild vor. Ändern Sie die Kriterien für die

Bluecard: Senken Sie die Einkommensgrenzen, und weiten Sie die Gruppe der Berufe aus, die zuwandern können. Wir brauchen nicht nur Hochschulabsolventen; wir brauchen Fachkräfte, Fachkräfte, Fachkräfte. Reformieren Sie die Anreizsysteme beim Zuverdienst von Hartz-IV-Beziehern und Rentnern. Die jetzigen Regelungen sind arbeitsverhindernd.

Frau Karliczek, denken Sie beim BAföG bitte nicht nur an die Stu-

denten, sondern weiten Sie das BAföG endlich auf die Ausbildungsberufe aus. Wir brauchen mehr Meister statt Master. Fangen Sie an!

Herr Altmaier, das Erbe Ludwig Erhards wahren Sie nicht durch nette Dampfplauderei, sondern indem Sie die Rahmenbedingungen für die Akteure der sozialen Marktwirtschaft so setzen, dass die Unternehmen, die Mittelständler, die Handwerker die Möglichkeit

haben, die Herausforderungen der nächsten Zeit zu bewältigen. Das sind die Digitalisierung, die Demografie und die veränderten Bedingungen der globalen Welt. Legen Sie einen Gang zu. Kommen Sie raus aus dem Leerlauf. Wir freuen uns auf Ihre Aktivitäten.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Hansjörg Müller [AfD])

Klaus Ernst, Die Linke:

Die Lohnentwicklung ist nicht für alle sichtbar



Klaus Ernst (*1954)
Landesliste Bayern

Seit Jahren haben wir in Deutschland stabile Wachstumsraten. Kollege Kemmerich, angesichts dessen von einer lahmen Wirtschaft zu sprechen, ist ein wenig mutig. Ich habe eher den Eindruck: Seit 14 Jahren höre ich in diesem Zusammenhang dieselben lahmen Argumente der FDP. Vielleicht sollten Sie ein bisschen genauer hinschauen. So schlecht ist die Lage nicht.

Worauf ist das zurückzuführen? Das ist doch die spannende Frage. Herr Kemmerich und liebe Kolleginnen und Kollegen, die steigenden Löhne und die Inlandsnachfrage sind inzwischen zum Motor der Wirtschaft geworden.

Das ist Tatsache. Das hat unser Wirtschaftswachstum verursacht. Meine Damen und Herren, ich erinnere mich gerne an die Argumente, die immer gegen Lohnerhöhungen vorgebracht wurden. Es wurde gesagt, Lohnerhöhungen führten zu einer Lohn-Preis-Spirale, zu steigenden Preisen. Haben Sie sich mal überlegt, wie die Preise zurzeit sind? Die Preissteigerung liegt unter dem Niveau, das die EU als Inflationsrate vorsieht. Wir haben da also überhaupt kein Problem. Das nächste Argument war, durch Lohnerhöhungen würden die Exporte gefährdet, dann hätte man Probleme mit der Wett-

bewerbefähigkeit. Haben Sie sich mal angeguckt, wie die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen aussieht, die im Ausland mit anderen Unternehmen in Konkurrenz stehen? Sie ist ausgezeichnet. Ich kann nur sagen, meine Damen und Herren: Da haben wir kein Problem.

Wir haben allerdings ein anderes Problem, nämlich dass diese Lohnentwicklung nicht für alle sichtbar ist. Gerade bei den unteren Löhnen haben wir einen Riesennachholbedarf. Deshalb kann ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, nur auffordern: Hören Sie auf Ihren Finanzminister! Machen Sie endlich einen Mindestlohn von 12 Euro!

Das stabilisiert die Konjunktur in diesem Land und führt vielleicht auch dazu, dass wir über das 1 Prozent Wachstum, das im Jahreswirtschaftsbericht prognostiziert ist, wieder hinauskommen.

Im Übrigen, Herr Altmaier, gibt es ja auch ein Wirtschaftsforschungsinstitut, das sagt: Dieses 1 Prozent ist ein wenig nach unten gerechnet. – Vielleicht deshalb, weil Sie dann hinterher sagen können: Wir waren besser als prognostiziert. – Das ist vielleicht auch eine Methode, wenn auch keine schöne.

Meine Damen und Herren, wir haben tatsächlich das Problem, dass die unteren Löhne nach wie vor zu niedrig sind. Deshalb liegt hier auch ein Schlüssel für weiteres Wachstum.

Zweite Bemerkung. So leicht kann ich Sie da nicht rauslassen. Ihre Fraktion hat jetzt über weitere Steuersenkungen im Unternehmensbereich nachgedacht. Sie wollen tatsächlich für die Unter-

nehmen die Steuern senken. Ja warum denn? Vorsorglich? Denen geht es doch blendend; sagen Sie ja selber.

Aber haben Sie sich eigentlich die Zahlen der letzten Jahre angesehen, meine Damen und Herren? Die Investitionsquote, also das, was die Unternehmen von ihrem Gewinn für Investitionen verwenden, lag im Jahre 1991 bei knapp 50 Prozent; 50 Prozent von dem, was die Unternehmen hatten, haben sie investiert. Im Jahre 2017 lag die Investitionsquote nur noch bei 9 Prozent. Das kann nicht daran liegen, dass die Unternehmen zu wenig Geld haben. Durch Steuersenkungen hätten sie noch mehr investiert, deshalb aber nicht mehr. Deshalb kann ich nur sagen: Da fehlt es wirklich nicht am Geld.

Herr Herrenknecht ist heute schon genannt worden. Herr Herrenknecht ist ein

**Wir haben das
Problem,
dass die
unteren Löhne
nach wie vor
zu niedrig sind.**

sehr erfolgreicher Baden-Württemberger Unternehmer, der die großen Maschinen für die Löcher in den Tunnels baut. Man kann sich das auch ansehen. Ich habe einmal die Ehre gehabt, sechs Stunden neben ihm im Flieger zu sitzen. Vielleicht hat das auch ein bisschen gewirkt. Denn das Zitat gefällt mir sehr gut. Er hat gesagt – Herr Altmaier, ich möchte Ihnen das ganze Zitat zum Besten geben, weil es, glaube ich, sehr spannend ist; ich zitiere wörtlich –:

Wir müssen dringend die unteren Lohngruppen entlasten ... Stattdessen diskutiert die CDU über niedrigere Unternehmenssteuern – in einer Phase, wo es der Wirtschaft so gut geht. Das ist die falsche Reihenfolge. Zuerst muss unten entlastet werden. Die unten denken, dass die oben spinnen.

Herr Altmaier, hat Herr Herrenknecht recht? Spinnen die da oben? Dann sollten Sie einmal mit Ihrer Fraktion reden.

Herr Herrenknecht fordert übrigens weiter:

Viel wichtiger wäre es, das Geld in die Schulen zu investieren. Schon wenn man die Gebäude anschaut, wird man verrückt ... Wir brauchen Laptops für die Schüler und Lehrer in allen Schulen ...

Recht hat er. Er ist übrigens Mitglied der CDU, Herr Altmaier. Allerdings hat er jetzt, glaube ich, seine Mitgliedschaft ruhend ge-

stellt. Vielleicht überlegen Sie einmal, warum.

Es fehlt bei Bildung, bei öffentlicher Verwaltung, es fehlt bei Pflege, es fehlt im öffentlichen Wohnungsbau, bei öffentlicher Infrastruktur. 57 Milliarden Euro, schätzt die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG, fehlen allein bei der Bahn. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau sagt, 159 Milliarden Euro fehlen den Kommunen; der Investitionsrückstand hat diese Höhe.

Wir brauchen keine Steuergeschenke für Unternehmen, wir brauchen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, meine Damen und Herren, und zwar dringend und mehr, als Sie da vorhaben.

Dritte Bemerkung. Wo wollen wir eigentlich industriepolitisch hin? Nach wie vor, Herr Minister, bleiben Sie die angekündigte Strategie schuldig. Noch einmal Herr Herrenknecht – er ist einfach gigantisch –, er sagt:

Die Chinesen legen mit ihrer Seidenstraße eine wirtschaftliche Vision vor – und wir haben nicht mal eine Antwort darauf, geschweige denn ein eigenes Konzept. Dringender Nachholbedarf, da muss was geschehen.

Meine Damen und Herren, eine

Fortsetzung auf nächster Seite



Klaus Ernst (Die Linke) sprach sich in der Debatte für mehr Investitionen in Schulen und deren digitale Infrastruktur aus.

© picture-alliance/dpa/Bernd Settnik



Durch Ungleichgewichte zwischen Importen und Exporten wie zum Beispiel in China können andere Wirtschaften in Schwierigkeiten geraten.

© picture-alliance/dpa/Lu Xingqiu

letzte Bemerkung: Im Jahreswirtschaftsbericht 2019 schreiben Sie – Zitat –:

Der Leistungsbilanzsaldo ist für

die Bundesregierung keine wirtschaftspolitische Zielgröße.

Die weltweite Kritik, dass Deutschland seit Jahren bei wei-

tem mehr exportiert als importiert, ist Ihnen also schnuppe. Haben Sie das eigentlich einmal mit Herrn Trump diskutiert? Sind die

großen Überschüsse, die wir im Außenhandel erzielen, nicht gerade die Ursache dafür, dass Herr Trump jetzt Strafzölle erlässt? Ist

es nicht der Hintergrund dessen, dass weltweite Probleme entstehen, wenn das ein oder andere Land – auch China – bei weitem mehr verkauft als importiert und damit andere in Schwierigkeiten bringt? Wenn Sie sagen, das ist Ihnen schnuppe, dann frage ich: Ist Ihnen übrigens auch die Gesetzgebung des Bundestages schnuppe? Wir haben nämlich ein Gesetz, das ausgeglichene Handelsbilanzen als Ziel staatlicher Wirtschaftspolitik vorschreibt.

Sie ignorieren das einfach. Ich muss sagen, Herr Altmaier, das finde ich schade. Mit einer solchen Politik und dem, was daraus folgt, gefährden Sie Wachstum und Wohlstand in Deutschland und in Europa.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Kerstin Andreae, Bündnis 90/Die Grünen:

Wir brauchen dringend eine andere Wirtschaftspolitik



© Deutscher Bundestag/Thomas Trutschel

Kerstin Andreae (*1968)
Landesliste Baden-Württemberg

Für uns ist es ja immer noch keine Freude: Endlich haben wir eine Einigung für den Kohleausstieg. Eine grüne Forderung wird Realität. Unser Dank geht an all diejenigen, die jahrelang dafür gekämpft haben, dass wir aus der Kohle aussteigen, unermüdlich für Klima- und Umweltschutz gekämpft haben. Dank an all diejenigen, die dies ermöglicht haben!

Das ist aber nur der erste Schritt. Jetzt gilt es, den Ausbau der Erneuerbaren voranzubringen. Wir fordern Sie auf, Herr Altmaier: Machen Sie Deutschland endlich wieder zum Spitzenreiter bei den Erneuerbaren! Die anderen Länder holen auf. Wir waren 2010 das letzte Mal an der Spitze bei den erneuerbaren Energien. Bei uns gehen die Investitionen zurück. Das kann man doch nicht sehen. Das kann man doch nicht sehen. Das kann man doch nicht sehen.

Ich sage Ihnen das nicht nur, weil es für die Umwelt und unsere Lebensgrundlagen wichtig ist, sondern auch, weil es ökonomisch sinnvoll ist. Das Weltmarktvolumen von Klimatechnologien wird bis 2030 auf 1 bis 2 Billionen Euro ansteigen. Das ist der Markt der Zukunft. Klimaschutz und Ökologie sind der Jobmotor der Zukunft. Wir fordern von Ihnen, dass Sie endlich eine Haltung und ein Selbstbewusstsein entwickeln: Nachhaltigkeit durch Innovationen ist ein Standortvorteil für die Bundesrepublik Deutschland.

Jetzt beklagen Sie die geringen privaten Investitionen. Die sind aber logisch, weil die Unternehmen abwarten. Es gibt nämlich keine Planungssicherheit. Wir durften letzte Woche lesen, dass Thyssen in neue Stahlproduktion investiert, 10 Milliarden Euro. Das machen sie unter anderem deswegen, weil sie davon ausgehen, dass ein CO2-Preis kommt.

Wir wollen den Stahlstandort Deutschland erhalten. Der Weg führt aber über die emissionsärmste Technologie, und Ihre Ablehnung eines CO2-Preises ist ein Bremsklotz für zukunftsfähige Entwicklung, Herr Minister Altmaier.

Wir wissen, dass wir in Deutsch-

land den Klimawandel nicht allein aufhalten können – das ist doch logisch –, selbst wenn wir sämtliche CO2-Emissionen auf null reduzieren. Es geht doch um etwas völlig anderes. Es geht erstens darum:

Jedes Land ist verpflichtet, seinen Beitrag zu leisten; nur dann erreichen wir global etwas. Es geht zweitens darum, zu zeigen, dass man Wohlstand erhalten kann mit CO2-armem Wirtschaften. Und es geht drittens darum, mit den besten Technologien Unternehmen Märkte zu erschließen. Da liegt die Zukunft. Das haben wir mit dem EEG bewiesen, und das können wir auch mit anderen Technologien beweisen. Das wäre mal eine Strategie.

**Klimaschutz
und
Ökologie
sind der
Jobmotor
der Zukunft.**

Aber genau das fehlt ja: eine industriepolitische Strategie. Der Wirtschaftsminister redet von KI und von Batteriezellen. Das ist alles auch in Ordnung. Aber was ist eigentlich mit dem Wandel der alten Industrien? Welche Initiativen kommen da? Wo bleibt denn eigentlich der strategische Dialog mit der Automobilindustrie? Da bräuchten wir doch heute schon eine Strukturkommission und nicht erst in zehn Jahren, wenn die Hütte brennt.

Stattdessen gipfelt sich dieser

Verkehrsminister Scheuer ergebnislos durch die Lande und knallt seinen Experten dann auch noch einen vor den Latz. Ich sage Ihnen eines: Die Tage ohne Tempolimit sind gezählt.

Selbst wenn der Regierung die Klimaziele und die Maßnahmen egal sind: Es gibt keinen Grund, die vielen Verkehrstoten in Kauf zu nehmen, nur damit irgendwelche Geschwindigkeitsfanatiker endlich einmal Gas geben können.

Und es geht uns keineswegs nur um große Unternehmen. Was wir brauchen, sind innovative Gründer. Wo setzen Sie eigentlich den Gründergeist frei? Wo sind Ihre Maßnahmen, um jungen Menschen bei der Gründung eines Unternehmens zu helfen?

Wir haben mit dem Gründerkapital ein einfaches und unbürokratisches Instrument vorgeschlagen. Aber was ist denn Ihr Vorschlag, Kreativität und Tatendrang ohne große bürokratische Hürden freizusetzen? Da erwarte ich eine Initiative vom Wirtschaftsminister. Es gibt so viele junge Menschen mit guten Ideen; tun Sie etwas für die!

Sie reden von Wachstum – wir reden von Wohlstand. Deshalb haben wir zum dritten Mal einen Jahreswohlstandsbericht vorgelegt. Der Orientierung am Bruttoinlandsprodukt – sind es jetzt 2,3 oder 1,8 Prozent; jetzt sind es doch nur 1 Prozent; 3 Prozent waren einmal drin; wie auch immer – setzen wir etwas entgegen. Denn die Gleichung „Wachstum gleich Wohlstand“ geht nicht mehr ohne

Weiteres auf. Wir haben einen illusionären Wohlstand.

Ich fasse einmal die verheerenden Ergebnisse dieses Jahreswohlstandsberichts in einem Satz zusammen: Für Ihre Art der Politik reicht unsere Zukunft nicht aus, so viel Zeit haben wir nicht mehr.

Wir leben nicht nur zulasten kommender Generationen, sondern auch zulasten ausländischer Biokapazitäten. Die Einkommensschere geht zu weit auseinander,

trotz der Hochkonjunktur in den letzten Jahren. Das Artensterben ist ein Armutszeugnis, und die Green Economy, einst ein Verkaufsschlager der Bundesrepublik

Deutschland, ist längst nicht mehr

bei uns angesiedelt. Wann wachen Sie endlich auf?

Der Finanzminister sagt: Die fetten Jahre sind vorbei. – Wissen Sie, wenn der Alarm angeht, dann nützt es nichts, die Rauchmelder auszuschalten. Dann müssen Sie das Feuer löschen. Mehr Zukunft können wir uns nicht backen. Eine andere Wirtschaftspolitik wäre dringend notwendig.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU), Enrico Komning (AfD), Bernd Westphal (SPD), Reinhard Houben (FDP), Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU) und Sabine Poschmann (SPD).

leicht
erklärt!

Ende des Kohle-Stroms

Eine Arbeitsgruppe macht Vorschläge



Am 26. Januar hat eine Arbeitsgruppe einen Bericht herausgebracht.

In diesem Bericht geht es um Folgendes:

In Deutschland will man alle Kohle-Kraftwerke abschalten. Die Arbeitsgruppe macht dazu Vorschläge.

Im Folgenden Text steht mehr dazu.

Klimawandel und Kohle

In den Nachrichten hört man seit Jahren oft vom Klimawandel.

Damit ist Folgendes gemeint:

Das Klima auf der ganzen Welt verändert sich.

Auf der Erde wird es immer wärmer.

Für die Menschen kann das schlimme Folgen haben.

Es kann zum Beispiel mehr Schäden durch die Umwelt geben.

Zum Beispiel durch Trockenzeiten, Stürme oder Überschwemmungen.



Den Klimawandel kann niemand verhindern. Er passiert immer in der Natur.

Aber: Zu einem Teil sind auch die Menschen daran schuld.

Denn: Menschen verursachen Treibhaus-Gase.

Das sind ganz bestimmte Gase. Man kann sie zwar nicht sehen. Aber sie sind in der Luft.



Sie kommen zum Beispiel mit dem Abgas aus dem Auspuff von Autos. Oder mit dem Rauch aus Schornsteinen.

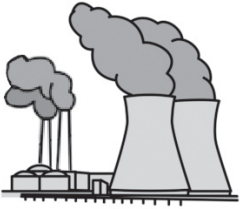
Die Menschen erzeugen also viel Treibhaus-Gas.

Und: Treibhaus-Gase verstärken den Klimawandel.

Sehr viel Treibhaus-Gas entsteht bei der Strom-Herstellung mit Kohle.

Darum war das das Thema der Arbeitsgruppe.

Kohle und Strom-Erzeugung



Aus Kohle kann man Strom erzeugen.

Man verbrennt sie in Kohle-Kraftwerken.

Dort wird sie dann in Strom umgewandelt.

Und dabei entsteht Treibhaus-Gas.

Vor allem ein Treibhaus-Gas mit dem Namen: CO₂.

Man kann also sagen: Kohle-Strom ist schlecht für das Klima.



Schon seit längerem fordern deswegen viele Menschen:

In Deutschland soll möglichst bald kein Strom mehr aus Kohle hergestellt werden.

Man soll die Kohle-Kraftwerke abschalten.

Das löst zwar nicht das Problem. Denn in vielen anderen Ländern gibt es noch Kohle-Kraftwerke.

Aber Deutschland könnte so einen Teil zum Klima-Schutz beitragen.

Arbeitsgruppe zum Thema



Die deutsche Bundes-Regierung hat im Juni 2018 eine Arbeitsgruppe zusammengestellt.

Ihre Aufgabe war:

Sie sollte Vorschläge machen, wie Deutschland seine Kohle-Kraftwerke abschalten kann.

Die Arbeitsgruppe hatte den Namen: Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung.

Oft hat man auch folgenden Namen verwendet: Kohle-Kommission.

In der Arbeits-Gruppe waren 28 Personen.

Sie kamen aus verschiedenen Bereichen.

Und zwar aus Bereichen, die etwas mit der Strom-Herstellung aus Kohle zu tun haben.

Und zwar:

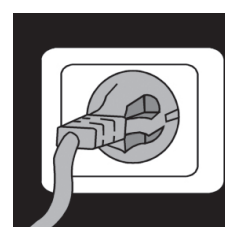
- Umwelt-Schützer
Sie wollen, dass der Klimawandel nicht so stark wird.
- Leute von Gewerkschaften
Das sind Vertreter der Arbeiter. Sie kümmern sich zum Beispiel um die Arbeiter in Kohle-Kraftwerken. Oder um die in Kohle-Bergwerken.
- Forscher
Sie sind Experten. Zum Beispiel für den Klimawandel. Oder auch für die Wirkung, die die Kohle auf den Klimawandel hat.
- Leute von Strom-Herstellern
Das sind die Firmen, denen zum Beispiel die Kohle-Kraftwerke gehören. Sie verdienen also mit Kohle-Strom ihr Geld.



All diese Gruppen haben unterschiedliche Meinungen zum Strom aus Kohle.

Manche wollen ihn schnell abschaffen. Andere wollen lieber, dass noch länger Strom aus Kohle hergestellt wird.

Die Arbeitsgruppe musste deswegen einen Mittelweg zwischen diesen Meinungen finden.



Die Arbeitsgruppe hat mit ihrer Arbeit im Sommer 2018 begonnen.

Am 26. Januar 2019 hat sie dann ihre Vorschläge in einem Bericht vorgelegt.

Die Vorschläge der Arbeitsgruppe



Ende für Kohle-Strom im Jahr 2038

Im Jahr 2038 soll das letzte Kohle-Kraftwerk abgeschaltet werden.

Dann soll also kein Strom aus Kohle mehr in Deutschland hergestellt werden.

Überprüfung im Jahr 2032



Im Jahr 2032 soll schon einmal geschaut werden:
Kann man die letzten Kohle-Kraftwerke früher abschalten?

Falls die Antwort Ja lautet, soll das letzte Kraftwerk schon im Jahr 2035 abgeschaltet werden.

Neue Arbeitsplätze

Kohle-Strom wird in Deutschland in verschiedenen Gegenden hergestellt.

Diese Gegenden liegen in folgenden Bundes-Ländern:

- Nordrhein-Westfalen
- Brandenburg
- Sachsen-Anhalt
- Sachsen

Für diese Gegenden ist die Kohle wichtig.



Ungefähr 20.000 Menschen arbeiten dort im Kohle-Bereich.
Zum Beispiel in den Kohle-Kraftwerken.
Oder in Kohle-Bergwerken.



Diese Arbeitsplätze würden wegfallen.

Das könnte verschiedene Probleme geben.

Vielleicht ziehen Leute aus den Gegenden weg.
Weil sie dort keine gute Arbeit mehr finden.

Dann fehlen diese Leute auch in anderen Bereichen.

Dadurch entstehen weitere Probleme.



Die Arbeitsgruppe hat darum folgenden Vorschlag gemacht:

Die Bundes-Länder sollen 40 Milliarden Euro bekommen.
Und zwar in den nächsten 20 Jahren.
Also jedes Jahr ungefähr 2 Milliarden Euro.

Damit können sie dann verschiedene Dinge machen.

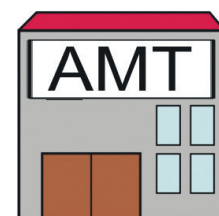
Das Ziel von all diesen

Dingen soll sein:

Es sollen neue Arbeitsplätze entstehen.

Eine Idee ist auch:

Der Staat könnte in den Gegenden selbst mehr Arbeitsplätze anbieten.



Er könnte dort zum Beispiel Ämter aufmachen.

Dort können dann viele Menschen arbeiten.

Hambacher Forst



Hambacher Forst ist der Name von einem Wald im Bundesland Nordrhein-Westfalen.

Der Strom-Hersteller RWE wollte den Wald abholzen.

Denn: In dieser Gegend holt RWE Kohle aus der Erde.

Und die Firma war der Meinung:
Der Wald ist im Weg.

Im letzten Sommer haben dagegen viele Menschen Demos gemacht.

RWE sollte den Wald nicht weiter abholzen.

Die Polizei hat eingegriffen.

Viel davon stand in den Zeitungen und kam im Fernsehen.

Ein Vorschlag der Arbeitsgruppe lautet nun:

Der Hambacher Forst soll bleiben.
RWE soll ihn nicht weiter abholzen.

Hilfe für Strom-Kunden

Wenn es keinen Kohle-Strom mehr gibt, könnte Strom erst einmal teurer werden.

Das sollen aber nicht die Strom-Kunden bezahlen.

Sie sollen dafür Unterstützung vom Staat bekommen.

Das könnte ungefähr 2 Milliarden Euro pro Jahr kosten.

Und zwar ab dem Jahr 2023.

Auch Firmen, die viel Strom brauchen, sollen Hilfe bekommen.

Damit sie nicht viel mehr bezahlen müssen.



Meinungen zum Vorschlag

Zu den Vorschlägen der Arbeitsgruppe gibt es verschiedene Meinungen.



Umwelt-Schützer sagen zum Beispiel:

Es ist gut, dass Deutschland den Kohle-Strom abschaffen will.

Aber: Das Jahr 2038 ist viel zu spät.

Deutschland muss die Kohle-Kraftwerke viel früher abschalten.

Nur dann kann das dem Klima wirklich helfen.

Gut finden sie, dass der Hambacher Forst bleiben soll.

Die Kohle-Hersteller sind recht zufrieden. Ihnen ist es wichtig, dass sie planen können.

Dass sie also genau wissen, wann die Kohle-Kraftwerke abgeschaltet werden.

Und die Gewerkschaften finden es gut, dass neue Arbeitsplätze entstehen sollen.

Denn dadurch wird der Kohle-Ausstieg für die Arbeiter nicht so hart.

Wie geht es jetzt weiter?

Die Arbeitsgruppe hat nur Vorschläge für die Politiker gemacht.

Die Politiker müssen daraus nun Gesetze machen.

Dabei müssen sie sich nicht an die Vorschläge halten.

Sie können alle Vorschläge übernehmen.

Sie können auch nur einige Vorschläge übernehmen.

Oder sie verändern die Vorschläge.

Im April soll es erste Infos über die geplanten Gesetze geben.

Über die Vorschläge der Arbeitsgruppe wird man also in den nächsten Monaten viel sprechen.



Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance/dpa, Fotograf: Oliver Berg. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 6-7/2019
Die nächste Ausgabe erscheint am 18. Februar 2019.